

GEMEINSAM FÜR EINE FAIRSORGENDE WIRTSCHAFT & GESELLSCHAFT

WEGE & STRATEGIEN



Wirtschaften
fürs Leben **FAIR**
Sorgen!

GEMEINSAM FÜR EINE FAIRSORGENDEN WIRTSCHAFT & GESELLSCHAFT.

WEGE & STRATEGIEN

01 EINLEITUNG

03 UNSERE VISION EINER FAIRSORGENDEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

04 Auf dem Weg zu fairsorgendem Wirtschaften und zu einer fairsorgenden Gesellschaft

Elisabeth Klatzer, Alexandra Strickner



- 11 ANSÄTZE EINER FAIRSORGENDEN
WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT**
- 12 Wirtschaft anders denken**
Traude Novy
- 16 Care-Ökonomie als widerständiges Wissen**
Luise Gubitzer
- 22 Sorgewohlstand – ein Plädoyer dafür,
Wohlstand neu zu denken**
Brigitte Aulenbacher
- 27 Zeitpolitik für eine fairsorgende nachhaltige
Wirtschaft und Gesellschaft**
Carina Altreiter
- 31 Bedingungslose Grundversorgung**
Chris Hüttmann
- 34 Gute Care-Grundversorgung braucht
ausreichend gut ausgebildetes Personal
und bessere Arbeitsbedingungen**
Alexandra Strickner
- 40 Warum wir über Männlichkeiten
und Care-Arbeit reden müssen**
Elli Scambor
- 47 „Sorge ist männlich“**
Erich Lehner, Elisabeth Sechser
- 52 Gemeinnützigkeit in der Langzeitpflege**
Kurt Schalek
- 57 Fairsorgendes Wirtschaften
braucht ein faires Steuersystem**
David Walch
- 63 Fairsorgendes Landwirtschaften:
Mit Agrarökologie und Care-Revolution
unsere Lebensgrundlagen erhalten**
Eva Seebacher, Maria Vogt

- 68 Sorge und Wohnen zusammendenken**
Valentin Fröhlich, Florian Pimminger
- 74 Wie wir pflegen und pflegen wollen. Innovative Ansätze in der Organisation der Pflegearbeit**
Karin Schuster
- 79 Auf dem Weg in eine fairsorgende Demokratie: Für lebendige Demokratie kämpfen**
Elisabeth Klatzer
- 84 Caring Cities – Sorgende Städte**
Emma Dowling
- 88 Care-Räte: Neue Wege der Sorgopolitik**
Michaela Moser, Emma Dowling
- 91 STRATEGIEN & INITIATIVEN AUF DEM WEG ZUR FAIRSORGENDEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT**
- 92 "Gemeinsam politisch wirksam werden". Freude an der Mitbestimmung wecken, Handlungsmacht erweitern**
Karin Zimmermann, Dorottya Kickinger, Annika Böhme
- 97 Gib deinen Senf dazu**
Judith Hintermeier
- 100 Wir fahren gemeinsam, wir streiken gemeinsam!**
Wir fahren gemeinsam
- 105 Streik im Krankenhaus: Die Krankenhausbeschäftigte des Uniklinikums Hannover auf ihrem Weg zum Tarifvertrag Entlastung**
Fabian Hattendorf
- 110 Zeit – Druck – Menschlichkeit?**
Helmut Freudenthaler
- 115 IG24 – Über die Stärke der Selbstorganisierung und gemeinsame politische Perspektiven für eine FAIRsorgende Gesellschaft**
IG24
- 119 Klimasoziales Linz – Ein Projekt zur Entwicklung von sozial-ökologisch gerechten Zukünften für eine lebenswerte Stadt**
Christina Plank, Hendrik Theine, Lisa Lorenz, Marianne Lechner, Ernest Aigner
- 122 AuPair Repair – eine Initiative für gerechte Care-Arbeit und fair sorgende Städte**
Kollektiv AuPair Repair
- 126 Wirtschaften braucht eine Schule der Fürsorge – ein Versuch, anders zu denken: Colearning Wien**
Bildungskollektiv: Colearning Wien
- 131 Küchengespräche: Lasst uns über Sorge-Arbeit reden**
Johanna Marcher
- 137 MACH MIT! CARE-ARBEIT INS ZENTRUM RÜCKEN UND AN EINER FAIRSORGENDEN ZUKUNFT BAUEN FAIR SORGEN!**
- 140 Impressum**

EINLEITUNG

„Gemeinsam für eine fairsorgende Wirtschaft und Gesellschaft. Wege und Strategien entwickeln“, das war der Titel der interaktiven Konferenz im Herbst 2024, die von fair sorgen! initiiert und mit vielen Kooperationspartner*innen vorbereitet und umgesetzt wurde. Ausgangspunkt der Konferenz war die Vision einer fairsorgenden Wirtschaft und einer fairsorgenden Gesellschaft. Denn mehr denn je brauchen wir ein Wirtschaften, das unsere Bedürfnisse und die der Natur in den Mittelpunkt stellt, das ein gutes Leben für alle ermöglicht und unsere Lebensgrundlagen erhält.

Dafür müssen wir jedoch vieles neu denken und vieles weiterentwickeln. Denn eine fairsorgende Wirtschaft und Gesellschaft braucht andere Institutionen, andere Organisationsprinzipien des Wirtschaftens und vieles mehr. Um eine fairsorgende Wirtschaftsweise und Gesellschaft umzusetzen, gilt es die Kräfte, die an dieser Veränderung arbeiten, zu bündeln, damit wir die ökonomischen Verhältnisse und die gesellschaftlichen Sichtweise verändern können. Bei der Konferenz ist dies gelungen und viele neue Wege und Perspektiven wurden eröffnet.

Einiges, das bei der Konferenz angestoßen wurde, ist schon in Bewegung gekommen.

Am Vatertag 2025 wurde österreichweit die Kunstaktion „Caring Men – Fürsorgende Männlichkeiten“ umgesetzt. Berühmte Männerstatuen mit Babies in Tragetüchern tragen die Botschaft ins Land, dass es höchste Zeit für sorgende Männlichkeit und neue Rahmenbedingungen ist, damit halbe-halbe bei der Karenzzeit zur Regel wird. Mit der Energie dieser Aktion machen wir uns an das Entwickeln konkreter Vorschläge zur Anpassung des Karenzmodells, damit dies auch tatsächlich Realität wird.



© Fabian Reicher



© Sabine Salzger

Bei der Konferenz entstand ebenfalls die Idee, das Thema „Personalnot in Sorge-Berufen lösen“ gemeinsam zu bearbeiten. Wir haben bereits einen offenen Brief zum Thema an die Regierungsverhandler*innen geschickt und stärken gegenwärtig die Vernetzung zwischen vielen unterschiedlichen Akteur:innen. Unser erstes Ziel: die gesellschaftliche Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass die gegenwärtige Personalnot im Care-Bereich kein Naturgesetz, sondern hausgemacht ist und dass es gute, machbare Lösungen gibt. Dafür wollen wir breite gesellschaftliche Unterstützung aufbauen. Denn es ist eine politische Entscheidung, wie viel Geld in Care investiert wird und zu welchen Bedingungen Menschen Sorgearbeit leisten und empfangen. Mit guten Arbeitsbedingungen können genügend Menschen für eine erfüllende Care-Arbeit gewonnen werden!

Mit diesem Reader wollen wir ...

- die spannenden Beiträge und gemeinsame Arbeit bei der Konferenz zugänglich machen;
- Bilder einer fairsorgenden Zukunft schärfen und konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Vision präsentieren;
- transformative Ansätze vorstellen, wie wir in diese Zukunft kommen;
- die Vielfalt der Strategien aufzeigen, gemeinsam in Bewegung zu kommen;
- zum Weiterdenken anregen und einladen, Teil dieser wachsenden Bewegung für einen guten Weg in die Zukunft zu werden.

Der Reader bringt ein buntes Panoptikum an Visionen, grundlegenden Überlegungen und ganz konkreten Ansätzen der Veränderung. Die kurzen Texte geben Einblicke in Strategien und Initiativen auf dem Weg zur fairsorgenden Wirtschaft und Gesellschaft und werden durch Hinweise auf vertiefendes Material ergänzt. Ziel dieses vom Sozialministerium geförderten Projektes ist es, mit dem vorliegenden Sammelband den öffentlichen Diskurs zu bereichern. Für sämtliche im Sammelband dargestellten Inhalte, Ergebnisse und Meinungen sind ausschließlich die jeweiligen Autor:innen verantwortlich.

Die Texte des Readers zeigen die große Vielfalt an Akteur*innen und Zugängen, die es gibt. Sie strahlen Hoffnung und Zuversicht aus, denn es wird deutlich: Es gibt viele, die mit viel Engagement, Können und Energie auf diesem Weg in eine gute Zukunft unterwegs sind.

Wir danken allen herzlich, die diese spannende Texte für den Reader zur Verfügung gestellt haben und damit neue Perspektiven und Wege eröffnen. Und wir freuen uns schon jetzt über die weiteren inspirierenden Kooperationen mit so vielen wunderbaren Menschen aus unterschiedlichen Initiativen, Organisationen und Institutionen, die alle eine fairsorgende Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg bringen wollen.

**Elisabeth Klatzer, Johanna Marcher, Traude Novy,
Alexandra Strickner, Maria Vogt**

Juli 2025

UNSERE VISION EINER FAIR- SORGENDEN WIRTSCHAFT & GESELLSCHAFT

l.

AUF DEM WEG ...

... zu fairsorgendem Wirtschaften und zu einer fairsorgenden Gesellschaft

Elisabeth Klatzer, Alexandra Strickner

Care-Arbeit, also Sorgearbeit für Mensch und Natur, ist die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt leben, gut miteinander leben und füreinander da sein können. Ohne Sorgearbeit bricht alles zusammen. Unbezahlte oder bezahlte Sorgearbeit ist daher die Grundlage für alle Lebensbereiche und auch für jegliches Wirtschaften. Es sind vor allem Frauen, die fortwährend diese unersetzliche Care-Arbeit leisten. Anstatt diese Arbeit als den wertvollsten Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft anzuerkennen, wird sie noch immer abgewertet. Ein großer Teil der Sorgearbeit geschieht zu Hause, dafür gibt es wenig Anerkennung und wenig Unterstützung bzw. Entlastung.

In allen bezahlten Care-Berufen, also dort, wo es darum geht, Menschen zu pflegen, zu betreuen, zu bilden, zu unterstützen und zu begleiten, gibt es gegenwärtig zu wenig Zeit, zu wenig Personal, zu wenig Geld und auch zu wenig Anerkennung – eine für alle frustrierende Situation. Damit ein gutes Leben für alle möglich wird, rücken wir in unserem Zukunftsbild von Wirtschaften Sorgearbeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen ins Zentrum.

Sorgearbeit ist die Basis von Wirtschaften: Warum wir wirtschaften neu denken

Um Gesellschaften und Wirtschaften zukunftsfähig und gerecht zu gestalten, rücken wir Care und Care-Arbeit als zentrales organisierendes Prinzip ins



Zentrum von Wirtschaften. Statt der Prinzipien Konkurrenz und Nutzen- bzw. Profit-Maximierung, die im derzeitigen Wirtschaftssystem vorherrschen, wird Wirtschaften aus der Perspektive von Care neu gedacht und Caring bzw. Fairsorgen, d.h. ver-, vor- und fürsorgendes Handeln in gerechten Strukturen, als grundlegendes Prinzip verankert. Kooperation, Solidarität und das Wohlergehen ALLER stehen so – anstatt Profit- und Vermögensmaximierung für eine kleine Gruppe von, vorwiegend männlichen, Personen – im Zentrum von Wirtschaften. In dieser fairsorgenden Gesellschaft und Wirtschaftsweise wird solidarisches und kooperatives Verhalten gefördert. Im Mittelpunkt stehen die grundlegenden Bedürfnisse von Menschen und allem anderen Leben sowie der sorgsame Umgang mit unseren Lebensgrundlagen. Das Prinzip der Bedürfnisorientierung löst jene des Eigennutzens und der Profitmaximierung in Wirtschaft und Gesellschaft ab. Bedürfnisse müssen nicht mehr länger auf Kosten anderer befriedigt werden. Solidarische und kollektive Formen der Organisierung und Umverteilung stellen – unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen – sicher, dass alle Menschen ausreichend für ein gutes Leben haben. Das Bewusstsein für gegenseitige Abhängigkeiten und das Eingebundensein in Gemeinschaften prägen das Zusammenleben und Handeln. Fairsorgendes Wirtschaften ruht auf einigen wichtigen Säulen, die wir hier kurz skizzieren:

Bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit hat einen hohen StellenWERT

All die Menschen, die sich um andere Menschen und Mitwelt kümmern und sie versorgen, ermöglichen Leben, Gedeihen und Wirtschaften. Menschen können nur überleben und sich entfalten, wenn sie Zuwendung, Zuneigung und Care bekommen. Die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit ist das Herzstück einer lebendigen Wirtschaft und Gesellschaft. Care und Care-Leistende, insbesondere Frauen, erhalten die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung, die sie verdienen – egal ob es sich um bezahlte oder unbezahlte Care handelt. Unbezahlte Care-Arbeit – die in Österreich mehr als die Hälfte der Gesamtarbeitsleistung ausmacht und nach wie vor zu rund zwei Dritteln von Frauen geleistet wird – ist in dieser Zukunft gerecht verteilt. Da der Care-Sektor auch einer der emissionsärmsten Wirtschaftsbereiche ist, ist der Ausbau dieses Sektors und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im bezahlten Care-Sektor gleichzeitig ein wichtiger Teil von Klimaschutzpolitik.

Natur wird regenerativ genutzt

Unsere Lebensgrundlagen können wir nur dann erhalten, wenn wir uns um diese sorgen und sie ressourcenschonend und nachhaltig nutzen. Das Organisieren der Lebensgrundlagen und das Überleben stehen im Zentrum. Die unbegrenzte Ausbeutung der Natur wird durch regenerative Formen der Nutzung ersetzt.

Infrastrukturen der öffentlichen und gemeinwohlorientierten Grundversorgung werden aufgewertet

Der gemeinnützige und der öffentliche Sektor erbringen wichtige Sorgleistungen von der Versorgung mit sauberem Wasser, Energie, Mobilität bis hin zu (Elementar-)Bildung, Pflege oder Gesundheitsversorgung. In gemeinwohlorientierten Sektoren stehen die Bedürfnisse der Menschen und der leistbare Zugang für alle im Mittelpunkt anstatt der Maximierung von Profiten. In einer klima-, geschlechter- und sozial gerechten Care-Zukunft bauen wir die gemeinwohlorientierten und öffentlichen Infrastrukturen aus und verbessern die Rahmenbedingungen für diesen Teil der Wirtschaft, während jene Wirtschaftsbereiche, in denen es lediglich um die Erzielung von Profiten geht - etwa die Spekulation mit Aktien oder Immobilien am Finanzmarkt - schrumpfen oder verschwinden. Alle Bereiche der Grundversorgung werden nach Care-Prinzipien gestaltet, ökologisiert, demokratisiert und geschlechtergerecht neu ausgerichtet.

Budgetpolitik priorisiert Careberufe und Care-Sektoren

Soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit und Pflege sowie Erziehung und Bildung – zusammengefasst als SAHGE-Berufe bezeichnet – sind Zukunftsberufe. Wir wissen, dass wir dort - gegenwärtig und zukünftig - viel mehr Menschen brauchen, damit wir alle gut versorgt werden – ob in der Elementarbildung, in Krankenhäusern oder in der Altenpflege. Durch eine geschlechtergerechte, soziale, ökologische und zutiefst demokratisierte Budgetpolitik, die den Care-Sektor ins Zentrum stellt, können wir die Sorgekrise und den Personal-Notstand in diesen Bereichen gut lösen und eine gute Zukunft für alle bauen.

**„MENSCHEN KÖNNEN NUR ÜBERLEBEN UND SICH
ENTFALTEN, WENN SIE ZUWENDUNG, ZUNEIGUNG UND
CARE BEKOMMEN. DIE BEZAHLTE UND UNBEZAHLTE
CARE-ARBEIT IST DAS HERZSTÜCK EINER
LEBENDIGEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT.“**

Elisabeth Klatzer und Alexandra Strickner

Wegweiser in Richtung fairsorgendes Wirtschaften

Hier stellen wir einige Wege vor, die uns helfen gut zu einem fairsorgenden Wirtschaften zu kommen. Auf dem Weg dorthin werden sich diese sicher noch weiterentwickeln, verändern und viele weitere Wege werden sich uns noch eröffnen, wenn wir sie gemeinsam demokratisch erarbeiten. Dieser Reader ist bereits ein Teil dieser kreativen gemeinsamen Arbeit. Die vielfältigen Beiträge vertiefen viele der hier kurz dargestellten Ansatzpunkte und eröffnen weitere.

Zeitgestaltung verändern – kürzere Erwerbsarbeitszeit einführen

Schaffen wir ausreichend Zeit für die vielfältigen, notwendigen Tätigkeiten in einer fairsorgenden Zukunft: für die Sorgearbeit für Menschen und die Umwelt, die eigene Entwicklung und Selbstsorge, für nötige Erwerbsarbeit und ausreichend Zeit fürs Gestalten und politisch Tätigsein für die Gesellschaft. Ein konkreter Ansatz, um uns allen ausreichend Zeit für all diese Tätigkeiten zu verschaffen, ist eine kürzere, gesunde Erwerbsarbeitszeit. Das ist ein wesentlicher Schritt, um die unbezahlte Sorge- und Gemeinwesenarbeit gerechter verteilen zu können. Die aktuellen Trends wie z.B. die Einführung einer 4 Tage Woche und auch der Wunsch vieler junger Menschen nach kürzerer Normalarbeitszeit zeigen, dass sich einige bereits auf den Weg machen.

Arbeitsbedingungen verbessern und hohe Qualitätsstandards sichern

Grundlegend verbesserte Bedingungen für die gesellschaftlich notwendige bezahlte Arbeit – vor allem für Care-Arbeit und Arbeit zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und Ökosysteme – ermöglichen eine gute, faire Versorgung. In allen Care-Bereichen benötigen wir mehr Personal, eine gesunde und daher kürzere Normalarbeitszeit, die Reduktion der Arbeitslast durch z.B. kleinere Gruppen oder mehr Zeit für die Betreuung von Menschen, deutlich höhere Löhne für viele Care-Berufe, kontinuierliche Aus- und Weiterbildung und hohe, einheitliche Qualitätsstandards. Und es geht auch darum, dass wir gemeinsam die Erbringung von Care-Leistungen für jene, die Pflege und Betreuung brauchen, besser organisieren, neu denken und gemeinsam Lösungen jenseits von zu großen Altenheimen, 24h Betreuung oder der Abschiebung dieser gesellschaftlich notwendigen Arbeit an pflegende Angehörigen, entwickeln. Die Streiks der Elementarpädagog*innen, der Pflegekräfte, die Organisierung der 24h-Pfleger*innen oder auch die zunehmende Organisierung von Lehrer*innen zeigen: Sie wollen die jetzige Situation nicht mehr hinnehmen. Wenn die Arbeitsbedingungen stimmen und ausreichend Zeit für die Arbeit mit Kindern oder pflegebedürftigen Menschen da ist, werden auch jene, die den Beruf aufgrund von unerträglich schlechten Arbeitsbedingungen verlassen haben, wieder zurückkommen und mehr werden den Beruf ergreifen.

Kein Profit mit unserem Leben: Wirtschaften am Wohl der Menschen orientieren

Öffentliche Gelder für die Erbringung von Care-Leistungen dürfen nur an gemeinwohlorientierte Akteure vergeben werden, denn mit unserem Leben und unseren Lebensgrundlagen darf kein Profit gemacht werden. Deshalb muss der rasant voranschreitende Prozess der Finanzialisierung – das bedeutet, sichere Gewinnquellen für profitgetriebene private Investoren öffnen – im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesektor etwa durch den Verkauf von Einrichtungen an profitorientierte Investoren oder durch die Beteiligung privater Investoren über Public-Private-Partnerships gestoppt und verboten werden. Das gilt auch für Ansätze im Bereich des Klimaschutzes, wo unter dem Ansatz der „Green Finance“ private Investoren ihre ohnehin schon (zu) großen Vermögen auf Kosten der fortschreitenden Naturzerstörung weiter vermehren. Denn die bisherigen Erfahrungen mit diesen Modellen z.B. im Pflegebereich zeigen: Damit Investoren Profite erhalten, sinkt die Qualität der Versorgung der Menschen und verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Care-Arbeitenden.

Lebensgrundlagen sichern

Neben einer bedingungslosen, öffentlichen und hoch qualitativen Bereitstellung von Care-Leistungen wie Elementarbildung, Gesundheit, Betreuung und Pflege für alle, geht es auch um die Grundversorgung mit Energie, gesunden Lebensmitteln, Wohnen, Wasser, öffentlichem Verkehr oder digitalen Infrastrukturen. Die ökologisch nachhaltige Bereitstellung dieser lebenswichtigen Leistungen der Grundversorgung für alle ist möglich, wenn wir diese demokratisch, öffentlich und kollektiv organisieren und am Gemeinwohl ausrichten. Die öffentlichen Bereitstellungsformen können dabei von Unternehmen und Einrichtungen in kommunaler Hand, demokratisch kontrollierten öffentlichen Betrieben bis hin zu demokratisch organisierten Genossenschaften reichen.

Lebensgrundlagen schützen und Artenvielfalt fördern

Mehr denn je hängt eine gute, lebenswerte Zukunft davon ab, Umwelt, Boden, Wasser, Klima und andere natürliche Kreisläufe zu schützen, Lebensräume zu erhalten und mehr zu ermöglichen. Wenn wir Ansätze fördern, die die kommerzielle Ausbeutung der Natur überwinden, neue Regeln für die ressourcenschonende Nutzung etablieren und Strafen für Ausbeutung, Verschmutzung und Zerstörung von Natur einführen, schützen wir unsere Lebensgrundlagen. Die kollektive Organisierung der Grundversorgung mit leistungsbarem Wohnraum oder leistbarer Mobilität, die zugleich die Ressourcennutzung minimiert, die

Förderung von Kreislaufwirtschaft oder eine agroökologische Landwirtschaft, die auf der Vision der Ernährungssouveränität basiert, sind zentrale Elemente auf dem Weg dorthin. Auch eine fairsorgende Raumplanung wie z.B. die umfassende Begrünung und Bewaldung von Städten gehört dazu.

Reichtum verteilen und gerechte Steuerbeiträge sichern

Vermögen ist in Fülle da, nur derzeit in den Händen weniger. Sichern wir die finanziellen Ressourcen für die notwendigen Verbesserungen von Arbeitsbedingungen, Löhnen, den Ausbau von Care-Leistungen. Ein Weg, um diese zu organisieren und gleichzeitig eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, Macht und Einfluss zu ermöglichen, ist eine Besteuerung von hohen Vermögen und Erbschaften. So tragen jene, die viel haben einen gerechten Anteil bei.

Gemeinsam demokratisch gestalten - Vielfalt und Vernetzung fördern

Die demokratische Gestaltung von Care und Caring wird Ausgangspunkt und zentrale Aufgabe der Organisation von Wirtschaften und Gesellschaft sein. Das Ziel einer „Caring Demokratie“ – ein Begriff, den Joan Tronto geprägt hat – ist das gute Leben aller Menschen sowie die Umsetzung der demokratischen Werte – Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – in Bezug auf ihre Care-Dimensionen. Das bedeutet: gesellschaftliche Solidarität und Vertrauen, dass Care-Bedürfnisse erfüllt werden. Das setzt einen positiven Kreislauf in Gang, in dem die Sorge füreinander mehr Aufmerksamkeit auf die Grundbedürfnisse lenkt. Aus dieser Perspektive werden Caring und politische Gestaltung alltägliche Praxis und gestalten gleichzeitig die Institutionen und Prozesse für diese demokratische Care-Praxis.

Breite Bündnisse & Allianzen schmieden

All diese Ansatzpunkte, Wege und Strategien fördern den Übergang in ein fairsorgendes Wirtschaften, das das Fortbestehen unserer natürlichen Lebensgrundlagen und ein gutes Leben für alle sichert. Dafür schaffen wir breite Bündnisse und Allianzen, zum einen zwischen allen und Organisationen, die sich für eine Verbesserung von Rahmenbedingungen und eine höhere Wertschätzung bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit einsetzen. Zum anderen schmieden wir Bündnisse und Allianzen zwischen jenen, die für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Anerkennung kämpfen und der Klimabewegung. Die Initiative „Wir fahren gemeinsam“ von der Gewerkschaft vida, Fridays for Future und System Change not Climate Change ist ein Beispiel dafür.

Um das gute Leben für alle innerhalb der verfügbaren planetaren Grenzen zu sichern, haben wir kollektiv schon eine Vielfalt von Ansätzen und Lösungen

ausgearbeitet. Eine gute Vernetzung all jener Gruppen und Gemeinschaften (Communities), die diese umsetzen und neue Wege beschreiten bringen uns schneller in dieser fairsorgende Zukunft. Denn: Wir sind alle wechselseitig voneinander abhängig und Teil eines komplexen, lebendigen Netzwerkes, das fragil, aber zugleich robust ist, wenn wir sowohl natürliche Kreisläufe, als auch die menschliche Kreativität, Solidarität und Lebenskraft stärken. Gemeinschaftliche Entscheidungsstrukturen mit umfassender Beteiligung schaffen bessere Lösungen und eröffnen uns allen zielführende Wege in diese fairsorgende Zukunft.

AUTORINNEN:

ELISABETH KLATZER

Mitinitiatorin von fair sorgen! Arbeitet als politische Ökonomin an der Verwirklichung eines geschlechtergerechten, demokratischen und fairsorgenden Wirtschaftens und ist aus tiefster Überzeugung, dass wir gemeinsam eine bessere Welt bauen können, vielfältig initierend und gestaltend tätig.

ALEXANDRA STRICKNER

Mitinitiatorin von fair sorgen! Sie ist politische Ökonomin und gegenwärtig politische Geschäftsführerin von GLOBAL 2000. Sie arbeitet seit mehr als 25 Jahren an der Umsetzung einer Wirtschaftsweise und dem Aufbau von breiten Bündnissen, die die Sorge für Menschen und für die Natur ins Zentrum stellt.

WEITERFÜHRENDES:

Fairsorgen Webseite mit vielen Ressourcen und Materialien: www.fairsorgen.at

Armutskonferenz, Attac, GESÖB & fair sorgen! (Hg.) (2025), Wir alle machen Wirtschaft. Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Finanzbildung, mandelbaum verlag.

Uta Meier-Gräwe, Ina Praetorius, Feline Techlenburg (Herausgeberinnen) (2023), Wirtschaft neu ausrichten. Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Verlag Barbara Budrich.

Statistik Austria 2023: Zeitverwendung 2021/22, – <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung>

ANSÄTZE EINER FAIRSORGENDEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

II.

WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN

Traude Novy

Es ist eine enorme Framing-Leistung, die zumeist unhinterfragt akzeptiert wird: Als „Wirtschaftstreibende“ werden ausschließlich Unternehmer und Unternehmerinnen bezeichnet. Es beginnt schon damit, dass das Gegenüber der Arbeiterkammer in der Sozialpartnerschaft nicht Unternehmertammer, sondern Wirtschaftskammer heißt.

Viele Ungereimtheiten in unserem Wirtschaftssystem hängen mit dieser Engführung des Begriffs zusammen. Wirtschaftliches Handeln wird dabei allein dem For-Profit Sektor zugeschrieben. Dadurch werden viele Bereiche ökonomischer Aktivitäten ausgeklammert. Es hat die Forschung und das Erfahrungswissen feministischer Ökonominnen gebraucht, um einen erweiterten Blick auf Wirtschaft zu ermöglichen. Wenn Ökonomie die Aufgabe hat, für die Verteilung knapper Güter und für eine gerechte Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zuständig zu sein, dann wirtschaften alle Menschen in ihren ganz unterschiedlichen Lebensbereichen. Um die Bedeutung der Care-Ökonomie für die Gesamtwirtschaft richtig einschätzen zu können, ist ein erweiterter Blick darauf, was Wirtschaften heißt, unbedingt nötig.

Die Ökonomieprofessorin Luise Gubitzer hat dieser Erkenntnis Rechnung tragend ein Analyse-Modell entwickelt, das mehr Klarheit in das Denken über Wirtschaft und in die politische Auseinandersetzung mit ökonomischen Zusammenhängen bringen kann.

Ihr 5-Sektoren-Modell der Gesamtwirtschaft sieht vor, dass sich ökonomisches Handeln vorwiegend in fünf Bereichen abspielt, nämlich in den Sektoren For Profit, Non Profit, Haushalt, Staat und gar nicht so wenig auch im illegalen, kriminellen Bereich.



Das 5-Sektoren-Modell der Gesamtwirtschaft von Luise Gubitzer



Diesen fünf Sektoren haben jeweils ein unterschiedliches Bild vom Menschen und unterliegen einer jeweils anderen Rationalität, stehen aber ständig im Austausch miteinander.

Es ist sinnvoll, sich näher mit diesem erweiterten Wirtschaftsbegriff zu befassen, um dem zu entgehen, was die britische Ökonomin Joan Robinson folgendermaßen sieht: „An einem Bein ungeprüfte Hypothesen, am anderen ungeprüfte Slogans – so humpelt die Nationalökonomie daher. Unsere Aufgabe liegt hier darin, diese Mischung aus Ideologie und Wissenschaft so gut es geht auseinanderzuhalten.“

Welche Rationalität und welches Menschenbild liegen nun diesen 5-Sektoren vorwiegend zugrunde?

Der Haushaltssektor ist menschheitsgeschichtlich der älteste Sektor aus dem sich die anderen Sektoren entwickelt haben, er ist der Ort an dem versorgt wird, soziales Verhalten eingeübt und Beziehungen gestaltet werden. Das Menschenbild geht von einem in gegenseitiger Abhängigkeit lebenden und handelnden Beziehungswesen aus. Der Haushaltssektor ist der zentrale Ort an dem Care-Arbeit verrichtet wird.

Der For-Profit-Sektor gewann seine Bedeutung durch die Industrialisierung. Er umfasst gewinnmaximierende Klein-, Mittel- und Großbetriebe, aber auch prekäre Ein-Personen-Unternehmen. Das Menschenbild entspricht noch immer dem Fabelwesen des homo oeconomicus, der ein unabhängiges Individuum sein soll und rational und interessensorientiert handelt. Dieses

Menschenbild ist blind dafür, dass der For-Profit-Sektor als Voraussetzung für seine Tätigkeit die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit braucht. Die Rationalität ist konkurrenzorientiert und geht von Kostenminimierung und Gewinnmaximierung als Grundlage ökonomischen Handelns aus. Diese Rationalität ist derzeit so wirksam, dass sie auch Auswirkungen auf das Handeln der anderen Sektoren hat. Der For-Profit-Sektor ist auch der Ort an dem Care-Arbeit gewinnorientiert angeboten wird. Das führt dazu, dass anstatt der Versorgung mit Care die Renditeinteressen im Mittelpunkt stehen.

Der Non-Profit-Sektor umfasst Organisationen, die sich der Versorgung mit Dienstleistungen widmen und die keine Gewinne ausschütten. Wie z.B. solche im Sorge- und Pflegebereich, soziale Vereine, kirchliche Organisationen, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Frauennetzwerke, anwaltschaftliche NGOs und solidarökonomische Betriebe. Hier wird der Mensch als ein voneinander abhängiges und politisch handelndes Wesen gesehen. Es wird eher partizipativ gewirtschaftet und es herrscht eine ethische Werterationalität vor. Care-Arbeit ist die tragende Säule dieses Sektors.

Der Öffentliche Sektor – der Staat stellt die infrastrukturelle Versorgung zur Verfügung, sichert Eigentum und hebt Steuern ein. Er regelt die Arbeitszeit und greift umverteilend ein. Der Sozialstaat sollte dafür sorgen, dass niemand zurückbleibt. Er sichert dadurch den sozialen Frieden. Das Menschenbild ist oftmals paternalistisch und im Neoliberalismus, wo alles zur Ware wird, besteht die Gefahr, dass Bürger*innen zu Kund*innen werden. Der öffentliche Sektor gibt den anderen Sektoren durch gesetzliche Maßnahmen einen Rahmen. Der Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass alle Menschen die Care-Leistungen bekommen, die sie brauchen und er muss Care-Arbeit-Leistenden ermöglichen, diese Arbeit gut zu erfüllen.

Der Illegale-Kriminelle Sektor umfasst alle Tätigkeiten, die sich außerhalb der gesetzlichen Vorgaben bewegen und die keinen Schutz und rechtliche Ansprüche bieten. Die Tätigkeiten umfassen das Wirtschaften aller anderen Sektoren, entziehen sich aber jeglicher Regeln und Gesetze. Menschen bleiben ohne einklagbare Rechte. Es gibt in diesem Sektor einerseits eine ungesicherte Versorgungs-, Überlebens- und Existenzsicherungs rationalität und andererseits eine Einkommen maximierende Gewaltrationalität, die in gesetzfreien Räumen agiert. Es beginnt schon im Kleinen mit Schwarzarbeit indem z.B. im Haushaltssektor Sozialversicherung umgangen wird. Wenn die anderen Sektoren den Ansprüchen auf Versorgung, Betreuung, Bildung, Pflege usw. nicht nachkommen können, oder die Rahmenbedingungen dafür nicht geschaffen sind, wird für Care-Leistungen oft der illegal-kriminelle Weg gewählt.

Dieses Analyseinstrument des 5-Sektorenmodells der Gesamtwirtschaft ermöglicht es, die Bedeutung der Care-Ökonomie realistisch zu beurteilen, denn es wird damit deutlich, dass die Sorge-Arbeit, bezahlt oder unbezahlt, die Voraussetzung allen Wirtschaftens ist. Die Sichtbarmachung dessen, wie sehr

z.B. die For-Profit-Wirtschaft die bisher oft unsichtbar gemachte Care-Arbeit braucht, um überhaupt tätig sein zu können, ist aber Voraussetzung für einen realistischen Blick auf die Gesamtwirtschaft.

AUTORIN:

TRAUDE NOVY

Erwachsenenbildnerin, Vorsitzende von Joan Robinson –
Verein zur frauengerechten Verteilung ökonomischen Wissens.

WEITERFÜHRENDES:

Verein JOAN ROBINSON, WIDE (Hg.) (2022): Dossier: Anders wirtschaften –
Zeit für eine Care-Wende, <https://wide-netzwerk.at/wp-content/uploads/2022/04/Anders-wirtschaften-Zeit-fuer-eine-Care-Wende-Dossier-2022.pdf>

Gubitzer, Luise (2017): Wirtschaft ist und kann mehr. Das 5-Sektorenmodell
der Gesamtwirtschaft. In: Kurswechsel 2/2017, 6-19. http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/KW_2_2017_Gubitzer.pdf

CARE-ÖKONOMIE ALS WIDERSTÄNDIGES WISSEN

Luise Gubitzer

„...Widerstehen ist erst einmal eine unerlässliche, immer wieder neu aufzufrischende Lebenshaltung, um sich nicht einfach allem zu beugen, was einem als selbstverständlich aufgetischt wird.“
(Konstantin Wecker)

Der Begriff Care-Ökonomie umfasst sowohl dessen Theorie als auch dessen Praxis. Das ist in deren Wechselbeziehung begründet, was auch in meinen folgenden Ausführungen Thema ist. Ich möchte fünf Aspekte ausführen, warum Care-Ökonomie widerständiges Wissen im Rahmen der ökonomischen Theorie sein könnte. „Ziel könnte es sein, Deutungsmacht im Hinblick auf menschenrechtsorientierte partizipative Politik und Praxis und eine lebensdienliche Ökonomie zu gewinnen.“ (Eva Klawatsch-Treitl).



**Erstens: Care-Ökonomie ist widerständiges Wissen,
weil Ökonomie von der Arbeit von Frauen aus gedacht wird.**

Es könnte eingewendet werden, auch Adam Smith (1723–1790) und Karl Marx (1818–1883) haben Ökonomie von der Arbeit her gedacht. Stimmt. Aber von der männlichen Lohnarbeit, die für einen Markt und zur Gewinnerzielung der Kapitalisten Güter herstellt. Es ist Arbeit, die mit Output pro Stück gemessen werden kann, dessen Steigerung durch den Einsatz von Maschinen und dem Unterbinden jedweder Kommunikation möglich wird.

Care-Ökonomie wurde von feministischen Ökonom*innen erdacht, um unbezahlte und bezahlte Arbeit von Frauen zu verstehen, sichtbar zu machen, ihr Begriffe zu geben, sie theoretisch zu fassen. Care-Ökonomie ist Teil der Dienstleistungs-Ökonomie. Care-Arbeit ist Dienstleistungsarbeit. Sowohl die direkte personenbezogene Care Arbeit, wie beraten, erziehen und unterrichten,



verarzten, pflegen; als auch die *unterstützende Care-Arbeit*, wie Betten überziehen, Badezimmer putzen, aufwischen, abstauben, diverse Treffen, Feste und Termine zu organisieren.

Care Arbeit wird in unterschiedlichen Organisationsformen und Wirtschaftsweisen erbracht: In der Erwerbsarbeit als Versorgungsleistung im Rahmen der öffentlichen Güter Gesundheit, Bildung, Soziales in Einrichtungen des Öffentlichen Sektors – Staat; als Versorgungsleistung in Non-Profitorganisationen (NPOs) im Dritten Sektor bezahlt oder ehrenamtlich; als unbezahlte Fürsorgeleistung im Haushaltssektor, als Erwerbsarbeit im For-Profit Sektor; als Schwarzarbeit im illegalen Segment des Illegalen-Kriminellen Sektors.

Mit direkter Care-Arbeit wird kein Produkt, keine angreifbare, lagerbare, handelbare Ware hergestellt. Care-Arbeit wird direkt für und mit Menschen getan. Daher:



Zweitens: Care-Ökonomie ist widerständiges Wissen, weil sie vom Menschen aus gedacht wird.

Care-Ökonom*innen befassen sich mit den Personen-Gruppen, die diese Arbeit brauchen und den Personen, die Care-Arbeit tun. Und sie untersuchen, warum sie vor allem von Frauen getan wird. Sie befassen sich mit Menschenbildern, wie dem Menschen als abhängiges und bedürftiges Wesen, das Care-Arbeit in verschiedenen Lebenssituationen braucht, wie z.B. als Kleinkind. Mit dem Menschen als Beziehungswesen, das fähig ist, eine Beziehung mit Personen aufzubauen. Dem Menschen als Rechtsperson, die ein Menschenrecht auf Care-Leistung hat. Mit dem Menschen als Person mit Fähigkeiten, zu deren Entwicklung, Erhalt und verlangsamtem Abbau Care-Arbeit beiträgt.

Das heißt, Care-Ökonomie bringt Menschen als Menschen erstmals in die Volkswirtschaftslehre ein – nicht zurück – denn in der herrschenden Lehre wurden Menschen nur in ökonomischen Rollen betrachtet: als Erwerbsarbeitskräfte, Konsument*innen, Produzent*innen, Kapitalist*innen, Nachfrager*innen. Das heißt, sie wurden noch nie als Menschen, die keinem ökonomischen Zweck dienen, berücksichtigt. Das führt zum nächsten Aspekt.



Drittens: Care-Ökonomie ist widerständiges Wissen, weil sie der Ökonomie die Aufgabe auferlegt, lebensdienlich zu sein und den gesamten Lebenszusammenhang, den Lebensverlauf eines Menschen von der Geburt bis zum Tod zu betrachten.

Der Begriff „Lebensdienlichkeit“ stammt vom Schweizer Wirtschaftstheoretiker Peter Ulrich. Die viel zu früh verstorbene Ökonomin Eva Klawatsch-Treitl, der die Erforschung von widerständigem Wissen so wichtig war, verwendete diesen Begriff sehr gerne. Und er ist tatsächlich ein widerständiger Begriff für die Ökonomie. Denn er enthält zwei Worte: Leben und dienlich. Leben ist in der Mainstreamökonomie höchstens eine Kategorie für die Werbung und für die „work-life-balance“. Wobei viele Unternehmer*innen nur die Arbeit der Arbeitskraft interessiert. Für deren Balance mit dem sonstigen Leben, wie zum

Beispiel der unbezahlten Care-Arbeit, muss die Person selbst sorgen. Ähnlich ist es mit der Dienlichkeit. Ein Produkt, eine Dienstleistung muss nicht vorrangig dienlich sein, sondern sie sollen am Markt verkauft werden können. Ob das Verkaufte dann den Käufer*innen dienlich ist, ist nicht mehr wichtig, wenn es einmal verkauft ist und damit Gewinn erzielt wird. Care-Arbeit zielt aber gerade darauf ab: Dem Leben der Menschen dienlich zu sein. Und das in diversen Lebenslagen im gesamten Lebensverlauf: Kindheit, Jugend, Erwerbs- und Versorgungsphase, im Alter, bei Krankheit, bei Beeinträchtigung, in Situationen der Wohnungs- und Einkommensnot, der Verschuldung, der diversen Süchte, der Bewältigung von Gewalterfahrungen.

Care-Ökonomie befasst sich daher mit von der Mainstreamökonomie ignorierten Personengruppen und Lebenssituationen, in denen Personen nicht, vorübergehend nicht und nicht mehr marktfähig sind, oder es gar nie waren. Dies weder auf dem Arbeitsmarkt noch auf diversen Güter- und Dienstleistungsmärkten.



Viertens: Care-Ökonomie ist widerständiges Wissen, weil sie die einzige derzeit existierende Ökonomie ist, die die Dienstleistungsarbeit anhand von Merkmalen genau beschreiben kann und die sich mit einer theoretisch fundierten Begründung für die adäquate Bezahlung von Care-Arbeiter*innen befasst.

Dass der Großteil der erwerbstätigen Care-Arbeiter*innen nicht adäquat bezahlt wird, ist einer der größten Missstände, die es gibt. Gründe dafür liegen in ihrer Geschichte als Arbeit von Frauen. Sie wurde zumeist in Häusern großteils unbezahlt geleistet. Es waren Sklavinnen und Sklaven, die die meiste Care-Arbeit leisteten. Später waren es Leibeigene, dann Mägde, Dienstmädchen und Diener, sowie karitativ tätige Nonnen. Im Industriezeitalter war es in bürgerlichen Kreisen dann die Hausfrau, die für die Einteilung und Durchführung der Care-Arbeit zuständig war. Erst mit dem 20. Jhd. entstand der Beruf der Fürsorgerin, und erst seit einigen Jahrzehnten wird Care-Arbeit als Erwerbsarbeit von gelernten, studierten, professionellen Care-Arbeiter*innen erbracht.

Gründe dafür liegen auch in der ökonomischen Denkgeschichte. Ökonomische Theoretiker wie Adam Smith (1776) haben diese Zuteilung verfestigt, da sie Care-Arbeit in den Haushalten angesiedelt und den Frauen in diesen zugeordnet haben. Damit haben er und viele Ökonomen nach ihm den Männern die Erwerbsarbeit im Draußen und den Frauen die unbezahlte Care-Arbeit im Drinnen zugedacht. So erfolgten Wertungen: Abwertungen ebenso wie Überhöhungen durch Lob. Da wurden wirkmächtige patriarchale Denkgewohnheiten geschaffen, die bis heute wirken, bei Männern und auch bei Frauen, lokal und global. Als Care-Arbeit zu professioneller Erwerbsarbeit im Draußen wurde, ist diese Abwertung in allen Bereichen beibehalten worden. Diese Wertung ist umzukehren, und dazu kann die Care-Ökonomie als Teil der Feministischen Ökonomie wichtige Beiträge leisten. Eine ökonomische Begründung kann in Anlehnung an die Theorie von Karl Marx erfolgen. Er hat die Bestimmung von Löhnen aus dem Produktionsprozess, den

**„WICHTIG IST
MIR, DASS BEI
CARE-NORMEN
VON SOLIDARITÄT
UND NICHT VON
WOHLTÄTIGKEIT
AUSZUGEHEN IST.“**

Luise Gubitzer

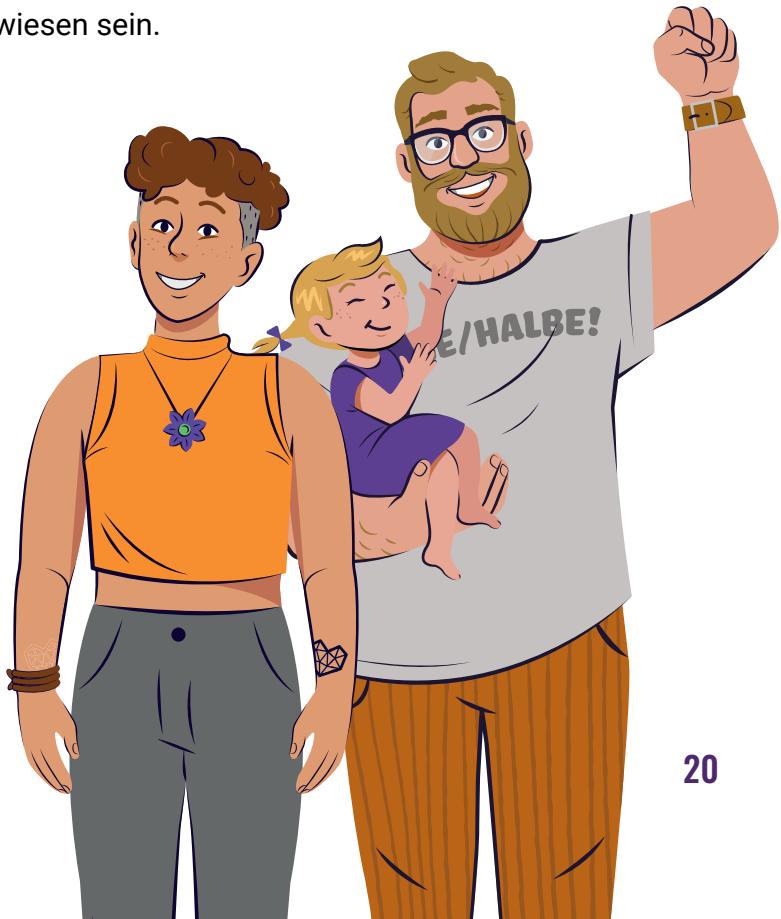
Produktionsverhältnissen und nicht über den Arbeitsmarkt erklärt. Umgelegt auf die Care-Arbeit unterliegt die Qualität und Wirksamkeit dieser Arbeit ganz anderen Kriterien als die Güterproduktion. Eine weitere Begründung kann erfolgen, indem eine Theorie der Care-Arbeit zeigt, wie wichtig diese Arbeit für das tägliche Leben und das Überleben jedes Menschen ist. Care-Arbeit ist aber auch bedeutsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Zivilisation, für die Demokratie und für alle Wirtschaftssektoren. Daher ist sie gemäß dieser Bedeutung und gemäß diesem Stellenwert zu entlohen.



Fünftens: Care-Ökonomie ist widerständiges Wissen, weil sie Normen, Normativität in die Ökonomie einbringt und für diese den öffentlichen Sektor-Staat zuständig macht.

Voraussetzung für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Care-Arbeit ist das Verständnis dessen, was diese Arbeit leistet. Derzeit fehlt dieses Verständnis häufig bei jenen, die Care-Betriebe leiten und finanzieren. Das führt zu enormer Überbelastung und Unterbezahlung bei jenen, die diese Arbeit tun. Es führt aber auch zu mangelnder quantitativer und qualitativer Versorgung jener, die die Care-Arbeit brauchen.

Care-Arbeit braucht ihr gemäße Organisationsformen, Bewertungskriterien, Arbeitszeiten, Ausstattung und Entlohnung. Sie braucht eigene Normen. Das gilt sowohl für jene, die diese Arbeit tun, als auch für jene, mit denen und für die sie gemacht wird. Wichtig ist, dass diese Normen aus einem demokratischen Prozess unter Einbeziehung von Frauen und Männern, die diese Arbeit leisten, entstehen. Es gibt bereits Ansätze für solche Prozesse. Wichtig ist mir, dass bei Care-Normen von Solidarität und nicht von Wohltätigkeit auszugehen ist. Es muss ein Recht auf qualitativ hochwertige, leistbare Care-Leistungen geben. Menschen dürfen nicht auf den Goodwill von Wohltäter*innen und Spender*innen angewiesen sein.



AUTORIN:
LUISE GUBITZER

... ist Ökonomin, Mitglied des Vereins „JOAN ROBINSON – Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens“ und war Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien.

WEITERFÜHRENDES:

JOAN ROBINSON – Verein zur Förderung frauengerechter Verteilung ökonomischen Wissens, <https://wide-netzwerk.at/joan-robinson/>

Verein JOAN ROBINSON, WIDE (Hg.) (2022): Dossier: Anders wirtschaften – Zeit für eine Care-Wende, <https://wide-netzwerk.at/wp-content/uploads/2022/04/Anders-wirtschaften-Zeit-fuer-eine-Care-Wende-Dossier-2022.pdf>

Klawatsch-Treitl, Eva (2014): Soziale Arbeit und Entwicklungspolitik – Plädoyer für eine diskursive Praxis. In: Ada Gonzales, u.a.: Soziale Arbeit und ihr Beitrag zu einer gerechten und inklusiven Entwicklung, Wien. S 12-22.

Wecker Konstantin (2018): Auf der Suche nach dem Wunderbaren. Poesie im Widerstand. München.

SORGEWOHLSTAND

Ein Plädoyer dafür, Wohlstand neu zu denken

Brigitte Aulenbacher

Das trügerische Wohlstandsversprechen des Kapitalismus

Allgemeinen Wohlstand durch wissenschaftlich-technologischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum zu schaffen – das war mit Blick auf Massenproduktion und -konsum und den Ausbau von Sozialleistungen das Versprechen des demokratisch gezähmten, wohlfahrtsstaatlich eingehegten westlichen Kapitalismus im 20. Jahrhundert. Eingelöst wurde dieses Versprechen für kleine Teile der Weltbevölkerung (beispielhaft ablesbar am sozialen Aufstieg vor allem männlicher weißer westlicher Mittelschichten, an dem Frauen und Migrant*innen bedingt teilhatten). Zugleich entwickelte die Trias „Fortschritt, Wachstum, Wohlstand“ Strahlkraft weit über die westliche Welt hinaus, beeinflusste Entwicklungspfade in anderen Weltregionen wie beispielsweise den BRICS-Staaten (als wirtschaftlichem Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und spielt bis in die gegenwärtigen Kämpfe um wirtschaftliche, politische, kulturelle Vorrherrschaft zwischen den Kapitalismen etwa der USA, Chinas, Europas hinein.

Seit geraumer Zeit nimmt der wirtschaftsliberale, zusehends autoritäre Kapitalismus des 21. Jahrhunderts jedoch Umverteilungen von unten nach oben vor, etwa ablesbar an überproportional steigenden Manager*innengehältern oder Gewinnen im IT-Sektor einerseits, Austeritätspolitiken mit Kürzungen von Sozialleistungen und der Deregulierung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen andererseits, und damit nimmt er vorherige Wohlstandsgewinne zurück. Das ruft auch in den wohlhabenderen Gesellschaften des Westens neue Sorgekrisen und -notlagen hervor. Dennoch scheint das überkommene Wohlstandsversprechen auch für diejenigen,



die in der sexistischen, rassistischen und klassistischen Ordnung des Kapitalismus – also in einer Ordnung, in der Geschlecht, Ethnie/Migration, Klasse/Schicht als soziale Platzanweiser im Zugang zu Arbeits- und Lebenschancen wirken – prekär arbeiten und leben, immer noch verheißungsvoll zu sein. Das zeigt sich, wenn vom Wohlstand abhängige Menschen rechts-populistisch wählen, weil sie sich davon sozialen Wiederaufstieg erhoffen, oder wenn Massenproduktion und -konsum als Wohlstandsgaranten trotz unmittelbar erfahrener Klimakatastrophen begrüßt werden.

Kapitalistisches Wirtschaften bringt in *ein und derselben* Bewegung Reichtum und Ungleichheit hervor. Das Versprechen auf *allgemeinen* Wohlstand ist daher trügerisch. Und diese Wirtschaftsweise geht mit der Zerstörung der sozial-ökologischen Lebensgrundlagen einher, was das *bisherige* Wohlstandsmodell insgesamt Lügen straft. Seit kurzem wird dem Wohlstandsbegriff selbst neue Aufmerksamkeit zuteil.

Sorgewohlstand – Plädoyer für ein anderes Wohlstandsverständnis

Während die Gleichung „wissenschaftlich-technologischer Fortschritt + wirtschaftliches Wachstum = allgemeiner Wohlstand“ top-down argumentiert, geht es mir mit dem Begriff Sorgewohlstand, den ich in die Diskussion um Wirtschaft, Arbeit, Sozialstaat einbringen will, um ein Umdenken: Die Sorgeforschung und -ethik denkt Sorgefordernisse in gewisser Weise bottom-up: von der immer gegebenen Ungewissheit, Abhängigkeit und Verwundbarkeit des Lebens, die Menschen alltäglich und biografisch auf Selbst- und Fürsorge angewiesen macht. Es geht also gesellschaftlich darum, diejenigen Sorgeleistungen hervorzubringen, die erforderlich sind, um gut für sich und andere zu sorgen.

Mit Sorgewohlstand plädiere ich dafür, den Wohlstandsbegriff – mit seinen beiden Bestandteilen Wohlhaben und Wohlbefinden – beizubehalten. Nicht das Versprechen auf allgemeinen Wohlstand ist verkehrt, sondern die Herausforderung besteht darin, eine sozial-ökologisch nachhaltige Wohlstandsproduktion zu gewährleisten, die es überhaupt erst einzulösen vermag. Von Sorgewohlstand spreche ich, weil es hierzu auch einer Neujustierung im Verhältnis von Wohlhaben und Wohlbefinden bedarf: wo derzeit das (immer mehr) Haben(wollen) sozial-ökologischer Sorgsamkeit im Umgang mit der menschlichen und außermenschlichen Natur im Wege steht, ist das (materielle) Wohlhaben in den Dienst des (immateriellen) Wohlbefindens zu stellen. Es geht um die Frage: Welcher Wohlstandsproduktion und damit welcher Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise bedarf es, um Sorgewohlstand für alle in den planetaren Grenzen zu erreichen? Sorgewohlstand ist, um es vorwegzunehmen, in der sexistischen, rassistischen und klassistischen Ordnung des Kapitalismus mit seiner strukturell sorglosen

Ökonomie nicht möglich. Die Suche nach Möglichkeiten, Sorgewohlstand hervorzubringen und zu erlangen, kann aber dennoch im Jetzt ansetzen.

Sorgewohlstand – drei beispielhafte Ansatzpunkte im Jetzt

Erstens, mit den Nachhaltigen Entwicklungszügen der Vereinten Nationen, den Sustainable Development Goals (SDGs), liegt ein von Staaten, Wirtschaftsunternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteuren breit getragener, gleichwohl politisch erst rudimentär umgesetzter Konsens vor. Er lässt sich unter dem Aspekt des Sorgewohlstands als (Selbst-)Verpflichtung auf die Beseitigung von Sorgenotständen im globalen Wohlstandsgefälle und als Entwicklung nachhaltiger wirtschaftlicher und technologischer Infrastrukturen interpretieren, verbunden mit der Erhöhung sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Teilhabechancen benachteiligter Teile der Weltbevölkerung. Damit sind die SDGs auch ein Ausgangspunkt mit Blick nicht nur auf bisherige Wohlstands-, sondern auch auf neue Sorgegefälle, in denen die wohlhabenderen Staaten und die globalen Mittel- und Oberschichten ihre Sorgekrisen durch die Arbeit von Migrant*innen aus ärmeren Regionen und Bevölkerungsteilen zu bearbeiten versuchen, was in deren Herkunftsländern Sorgelücken reißt.

Aus der Perspektive der kapitalismuskritischen Sorgeforschung und -ethik werden die neoliberalen Verprivatwirtschaftlichung und Vermarktlichung des Sorgens und die sozialstaatlichen Austeritätspolitiken als Schritt in die falsche Richtung thematisiert. Stattdessen werden, zweitens, international vor allem sozialstaatlich bereitgestellte Infrastrukturen (in den Feldern Bildung, Gesundheit, Soziales, Familie, Wohnen) und die Ausstattung und Ausweitung der professionellen Sorgearbeit (im Gesundheitswesen, der Kinder-, Jugend- und Altenbetreuung, der Krankenpflege u.a.m.) gefordert. Ferner werden die gemeinschaftliche wie staatliche Etablierung neuer Sorgeformen in ihrem Potenzial für den Ausbau von allgemein zugänglichen Sorgeleistungen in die Diskussion gebracht. Als gemeinsamer Fluchtpunkt lassen sich solche Ansätze als Reaktion auf Sorgekrisen durch Schaffung kollektiver Güter, also gemeinschaftlich oder gesellschaftlich bereit gestellter Sorgeleistungen und -infrastrukturen begreifen, die gute Sorge mit guter (Sorge)Arbeit zu verbinden versuchen und, abhängig davon, wie in- oder exklusiv zugänglich sie sind, einen Beitrag zu Sorgewohlstand leisten.

Beiden Ansatzpunkten im Aufbau nachhaltiger Sorgeinfrastrukturen wie überhaupt einem Konzept von Sorgewohlstand steht jedoch die kapitalistische Wirtschaftsordnung und damit die mit ihr einhergehende Entscheidungsgewalt darüber entgegen, was wie produziert wird, was wie von wem gearbeitet wird und wie der erwirtschaftete Reichtum angeeignet und eingesetzt wird. Oder anders gesagt: Sorgewohlstand ist, drittens,

nicht ohne Wirtschaftsdemokratie mit all ihren traditionsreichen Facetten denkbar. Das sind: die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und -formen (z.B. Verstaatlichung, Genossenschaften, Belegschaftseigentum etc.), Mitbestimmung und Kontrolle über die Wirtschaftsziele und -investitionen, die Kombination markt- und planwirtschaftlicher Elemente im Sinne einer gesellschaftlichen Bedarfsplanung u.a.m. Und das ist, was bisweilen übersehen wird, nicht ausschließlich eine Klassenfrage, sondern muss auch auf den Abbau bisheriger Herrschafts-, Macht- und Ungleichheitsverhältnisse nach Geschlecht und Ethnie zielen. Letztlich müssen das männlich und westlich konnotierte kapitalistische Fortschritts- und Wachstumsdenken und die damit verbundene klassistische, sexistische und rassistische Wirtschaftsordnung verlassen werden. Anders gesagt: Bezos' und Musks Weltraumtourismus für die Reichen sind nicht nur das krasse Gegenteil von Sorgewohlstand, sondern als sozial-ökologisch drastische wirtschaftliche Fehlinvestition verhindern sie ihn und sind daher damit unvereinbar.

Fazit: Sorgewohlstand – fair sorgen und wirtschaften

Das trügerische Versprechen des Kapitalismus auf allgemeinen Wohlstand hat wie eingangs gesagt noch nicht ausgedient. Daher ist es umso wichtiger, Wohlstand neu zu denken. Sorgewohlstand ist ein Vorschlag hierzu, der zwei Elemente zu verbinden sucht: faires Sorgen und faires Wirtschaften im Sinne einer in den planetaren Grenzen verallgemeinerbaren Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweise, die gute Selbst- und Fürsorge für alle ermöglicht.

„DAS TRÜGERISCHE VERSPRECHEN DES KAPITALISMUS AUF ALLGEMEINEN WOHLSTAND HAT WIE EINGANGS GESAGT NOCH NICHT AUSGEDIENT. DAHER IST ES UMSO WICHTIGER, WOHLSTAND NEU ZU DENKEN.“

Brigitte Aulenbacher

AUTORIN:
BRIGITTE AULENBACHER

... Prof. ⁱⁿ i.R. Dr. ⁱⁿ, Johannes Kepler Universität Linz, Soziologin (v.a. Arbeits-, Care-, Geschlechterforschung, Gesellschaftstheorie und Kapitalismusanalyse),
brigitte.aulenbacher@jku.at

WEITERFÜHRENDES:

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.) (2024): Wohlstandsalternativen, Regionale Positionen und räumliche Praktiken, transcript: Bielefeld

Brigitte Aulenbacher, Tine Haubner (2025): Care and social reproduction in a careless world: a conversation on theoretical and transformative approaches. In: Berliner Journal für Soziologie 3+4/2025, <https://link.springer.com/journal/11609/volumes-and-issues>

Momentum-Kongress 2025: Wohlstand, <https://www.momentum-kongress.org/>



ZEITPOLITIK

Für eine fairsorgende nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft

Carina Altreiter

Zwei der drängenden Krisen unserer gegenwärtigen (westlichen) Gesellschaft sind die Sorgekrise und die Klimakrise. Beide – so sind sich viele Forscher:innen und Aktivist:innen einig – sind eng miteinander verbunden. Der Kapitalismus nutzt Rohstoffe der Erde als billige oder kostenlose Ressource und unterwirft Sorgearbeit einer Profitlogik. Die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird, wird als kostenlose Vor- und Nachleistung für verfügbare Arbeitskräfte aneignet.

Vor diesem Hintergrund fordern immer mehr Stimmen eine umfassende gesellschaftliche Veränderung. Zeitpolitik gilt als wichtiger Hebel dafür. Sie kann die ungerechte Verteilung der bezahlten Erwerbsarbeit und der unbezahlten Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen verändern. In Österreich wird zwei Drittel der unbezahlten Arbeit von Frauen erledigt. Die Beteiligung der Männer hat sich in den letzten 20 Jahren kaum verändert. Dieser Care-Gap wird noch größere, sobald Kinder im gemeinsamen Haushalt leben. Gleichzeitig stellt Zeitpolitik aber auch einen wichtigen Hebel in Richtung einer nachhaltigen Gesellschaft innerhalb planetarer Grenzen dar. Um die Klimaziele zu erreichen, ist eine Reduktion der Emissionen und des wirtschaftlichen Outputs notwendig. Dafür ist eine Reduktion der Erwerbsarbeit zentral.

Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit wird oft als Möglichkeit angeführt, um zu einer gleichberechtigteren Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit zu gelangen. In dem die gesetzliche Normalarbeitszeit verkürzt wird – so die These – gleicht sich die Zeitverwendung für bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen an. Ergebnisse der Zeitverwendung zeigen



„... DIE ARBEITSREALITÄTEN
VON FRAUEN ZUR NORM ZU
MACHEN. DAS BEDEUTET,
DASS MÄNNER UND
FRAUEN GLEICHERMASSEN
VERANTWORTUNG FÜR
ERWERBSARBEIT TRAGEN
ABER EBEN AUCH SORGE-
ARBEIT ÜBERNEHMEN UND
BEIDES GUT MITEINANDER
VERBINDEN KÖNNEN.“

Carina Altreiter

jedoch, dass Frauen auch in Partnerschaften, in denen sie mehr und länger arbeiten als Männer, den größten Teil der unbezahlten Arbeit übernehmen. Vor diesem Hintergrund argumentieren z.B. Nancy Fraser oder Frigga Haug, dass nur geringfügige Verkürzungen der gesetzlichen Normalarbeitszeit (z.B. auf 30 Stunden/Woche) nicht ausreichen.

Nancy Fraser schlägt vor, die Arbeitsrealitäten von Frauen zur Norm zu machen. Das bedeutet, dass Männer und Frauen gleichermaßen Verantwortung für Erwerbsarbeit aber eben auch Sorgearbeit übernehmen und beides gut miteinander verbinden können. Dazu braucht es eine umfassende Veränderung aktueller Institutionen und Regelungen, die die Trennung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die damit verbundene Abwertungen und Benachteiligungen aufrechterhalten. Offen bleibt bei Fraser jedoch, wie stark die Erwerbsarbeitszeit verkürzt werden müsste, um das zu erreichen. Das Modell von Frigga Haug geht weiter und schlägt vor, die täglich verfügbare Zeit – ausgenommen die Schlafenszeit – in vier gleichgroße Blöcke zu teilen: vier Stunden Erwerbsarbeit, vier Stunden Care Arbeit, vier Stunden demokratiepolitische Arbeit und vier Stunden für sich.

Beide Ansätze machen aber einen wichtigen Punkt deutlich: Nur eine deutliche Reduktion der gesetzlichen Normalarbeitszeit bringt auch das Potential für einen umfassenden Kulturwandel mit sich. Veränderungen gesetzlicher Normen haben das Potential, langfristig zeitpolitische Normalitäten zu verändern. Das bietet auch Chancen für ein anderes Verständnis bzw. eine andere Bewertung von Leistung, Arbeit und unserem Verhältnis zur Natur, die momentan stark an Profiten und männlichen Lebensrealitäten orientiert sind. Begleitende Maßnahmen sind jedoch notwendig, um mögliche negative Effekte zu verhindern bzw. bestehende Probleme nicht zu verschärfen. Das betrifft einerseits Fragen der Existenzsicherung, aber auch Risiken einer Verschärfung von Ungleichheiten in anderen Bereichen, wenn z.B. Care-Tätigkeiten an prekarisierte (Arbeits-)Migrantinnen ausgelagert werden (z.B. in der „Live-in-care“, Reinigung oder anderen haushaltsnahen Dienstleistungen). Andererseits besteht auch die Gefahr, dass sich der Staat aufgrund der „frei gewordenen“ Zeit der Bürger:innen aus seiner Verantwortung zurückzieht und Care-Aufgaben in höherem Ausmaß als bisher schon der Fall an Haushalte und damit an Frauen verlagert werden.

Ein zeitpolitischer Kulturwandel unterstützt aber auch Bestrebungen in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft. Die notwendige Reduktion der CO₂-Emissionen, um die Klimaziele zu erreichen, wird nicht über eine entsprechende Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Emissionen möglich sein. Eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist damit eine wichtige Maßnahme, um produktionsseitig Emissionen und Ressourcen einzusparen. Gleichzeitig müssen Strukturen für ein klimafreundliches und solidarisches Arbeiten und Leben gestärkt werden. Mehr Zeitwohlstand schafft Platz für klimaschonende, und auch gesundheitsförderliche Lebensstile, die oft zeitaufwändiger sind.

AUTORIN:

DR. IN CARINA ALTREITER

... ist Arbeits- und Ungleichheitssoziologin, Referentin für Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation in der Arbeiterkammer Wien und Lektorin an der Johannes Kepler Universität Linz.

WEITERFÜHRENDES:

APCC (2023): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg <https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at/>

Culot, Marguerite; Wiese, Katharina (2022): Reimagining work for a just transition. European Environmental Bureau. <https://eeb.org/wp-content/uploads/2022/11/EEB-Rethinking-work-within-a-just-transition-as-part-of-the-EGD-28-Nov.pdf>

Dengler, Corinna; Dornis, Nora; Heck, Lukas; Völkle, Hanna (2024): Klimafreundliche und gesundheitsfördernde Aspekte von Zeitwohlstand. Wien: Gesundheit Österreich GmbH <https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3423/>, 5.9.2024

Daniel, Witzani-Haim; Heck, Lukas (2024): Zeit und Wohlstand: für eine feministische Arbeitszeitverkürzung. A&W Blog. <https://www.awblog.at/Frauen/Fuer-eine-feministische-Arbeitszeitverkuerzung>

Haug, Frigga (2011): Vier-in-einem-Perspektive. Kompass für die politische Praxis. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/vier-in-einem-perspektive/>

Smetschka, Barbara; Gaube, Veronika; Mader, Katharina (2023): Time to care – Care for time – How spending more time for care than consumption helps to mitigate climate change. In: Frontiers in Sustainability 4, 1070253, <https://doi.org/10.3389/frsus.2023.1070253>

EINE BEDINGUNGSLOSE GRUNDVERSORGUNG ...

Christian Hüttmann

Auf der Fairsorgen-Konferenz haben wir von Degrowth Vienna das Konzept der Bedingungslosen Grundversorgung (BGV) vorgestellt.

Einfach ausgedrückt: Alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Besitz, ob sie arbeiten oder nicht, bekommen Zugang zu grundlegenden Dingen wie Mobilität, Strom, Wärme, Bildung, Information, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Nahrung. Dazu gehören auch alle dafür notwendigen Voraussetzungen, seien es Güter oder Infrastrukturen. Eine BGV knüpft an das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) an, ist aber bewusst als Alternative oder Ergänzung konzipiert.

Denn ein BGE ändert nichts daran, dass unsere freie Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, unsere Lebensgrundlagen menschen-, natur- und klimaverträglich zu sichern. Stattdessen besteht sogar ein gewisses Risiko, dass ein BGE zu noch mehr Privatisierungen und somit zu noch größerer Abhängigkeit von profitorientierten Anbieter:innen lebensnotwendiger Dienstleistungen und Güter führt. Zudem führt es zu keiner Veränderung unserer vorherrschenden Konsum- und Produktionsmuster. Eine BGV hingegen setzt genau an diesen Kritikpunkten an. Sie folgt vor allem zwei Grundprinzipien: Der Überzeugung, dass alle Menschen grundsätzlich die gleichen Bedürfnisse haben, so unterschiedlich diese auch kulturell vermittelt und befriedigt werden, und dem Anspruch, dass es eine gesellschaftliche Verantwortung gibt, diese Grundbedürfnisse auch zu befriedigen. Besonders zu betonen ist, dass Grundbedürfnisse irgendwann ausreichend befriedigt sind, d.h. gesättigt werden können. Wenn Menschen z.B. gesund und nahrhaft essen, werden sie irgendwann satt. Es geht hier aber nicht nur um die materiellen Dinge, die für jedes Individuum unmittelbar überlebensnotwendig sind, sondern



auch um all das, was sowohl für eine erfolgreiche Teilhabe an unserer Gesellschaft als auch für die individuelle Entfaltung in ihr erforderlich ist.

... durch Alle ...

Die Gestaltung und Umsetzung einer solchen BGV obliegt den Menschen selbst. Alle Entscheidungen sollten auf möglichst niedriger Ebene getroffen werden. Auf diese Weise werden die Menschen in die Lage versetzt, ihre eigene Lebenswelt direkt selbst zu gestalten und zu verändern. Und auf diese Weise stärkt eine BGV das Gefühl der Solidarität und der Verantwortung für einander in einer Gesellschaft.

Im Bereich der Energieversorgung könnte es beispielsweise einen Energiegrundanspruch geben, d.h. eine staatliche Förderung eines bestimmten Grundkontingents an Strom und Wärme, das allen zusteht. Durch höhere Kosten für den Mehrverbrauch könnte sich dies teils selbst finanzieren. Oder den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und kostenlos zur Verfügung zu stellen sowie die Fahrradinfrastruktur zu verbessern, um allen Menschen den Zugang zu Mobilität zu ermöglichen. Dies sind aber nur Beispiele, denn bei einer BGV handelt es sich nicht um eine fertige Blaupause, sondern um ein offenes Konzept, das auf bestimmten Prinzipien beruht und das vor Ort demokratisch an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst wird.

... und für Alle!

Eine BGV hat aber auch viele positive Effekte außerhalb der direkten Grundversorgung der Menschen. So würden z.B. die Existenz- und Abstiegsängste der Menschen und die Abhängigkeit von ausbeuterischen Lohnarbeitsverhältnissen deutlich reduziert. Die Menschen hätten mehr Zeit und Energie für Sorgearbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten und Aktivismus. Dadurch würden sie auch wieder mehr Selbstwirksamkeit, Sinn und Anerkennung in ihrem Alltag erfahren.

Durch eine BGV können also alle Menschen stärker und aktiver an der Sorge für ihre Mitmenschen und die Natur teilhaben. Wir gehen demnach davon aus, dass es zu gerechteren und nachhaltigeren Ergebnissen führt, unsere Bedürfnisbefriedigung nicht dem freien Markt zu überlassen, sondern sie auf eine solche Art und Weise gemeinschaftlich – aber nicht notwendigerweise staatlich – zu organisieren.



AUTOR:

CHRISTIAN HÜTTMANN

Degrowth Vienna | Christian hat Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Ökologie studiert, ist seit einigen Jahren bei Degrowth Vienna aktiv und arbeitet dort derzeit an einem Buch darüber mit, wie Degrowth und die Idee einer bedingungslosen Grundversorgung zusammen gedacht werden können.

WEITERFÜHRENDES:

[https://www.degrowthvienna.org/wp-content/uploads/2023/09/
Bedingungslose-Grundversorgung-final.pdf](https://www.degrowthvienna.org/wp-content/uploads/2023/09/Bedingungslose-Grundversorgung-final.pdf)

[https://www.degrowthvienna.org/wp-content/uploads/2023/11/231002/
poster_wasbrauchstdu.pdf](https://www.degrowthvienna.org/wp-content/uploads/2023/11/231002_poster_wasbrauchstdu.pdf)



GUTE CARE- GRUNDVERSORGUNG...

**...braucht ausreichend gut
ausgebildetes Personal und
bessere Arbeitsbedingungen**

Alexandra Strickner

Um eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge generell und vor allem auch in den Care-Bereichen zu garantieren, braucht es ausreichend qualifiziertes Personal. Die Studie „Daseinsvorsorge 2030: Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen“ zeigt auf, wie hoch bereits der Personalbedarf für den Erhalt der gegenwärtigen Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich aufgrund der Pensionierungs-welle der Babyboomer-Generation ist. Dieser Bedarf ist nochmals höher einzuschätzen, wenn es nicht nur um den Erhalt der bestehenden Angebote, sondern auch um deren dringend nötigen Ausbau geht (u.a. Dekarbonisierung der Energieversorgung, thermische Sanierung, Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, steigender Bedarf in der Altenpflege). In zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge müssen rund 19% der Beschäftigten bis 2030 nachbesetzt werden, zusätzlich müssen weitere 16–20% für eine verbesserte Daseinsvorsorge gefunden werden (siehe Tabelle auf nächster Seite).



Übersicht der Ersatz- und Zusatzbedarfe in ausgewählten Daseinsvorsorgesektoren 2021–2030

	Personalstand*	Ersatzbedarf		Zusatzbedarf	
		Personen	Personen	Prozent des Personalstandes	Personen
Gesundheit Pflegepersonal in • Spitälern • Ärzte:innen • MTD-Personal • Hebammen	154.300	32.500	21%	16.800–25.600	11–17%
Langzeitpflege Pflegepersonal in • stationärer Pflege • mobiler Pflege	69.700	13.700	20%	18.500	27%
Elementarbildung • Fach-/Assistenzpersonal inst. Kinderbetreuung	59.600	7.500	13%	13.600–16.600	23–28%
Öffentlicher Verkehr (Personennahverkehr)	80.500	21.700	27%	16.100–24.150	20–30%
Energieversorgung • Ausbau Photovoltaik (PV) • Ausbau Windkraft	4.000	540	14%	6.000	150%
Wohnraumversorgung • Ölkeleltausch • therm. Sanierung Gebäude	128.000	19.100	15%	6.650	5%
Öffentliche Erholungsräume	5.600	n/a	n/a	n/a	n/a
Summe	496.100	95.040	19%	77.650–97.500	16–20%

QUELLE: Studie Daseinsvorsorge 2030

* Die Zahlen geben den Personalstand aus dem Basisjahr (i.d.R. 2021) wieder, der als Berechnungsgrundlage in den Studien bzw. Prognosen dient. Es handelt sich um Personen/Köpfe und nicht Vollzeitäquivalente.

Damit mehr Menschen in Zukunft in diesen Bereichen arbeiten und auch für das Halten der bestehenden Beschäftigten braucht es bessere Arbeitsbedingungen und attraktivere Beschäftigungsverhältnisse. Nur so kann auch der gegenwärtige Teufelskreis aus vorzeitigem Ausscheiden aus dem Beruf aufgrund von Überlastungen, weiterer Verschärfung der Personal situation und damit auch die Deattraktivierung des Berufs in Gesundheit, Pflege und Bildung durchbrochen werden. Dabei können und müssen unterschiedliche Dimensionen adressiert werden: von einer verbesserten Entlohnung bzw. materiellen Anerkennung von gesellschaftlich zentraler Arbeitsleistung, über verbesserte Arbeitsbedingungen, gesündere Arbeitszeiten und organisatorische Innovationen, die Arbeitskräften mehr Gestaltungsraum ermöglichen bis hin zu informationsorientierten Kampagnen.

Und es braucht vorausschauende und innovative Ausbildungsoffensiven, die auch existenzsichernde Einkommen während der Ausbildung beinhalten. Hier einige Beispiele, welche Ansätze es bereits gibt:

Erstellung von Fachkräfteberichten

Die Stadt Wien beschäftigt sich proaktiv mit der Frage des Fachkräftebedarfs. Sie hat 2024 beim Wiener Arbeitnehmer:innen Förderungsfonds (waff) ein Fachkräftezentrum eingerichtet und im Jahr 2023 einen Fachkräftebericht erstellen lassen. Dieser analysiert den Fachkräftebedarf für drei Bereiche: für die Smart Klima City Strategie, für den kommunalen Verantwortungsbereich (hier v.a. Pflege, Gesundheit, Elementarpädagogik) sowie für den Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien und die Folgen des digitalen Wandels. Die Stadt Wien braucht allein bis 2030 21.000 neue Mitarbeiter:innen in all diesen Bereichen. In der Langzeitpflege wurde bis 2030 ein Bedarf von zusätzlich rund 9.100 Personen prognostiziert, für die Elementarpädagogik 1.900 Personen. Der Bericht enthält ebenso Strategien und Überlegungen, welche Maßnahmen zu setzen sind, um die notwendigen Fachkräfte auszubilden, umzuschulen oder durch andere Maßnahmen zu sichern. Dabei werden auch die internationale Mobilität von Menschen und Migrationsbewegungen mitgedacht.

Ausbildungs- & Qualifizierungsinitiativen

Für den Bereich der Daseinsvorsorge wurde im März 2024 von der Stadt Wien eine eigene Stiftung eingerichtet, über die in den nächsten drei Jahren rund 6.000 Fachkräfte für Jobs in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales, Elementarpädagogik und für Verwaltungsstellen der Stadt Wien sowie für die Wiener Linien ausgebildet werden sollen. Die Ausbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen werden unter anderem als Jobs Plus

Ausbildung angeboten. Dabei erhalten die Personen während der gesamten Ausbildungszeit existenzsichernde Einkommen und haben bereits fix einen Job bzw. verpflichten sich auch dazu für eine gewisse Zeit bei den jeweiligen Arbeitgeber:innen zu arbeiten. Die Stadt Wien bzw. der waff arbeiten hier mit unterschiedlichen Akteur:innen zusammen, wie zum Beispiel dem Arbeitsmarktservice AMS (das ca. 35% der Ausbildungskosten und die Existenzsicherung zahlt – mindestens 1.400 Euro pro Monat) und den Betrieben, die den Bedarf an Fachkräften bzw. die Stellen, die sie besetzen wollen, melden. Die Stadt Wien hat auch die Initiative „Pflege Zukunft Wien“ gestartet, um den Zusatzbedarf an Pflegekräften bis 2030 für Wien auszubilden.

Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen

Der Wiener Gesundheitsverbund unterstützt Qualifizierungsmaßnahmen von bereits angestellten Personen, unter anderem von Reinigungskräften zu Heimhilfen und von Heimhilfen zu Diplomfachkräften (sogenannte Inside-Up Strategien). Dabei bleiben die Personen während der Weiterbildung beim Wiener Gesundheitsverbund bei vollem Gehalt angestellt. Darüber hinaus wird an einer höheren Durchlässigkeit der Ausbildungen gearbeitet. So kann eine bereits ausgebildete Pflegefachassistentin, die sich zur Diplomfachkraft weiterbilden lassen will, bereits im dritten Semester dieser Ausbildung einsteigen. Mit Blick auf junge Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, stellt der Wiener Gesundheitsverbund bereits nach dem ersten Jahr der Ausbildung an der Fachhochschule (FH) Gesundheits- und Krankenpflege die Personen bis zum Abschluss der Ausbildung voll an.

**„ES BRAUCHT VORAUSSCHAUENDE UND
INNOVATIVE AUSBILDUNGSMASSNAHMEN,
UM DEN FACHKRÄFTEBEDARF ZU DECKEN.“**

Alexandra Strickner

Finanzielle Unterstützung für Auszubildende

Neben der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und der Etablierung einer neuen dreijährigen Pflegefachschule werden Auszubildende mittlerweile auch finanziell unterstützt. Seit 1. Jänner 2023 gibt es ein bundesweit gültiges Pflegestipendium für Personen über 20, die eine Ausbildung in diesem Bereich machen möchten. Dieses Stipendium garantiert einen Mindeststandard der Existenzsicherung während der Ausbildung in Pflegeberufen und wird über das AMS abgewickelt. Der Mindestbetrag für 2025 liegt laut der Information von oesterreich.gv.at bei rund 1.606,80 Euro monatlich und kann für vier Jahre bezogen werden. In Tirol erhalten junge Auszubildende in der Gesundheits- und Krankenpflege sowie in Sozialbetreuungsberufen ein Stipendium (monatlich 600 Euro), zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel vom Land finanziert.

Die österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) hat ein Stipendium (monatlich 1.035,30 Euro) für Medizinstudierende aufgelegt, die sich zu mindestens fünf Jahren Kassenarztätigkeit in einer Bedarfsregion verpflichten. Für das Studienjahr 2025/2026 stehen 13 solcher Stipendien zur Verfügung.

Die Höhe der Ausbildungsgelder bzw. Stipendien liegt jedoch immer noch weit unter den Gehältern für andere Bereiche, sie steigen über die Zeit der Ausbildung auch nicht an, wie etwa für angehende Polizist:innen. So erhalten Polizeischüler:innen 2025 ab Tag eins ihrer zweijährigen Ausbildung einen Verdienst von monatlich rund 2.380 Euro (brutto) 14 mal jährlich, im zweiten Ausbildungsjahr für den praktischen Ausbildungsteil 3.115 Euro, für den Theorie teil immerhin auch 2.895 Euro. Die viel geringeren monatlichen Beträge für Auszubildende in Pflege- und Sozialbetreuungsberufen, die für 12 Monate im Jahr ausbezahlt werden und im Falle eines nicht rechtzeitig belegten Ausbildungsfortschritts zurückzuzahlen sind (derartige Regeln kommen z.B. bei Polizeischüler:innen nicht zur Anwendung) spiegeln den gesellschaftlich geringeren Wert für diese Tätigkeiten wieder. Das ist angesichts der gesellschaftlichen Wichtigkeit von Sorgearbeit nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern dringend zu ändern. Hier ist also viel zu tun. Die Entwicklung von Qualifizierungs- und Ausbildungsstrategien braucht eine gute Planung und stärkere Koordinierung, u. a. zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen, dem Arbeitsmarktservice, Institutionen der Daseinsvorsorge, Arbeitnehmer:innenvertretung und den zuständigen Ministerien.

AUTORIN:

ALEXANDRA STRICKNER

... ist politische Ökonomin und gegenwärtig politische Geschäftsführerin von GLOBAL 2000. Sie arbeitet seit über 25 Jahren zu wirtschaftlichen Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Sie hat eine Vielzahl von österreichweiten und internationalen Netzwerken & Bündnissen mitaufgebaut und koordiniert. In Österreich hat sie u.a. Attac, Anders Handeln, fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben und das Kompetenzzentrum Alltagsökonomie mitgegründet.

WEITERFÜHRENDES:

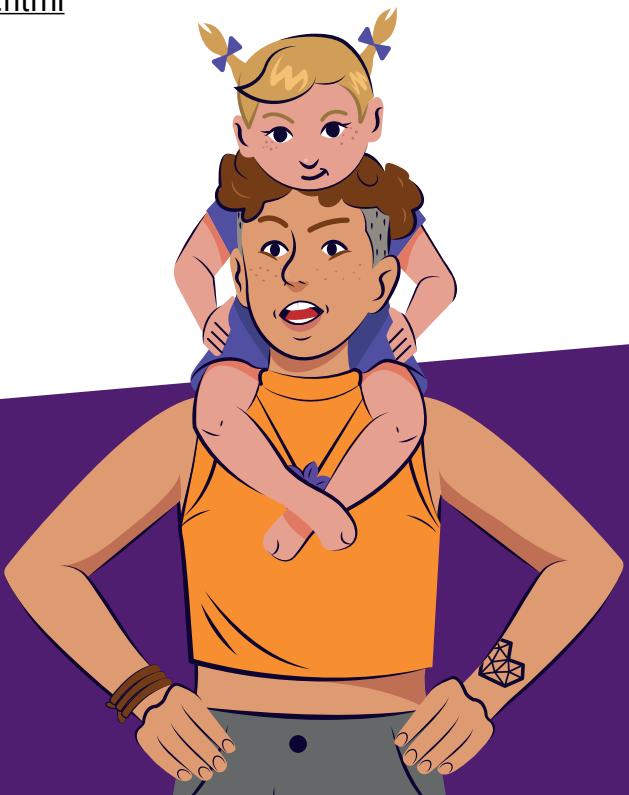
Michael Getzner, Leonhard Plank, Dragana Damjanovic, Emma Dowling, Alexandra Strickner et. al. (2024): Daseinsvorsorge 2030 – Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen. Verlag Arbeiterkammer Wien

WAFF – Jobs mit Ausbildung – <https://www.waff.at/jobs-ausbildung/jobs-mit-ausbildung/sozial-pflegeberufe/>

Fachkräftereport der Stadt Wien – <https://www.waff.at/reports/fachkraeftereport-2023/files/fachkraeftereport.pdf>

ÖGK Medizinstipendien – <https://www.gesundheitskasse.at/cdscontent/?contentid=10007.897535&portal=oegkportal>

Pflegestipendium – https://www.oesterreich.gv.at/themen/arbeit_beruf_und_pension/stipendien/pflegestipendium.html



WARUM WIR ÜBER MÄNNLICHKEITEN UND CARE-ARBEIT REDEN MÜSSEN

Elli Scambor

Wer macht unbezahlte Care-Arbeit? Kochen, Putzen, die Kinder ins Bett bringen oder die kranke Großmutter versorgen? Wir kennen die Antwort. Frauen übernehmen immer noch den allergrößten Teil dieser Arbeit in Österreich. Männer übernehmen seltener die alltägliche Sorgearbeit für andere und die Hausarbeit, sie arbeiten dafür öfter Vollzeit und verdienen mehr. Numerisch lässt sich diese Ungleichverteilung im Gender Care Gap, Gender Pay Gap und Gender Pension Gap ausdrücken.

Doch es geht um mehr als eine Verteilungsfrage. Sorgearbeit ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens – sie hält Beziehungen aufrecht, stützt die Wirtschaft und sorgt dafür, dass Menschen sich wohl und sicher fühlen. Trotzdem bleibt sie oft unsichtbar, erfährt selten Anerkennung und ist nicht der Rede wert – solange Frauen sie machen.

Gleichzeitig geraten alte Rollenmuster ins Wanken. Immer mehr Männer merken: Das klassische Bild vom „Ernährer“, der die Familie ökonomisch absichert und beschützt, passt irgendwie nicht mehr. Viele wollen mehr: präsent sein für ihre Kinder, Verantwortung für Care-Arbeit teilen, Beziehungen leben. Dazu sind neue Vorstellungen männlichkeitsbezogener Praxis notwendig.



Männlichkeiten – what's that?

Männlichkeit ist nicht gleichzusetzen mit Männern. Vielmehr ist Männlichkeit eine gesellschaftliche Praxis. Was als „männlich“ gilt, lernen Jungen von klein auf – durch Vorbilder, Medien, Schule und Alltag. Vor allem in Bildungseinrichtungen bestehen teilweise divergierende Männlichkeitsanforderungen nebeneinander, nicht in friedlicher Koexistenz, sondern häufig in wechselseitiger Ablehnung. Während für die einen Männlichkeit mit Souveränität, Dominanz und Durchsetzungsfähigkeit verbunden ist, hinterfragen andere traditionelle Geschlechternormen, zeigen ihre Verletzlichkeit und lösen Konflikte konstruktiv in Gesprächen.

Von „I don't care“ zu „I care“

Jungen und junge Männer sagen oft: „I don't care“ – „Es ist mir egal“. Diese Haltung wirkt souverän, ist aber häufig eine Schutzhaltung: Viele lernen früh, sich emotional abzuschotten, um verletzliche Seiten zu verbergen. Viele erleben, beobachten oder erlernen männliche Gewalt in ihrem Aufwachsen. Wenn wir an der Prävention von Gewalt und Herstellung gerechter Verhältnisse interessiert sind, dann müssen wir von gewaltaffinen zu friedvollen männlichkeitsbezogenen Praxen kommen.

Wir müssen Care, das Sich-Kümmern, zum Thema machen und mit Jungen und Männer daran arbeiten, wie sie sich kümmern (können). Care ist eine menschliche „Superkraft“, aber diese Kraft steht nicht einfach zur Verfügung, sie muss gelernt und geübt werden. Alle können darin gut werden – auch jene, die am meisten von der Welt abgeschnitten sind.

Caring Masculinities

In der kritischen Männlichkeitenforschung wird seit langem an Caring Masculinities gearbeitet – es fokussiert männlichkeitsbezogene Praxismuster, die Werte aus der feministischen Fürsorgeethik integrieren – Aufmerksamkeit, Unterstützung, Empathie.

Nancy Fraser beschreibt Care als Grundlage für soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, als eine menschliche Norm, die für alle Geschlechter gilt, und gleichzeitig als „sozialer Klebstoff“, der uns zusammenhält, wenn wir gut üben. Sie unterscheidet zwischen fürsorglichem Handeln in generationenübergreifenden Beziehungen und dem Sich-Kümmern um Freundschaften, Gemeinschaften oder Kolleg*innen. Care muss entsprechend in einem weiten Sinne verstanden werden: Gemeint ist nicht nur die Sorge für sich selbst und andere, sondern auch Familien zu versorgen, Haushalte

**„IN FAMILIEN, IN DENEN SICH
BEIDE ELTERN KÜMMERN,
ERLEBEN KINDER WENIGER
GEWALT, UND DIE PARTNER-
SCHAFTEN SIND STABILER.“**

**AUSGEWOGENE AUFTEI-
LUNG VON SORGEARBEIT
SENKT KONFLIKTE UND
ERHÖHT DIE ZUFRIEDEN-
HEIT IN BEZIEHUNGEN.“**

Elli Scambor

am Laufen zu halten, Freundschaften zu pflegen sowie sich in Gemeinschaften und Netzwerken zu engagieren – Tätigkeiten, die Nancy Fraser als zentrale Formen von Care beschreibt. Ebenso umfasst Care den Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit, den Aufbau solidarischer Strukturen sowie die konsequente Ablehnung männlicher Dominanz und Gewalt.

Warum sollten Männer Sorgearbeit übernehmen?

Weil alle davon profitieren. Die aktuelle GEQ-AT Studie zu Gleichstellung und Lebensqualität in Österreich belegt: In Familien, in denen sich beide Eltern kümmern, erleben Kinder weniger Gewalt, und die Partnerschaften sind stabiler. Ausgewogene Aufteilung von Sorgearbeit senkt Konflikte und erhöht die Zufriedenheit in Beziehungen.

Der Fokus auf Fürsorge ermöglicht es, authentisch zu sein – ohne den Druck, Emotionen unterdrücken zu müssen. Wer lernt, gut für sich selbst und andere zu sorgen, gestaltet gesündere Beziehungen, die auf gegenseitigem Einverständnis und der Fähigkeit beruhen, Freude bewusst zu erleben.

Nicht zuletzt reduzieren fürsorgliche Männlichkeitspraxen risikoreiches und missbräuchliches Verhalten, stärken die Bereitschaft, Hilfe anzunehmen, und tragen so zu einem besseren psychosozialen Wohlbefinden und einem gesünderen Lebensstil bei.

Vorbilder und Initiativen

Europaweite Initiativen und Projekte wie Caring Masculinities in Action oder Men in Care zeigen: Es geht auch anders. Aktionen, Programme und Kampagnen wie Male Feminists Europe, MenEngage, MenCare und viele andere richten den Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und treten geschlechterbezogener Gewalt aktiv entgegen.

Vorbilder lassen sich auch in Betrieben finden. Im Projekt Men in Care wurde am Beispiel des slowenischen Möbelunternehmens Donar gezeigt, wie das geht. Dort wurde die Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohn reduziert – um allen, und damit auch Vätern, mehr Zeit für ihre Familien zu ermöglichen. Der Geschäftsführer lebt das selbst vor. Solche Vorbilder machen Mut und zeigen: Fürsorgliche Männlichkeitspraxen lassen sich umsetzen.

Was muss sich verändern?

Damit Caring Masculinities zur Alltagspraxis in unserer Gesellschaft werden können, braucht es Veränderungen auf mehreren Ebenen: Eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit beginnt mit politischen Rahmenbedingungen: Elternzeitmodelle sollten fair, gut bezahlt und nicht übertragbar sein – nach dem Prinzip „Use it or lose it“. Nur so werden auch Väter aktiv in die Care-Arbeit einbezogen. Gleichzeitig muss Kinderbetreuung flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle zugänglich sein, damit bezahlte und unbezahlte Arbeit für alle Eltern vereinbar wird.

Auch die Arbeitswelt ist gefragt: Unternehmen müssen neue Arbeitszeitmodelle schaffen, insbesondere in männerdominierten Branchen. Die Men in Care-Studie zeigt, dass sich bisher viele Maßnahmen auf die Vaterschaft beschränken – dabei gäbe es deutlich mehr Potenzial für eine umfassende Beteiligung von Männern an Care-Arbeit.

In der Betreuung von Personen im sozialen Nahraum brauchen Pflegende gezielte Unterstützung, sei es durch Netzwerke, Ressourcen oder gesellschaftliche Anerkennung. Denn auch hier ist es wichtig, dass Männer praktische Care-Arbeit leisten, die sich nicht nur auf die Erledigung finanzieller Angelegenheiten oder Reparaturen in Haus und Garten beschränkt.

Schließlich ist Bildung ein zentraler Schlüssel: Kinder müssen fürsorgliche Männlichkeiten als reale Alltagspraxis erfahren – so früh wie möglich. Das Erleben fürsorglicher männlicher Bezugspersonen ist dabei entscheidend. Internationale Projekte wie Early Care and the Role of Men – ECaRoM, ausgerichtet auf die Stärkung von Caring Masculinities im Bereich der Früherziehung – setzen genau hier an und fördern Gleichstellungskulturen von Beginn an, damit Care als gemeinschaftliche Aufgabe erlebbar wird.

Care als Haltung

Care ist eine Haltung, eine menschliche Norm, ein sozialer Klebstoff und die Grundlage unseres Überlebens und sozialen Zusammenhalts. Care schafft Verbindung, Vertrauen und Gemeinschaft. Fürsorgliche Männlichkeit ist kein Widerspruch. Wer fürsorglich handelt, nimmt andere ernst – und auch sich selbst.

**„FÜRSORGLICHE
MÄNNLICHKEIT IST
KEIN WIDERSPRUCH.“**

**WER FÜRSORGLICH
HANDELT, NIMMT
ANDERE ERNST – UND
AUCH SICH SELBST.“**

Elli Scambor

AUTORIN:
ELLI SCAMBOR

... ist Soziologin und Geschäftsführerin im Institut für Männer- und Geschlechterforschung (www.genderforschung.at). Sie koordiniert zahlreiche internationale Studien mit den Schwerpunkten Men & Gender Equality, Caring Masculinities und Gewaltprävention. Sie ist Käthe-Leichter-Preisträgerin 2016, stellvertretende Vorsitzende im Dachverband Männerarbeit Österreich (DMÖ) und Mitglied der GenderWerkstätte.

WEITERFÜHRENDES:

GEQ-AT Studie - Scambor, Elli, Bergmann, Nadja, Bacher-Posch, Oliver, Danzer, Lisa, Nikolatti, Ronja, Pretterhofer, Nicolas, Sauseng, Jakob & Veronika Suppan (2025). Mit Geschlechtergerechtigkeit zu Gewaltprävention. Gender Equality and Quality of Life Study Austria. <https://www.vmg-steiermark.at/de/forschung/projekt/geq-gender-equality-and-quality-life>

Men in Care – <https://www.work-with-perpetrators.eu/men-in-care>

Caring Masculinities. Über Männlichkeit und Sorgearbeit – <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/care-arbeit-2020/317852/caring-masculinities/>

Early Care and the Role of Men (ECaRoM) Materialien – <https://www.vmg-steiermark.at/de/forschung/ecarom>

Ist Sorgearbeit nichts für Männer? – https://www.lambertus.de/ist_sorgearbeit_nichts_fuer_maenner-3605-9/

MenEngage Europe – working with men and boys for gender equality – <https://menengage.org/region/europe/>



„SORGE IST MÄNNLICH“

**Die Förderung von Caring Masculinities
ist ein zentraler Baustein für eine fair-
sorgende Wirtschaft und Gesellschaft**

Erich Lehner, Elisabeth Sechser

Lange Zeit waren Männlichkeitsbilder geprägt von Abgrenzung und Dominanz – gegenüber anderen Männern, gegenüber Frauen, gegenüber Gefühlen. Auch wenn sich im politischen Feld diese Modelle gerade wieder stärker zu etablieren scheinen, entsteht parallel eine attraktive Alternative: Caring Masculinities.

„Die sorgeorientierte Männlichkeit ist ein Gegenmodell zur hegemonialen, überlegenen Männlichkeit. Sie ist nicht weichgespült, sondern bewusst solidarisch.“ Erich Lehner

**Die Vorstellung von Stärke als Härte wird als Kraft
durch Beziehung, Fürsorge und Verantwortung abgelöst.**

Internationale Forschung zeigen: Männer wollen fürsorglich sein. 81% der befragten Männer in Österreich erklärten sich bereit, ihre Erwerbsarbeit zugunsten von Sorgearbeit zu reduzieren. Immer mehr Männer übernehmen Verantwortung für Kinder, pflegen Angehörige, sprechen offen über Gefühle,



reflektieren ihr Handeln. Und trotzdem: Noch immer verhindert ein veraltetes Männlichkeitsbild, dass diese Entwicklung in der Breite ankommt. Noch immer fehlt es an Strukturen, Sichtbarkeit, politischen Rahmenbedingungen.

Caring Masculinities basiert auf Erkenntnissen europäischer Gleichstellungs-forschung und baut auf feministischer Care-Ethik und auf Lebensrealitäten vieler Männer auf, die sich bereits heute um Kinder, Angehörige oder Kolleg:innen kümmern – oft gegen strukturellen Widerstand. Zunehmend rufen Initiativen und Plattformen wie beispielsweise MenCare, MenEngage oder Male Feminists Europe Männer* dazu auf, sich in der Care-Arbeit zu engagieren und damit zu Akteuren des Wandels zu werden. Wie u.a. auch die Arbeiten der Soziologin, Männlichkeiten- und Geschlechterforscherin Elli Scambor zeigen, sind die Erwerbsarbeit von Frauen und Care-Arbeit von Männern eng miteinander verbunden.

Auch in vielen Forschungsarbeiten von Riane Eisler, eine der Pionierinnen der Caring Economy, Gründerin vom Center for Partnership Systems wird sichtbar: Gesellschaften, die Care-Arbeit fördern, sind gerechter, friedlicher und gesünder.

Männer profitieren genauso wie Frauen. Sorge ist kein Frauenthema – sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Auch Gary Barker, Gründer von Equimundo und Mitinitiator der MenCare-Kampagne macht weltweit sichtbar: Wenn Männer sich fürsorglich verhalten, als Väter, Partner, Freunde, profitieren alle. Männer werden gesünder, leben länger, sind seltener depressiv oder gewalttätig. Gesellschaften werden gleichberechtigter, gerechter, friedlicher. Die Studienlage ist eindeutig: Sorgearbeit stärkt nicht nur das soziale Gefüge – sie tut auch Männern selbst gut.

Die Rolle von Vätern wird zunehmend neu bewertet – nicht nur im Hinblick auf Erziehung und Gleichstellung, sondern auch auf die körperliche und psychische Gesundheit der gesamten Familie. Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weiterer internationaler Organisationen zeigen: Väterliche Beteiligung wirkt wie ein Schutzfaktor – für Kinder, Mütter und die Männer selbst.

Fürsorge fair zu verteilen und Männern ein sorgeorientiertes Bild von Männlichkeit zuzugestehen, braucht neue Narrative zum starken Mann, andere Strukturen und politische Entschlossenheit. Eine echte Caring Economy stellt Sorge in den Mittelpunkt ökonomischer Entscheidungen – und nicht Profit. Eine sorgeorientierte Männlichkeit ist keine Frage von individuellem gutem Willen allein. Sie braucht politischen Rückhalt, kulturelle Sichtbarkeit und ökonomische Absicherung.

**„CARING MASCULINITIES
SIND EIN SCHLÜSSEL FÜR
GESELLSCHAFTLICHEN
FORTSCHRITT.“**

**ECHTE GESCHLECHTER-
GERECHTIGKEIT GEHT ÜBER
DAS ERWERBSLEBEN HINAUS
UND UMFASST VOR ALLEM
DIE GETEILTE CARE-ARBEIT
ZU HAUSE.“**

Elisabeth Sechser

Mehr Männer in der sichtbaren und unsichtbaren Care-Arbeit beleben nicht nur die Wirtschaft. Sie haben auch ein sehr hohes Einsparungspotential, denn toxische Männlichkeitsbilder verursachen enormes Leid und hohe Kosten.

Deshalb fordern wir:

1. Geteilte Karenzmodelle für Mütter und Väter; Teilzeitmodelle für alle, gesetzlich abgesichert und finanziell attraktiv.
2. Bildungsinitiativen zu Caring Masculinities in Schule, Ausbildung und Medien inkl. dem Abbau stereotyper Rollenbilder.
3. Pflege- und Sorgearbeit aufwerten – durch faire Bezahlung und gesellschaftliche Anerkennung.
4. Partnerschaftliche Arbeitskulturen in Betrieben, die Care-Arbeit für Männer ermöglichen und fördern.
5. Sorgezeit statt Überstunden: Einführung einer 30-Stunden-Woche für alle – als neue Vollzeit

Caring Masculinities sind ein Schlüssel für gesellschaftlichen Fortschritt. Echte Geschlechtergerechtigkeit geht über das Erwerbsleben hinaus und umfasst vor allem die geteilte Care-Arbeit zu Hause.

Männlichkeit ist kein starres Konzept. Sie ist gestaltbar – fürsorglich, gerecht und zukunftsweisend. Eine solche Haltung ist kein Widerspruch zu Stärke – sie ist vielleicht ihre ehrlichste Form.

Es braucht eine beziehungsorientierte Männlichkeit, die Empathie und Verantwortung betont, eine Gesellschaft, die das möglich macht und eine Politik, die dafür die attraktiven Rahmenbedingungen schafft.



AUTOR*INNEN:

ELISABETH SECHSER
fair sorgen!, caringeconomy.jetzt

ERICH LEHNER
Dachverband Männerarbeit Österreich (DMÖ)

WEITERFÜHRENDES:

Marc Gärtner und Elli Scambor 2020. Caring Masculinities. Über Männlichkeiten und Sorgearbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 70. Jahrgang, 45/2020.

Erich Lehner 2015. Männlichkeit und Sorge – spannungsreich und widersprüchlich. In: Mahs, Claudia/Rendtorff, Barbara/Warmuth, Anne-Dorothee (Hg.): Betonen – Ignorieren – Gegensteuern? Zum pädagogischen Umgang mit Geschlechtstypiken, Weinheim: Beltz-Juventa

World Health Organization 2017. Fatherhood and Health outcomes in Europe.
<https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/108571/E91129.pdf>

GEMEINNÜTZIGKEIT IN DER LANGZEITPFLEGE

Kurt Schalek

Meistens passiert es im Alter. Menschen können ihren Pflegebedarf zur Erhaltung der Gesundheit und zur Bewältigung des Alltags nicht mehr selbst abdecken und sind auf die Unterstützung anderer angewiesen. Auch jüngere Menschen können nach Unfällen oder Krankheiten betroffen sein. Pflegebedürftigkeit ist das Wort, das diese Situation beschreibt. Oft wird die Unterstützung von Angehörigen oder anderen nahestehenden Personen geleistet. In Österreich leisten über 800.000 Menschen Unterstützung für ihnen nahestehende pflegebedürftige Personen. Kommen jedoch professionelle Betreuungs- und Pflegeangebote ins Spiel, dann ist der Staat, in Österreich auf Ebene der Bundesländer, für deren Organisation zuständig.

Rund 3,5 Milliarden Euro gaben die Bundesländer, der Bund, die Gemeinden und die Sozialversicherungen im Jahr 2023 für Sachleistungen der Langzeitbetreuung und -pflege aus. Vier von fünf Euro fließen in die Pflegewohnhäuser.

Demografisch bedingt ist mit beträchtlichen Kostensteigerungen zu rechnen. Die knappen verfügbaren öffentlichen Mittel machen es wünschenswert, dass das eingesetzte öffentliche Geld möglichst im System bleibt und dort die dringend erforderlichen Leistungen ermöglicht. Der Abfluss in private Gewinne ist nicht zweckdienlich.



**„GEMEINNÜTZIGKEIT
SOLL SICHERSTELLEN,
DASS ALLE MITTEL
FÜR DIE UMSETZUNG
EINES GEMEINWOHL-
ORIENTIERTEN ZIELS
EINGESETZT WERDEN.“**

Kurt Schalek

Viele verschiedene Anbieter:innen

Das formelle System der Langzeitbetreuung und -pflege besteht aus Angeboten für mobile Dienste, Tageszentren und stationäre Einrichtungen. Diese Sachleistungen werden öffentlich geregelt und finanziert und von einer Vielzahl von Akteur:innen angeboten.

Es gibt öffentliche Träger, die von Gemeinden oder den Bundesländern geführt werden. Ihre Finanzierung erfolgt über öffentliche Budgets. Daneben gibt es private Träger, die entweder gemeinnützig operieren oder als private Unternehmen einen Gewinn erzielen wollen. Letztere erhalten Geld von Investor:innen, um ihre Geschäftsstrategie umsetzen zu können oder werden aufgekauft. Wird Geld als Gegenleistung für investierte finanzielle Mittel ausbezahlt, spricht man von einer Rendite. Diese Zahlungen setzen nicht zwingend voraus, dass tatsächlich auch ein Gewinn erzielt wird. Bezahlt werden die Leistungen der privaten Anbieter:innen – und damit auch die Renditen – zum Großteil mit öffentlichen Förderungen aus den Budgets der Bundesländer.

Problematisch für die öffentliche Hand sind Unternehmen, deren Geldgeber:innen bzw. Eigentümer:innen Betreuung und Pflege primär als Geschäftsmodell verstehen. Renditen führen dazu, dass ein Teil des knappen öffentlichen Geldes nicht für die Leistungserbringung zur Verfügung steht, sondern ohne Mehrwert für die pflegebedürftigen Menschen aus dem System heraus genommen wird. Da Investor:innen eine Rendite für ihr Investment erwarten, erhält die Gewinnerzielung Priorität in den Unternehmensentscheidungen, auch wenn aus marktstrategischen Gründen Zahlungen befristet zurückgestellt werden. Die Interessen der Menschen mit Pflegebedarf und der Arbeitnehmer:innen stehen nicht mehr im Zentrum der Organisation. Damit geraten die Lebensqualität der Menschen mit Pflegebedürftigkeit und die Qualität der Pflegeleistungen sowie der Arbeitsplätze unter Druck.

Die Nachfrage nach Investitionsmöglichkeiten in der Langzeitbetreuung und -pflege ist vorhanden. Internationale Beispiele belegen, dass soziale Dienstleistungen – trotz des hohen Regulierungsgrades und bestehender Unterfinanzierung – ein attraktives Feld für Investor:innen auf der Suche nach Renditen darstellen. Der Grund liegt in der dauerhaften Finanzierung von Leistungen mit steigender Nachfrage durch die öffentliche Hand, was Langzeitbetreuung und -pflege zu einem sicheren Geschäftsfeld macht.

Öffentlich und gemeinnützig pflegen: Auf die Pflege fokussieren

Gemeinnützigkeit soll sicherstellen, dass alle Mittel für die Umsetzung eines gemeinwohlorientierten Ziels eingesetzt werden. Gemeinnützigen Organisationen ist es durchaus erlaubt Gewinne zu machen. Aber sie sind verpflichtet, erzielte Überschüsse wieder in die Arbeit im Sinne des gemeinwohlorientierten

Ziels zu reinvestieren. Gewinne können für die Verbesserung der Leistungsqualität, neue Angebote oder für attraktivere Arbeitsbedingungen verwendet werden. Private Vorteile sind jedoch abseits von angemessenen Arbeitsentgelten nicht erlaubt. Damit unterstützt Gemeinnützigkeit die nachhaltige Verfügbarkeit und Zugänglichkeit professioneller Angebote, da auch wirtschaftlich weniger attraktive Regionen oder Personengruppen mit weniger Geld besser versorgt werden.

Das Prinzip der Gemeinnützigkeit ist für die öffentliche Hand interessant, weil die eingesetzten Steuergelder dadurch im größtmöglichen Ausmaß für den vorgesehenen Zweck verwendet werden. Die „Rendite“ öffentlicher Investition besteht in der qualitativ guten Versorgung von Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Vielfältige Wege, Geld aus der Pflege zu ziehen

Nicht immer erhalten Investor:innen Geld in Form von deklarierten Zahlungen. Es gibt Konstruktionen, um Geld auch verdeckt aus dem Betreuungs- und Pflegebetrieb zu bringen. Dazu zählt etwa die Zahlung von überhöhten Preisen für ausgelagerte Leistungen in einer Konzernstruktur, Lizenzzahlungen, Immobilienmiete oder konzerninterne Kredite. Auf diese Weise werden Gelder in Steueroasen verschoben. Und der öffentlichen Hand entgehen Einnahmen.

Die bestehenden steuerrechtlichen Regelungen zur Gemeinnützigkeit reichen nicht, um die Geschäftspraktiken zur Extrahierung von Renditen zu beschränken. Deshalb kann derzeit auch aus formal „gemeinnützigen“ Unternehmen Geld gezogen werden. Um gemeinnütziges Wirtschaften zu stärken, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich.

Gemeinnützigkeit stärken

Wichtig ist eine möglichst gute Qualitätsdefinition für die Langzeitbetreuung und -pflege. Leistungen dürfen nicht zu Lasten von Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder zu Lasten von Arbeitnehmer:innen eingeschränkt werden. Gibt es eine rechtliche Qualitätsdefinition, können die Förderrichtlinien auf deren Kriterien verweisen. Die Qualität der Leistungen wird dadurch überprüfbar und schwerer zu unterlaufen. Leider fehlen in Österreich Festlegungen, welche Qualitätsanforderungen von Betreuung und Pflege mit einer öffentlichen Finanzierung einhergehen.

Weiters braucht es eine rechtliche Regelung der zulässigen Geschäftspraktiken. Ein Beispiel dafür ist das Wohnbaugemeinnützigkeitsgesetz, in dem die wirtschaftlichen Aktivitäten von gemeinnützigen Wohnbauträgern geregelt sind.

Und natürlich ist eine adäquate Ressourcenausstattung der Langzeitbetreuung und -pflege nötig. Was dazu erforderlich ist, lässt sich im Zusammenhang mit einer guten Qualitätsdefinition besser festlegen als diese heute der Fall ist.

AUTOR:

KURT SCHALEK

Referent in der Abteilung Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik der AK Wien

WEITERFÜHRENDES:

Plank Leonhard, Volmary Hans, Krenn Manfres, Blaas Wolfgang (2023): Shareholderorientierte Transnationale Investoren in Der Kritischen Sozialen Infrastruktur. Wien: Verlag Arbeiterkammer Wien; <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16789593/>

Kössl Gerald (2022): Das System des gemeinnützigen Wohnbaus in Österreich: Kostenmieten, revolvierende Fonds und ökonomische Auswirkungen; Working paper CIRIEC No. 2022/05; <https://www.ciriec.uliege.be/wp-content/uploads/2023/01/WP2022-05.pdf>

Schalek Kurt (2024): Working Paper: Qualität in der stationären Langzeitbetreuung und -pflege. Beitrag zur Entwicklung eines Qualitätskonzepts; Wien, AK Wien; <https://emedien.arbeiterkammer.at/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-7002053>



FAIRSORGENDES WIRTSCHAFTEN BRAUCHT EIN FAIRES STEUERSYSTEM

David Walch

Sorgearbeit bildet das Fundament unseres Wirtschaftens, wird aber nach wie vor systematisch abgewertet. Steuern wiederum sind die Bausteine für ein gutes Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Daher braucht eine fairsorgende Gesellschaft auch eine radikale steuerliche Umverteilung von Ressourcen und Macht. Ein faires Steuersystem ist ein wesentlicher Hebel, um auch dem angeblichen „Sachzwang“ der leeren Kassen etwas entgegenzusetzen. Auf nationaler Ebene kann dabei an mehreren zentralen Stellen angesetzt werden.

1. Eine progressive Vermögensteuer, welche die Vermögenszuwächse der Reichen stoppt

Österreich liegt bei der Vermögenskonzentration in Westeuropa an der Spitze. Die reichsten 5 Prozent in Österreich besitzen 53,5 Prozent, das reichste EINE Prozent besitzt rund 40 Prozent des Gesamtvermögens. Die ärmere Hälfte besitzt hingegen so gut wie nichts. Wir sind zudem international eines der Schlusslichter, wenn es um den Beitrag der Reichen zum Allgemeinwohl geht: Vermögensbezogene Steuern tragen nur rund 1 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Würde Österreich diese Steuern lediglich auf den Durchschnitt der Industriestaaten anheben, würden die Einnahmen **von aktuell 2,2 Milliarden Euro auf mehr als 11 Milliarden Euro** steigen.



Attac-Berechnungen zeigen zudem, dass das Vermögen der österreichischen Milliardär*innen jährlich um mehr als 10 Prozent anwächst und sich somit alle 7 Jahre verdoppelt. Dieser extreme Zuwachs von Vermögen und Macht sollte aus vielen Gründen eingebremst werden.

Mit dem Attac-Vorschlag für eine progressive Vermögensteuer würde Vermögen über 5 Millionen Euro besteuert werden. Damit wären 99,7 Prozent der Bevölkerung gar nicht von der Steuer betroffen. Das Modell steigt dabei in 4 Stufen an – von 1 Prozent ab 5 Millionen bis auf 10 Prozent für Vermögen über 1 Milliarde Euro.

Progressive Vermögenssteuer-Modell

Stufen	Vermögen	Grenzsteuersatz*
Freibetrag	0 bis 5 Mio. €	0%
1. Stufe	5 bis 50 Mio. €	1%
2. Stufe	50 bis 100 Mio. €	2%
3. Stufe	100 bis 1 Mrd. €	5%
4. Stufe	über 1 Mrd. €	10%

**Grenzsteuersatz bedeutet, dass nur der Anteil des Vermögens über der Stufengrenze mit dem jeweils Steuersatz besteuert wird, für die darunter liegenden Anteile des Vermögens gelten die jeweils niedrigeren Steuersätze. Daher ist der tatsächliche Steuersatz für jemanden mit einem Vermögen von 60 Mio. € nicht 2%, sondern nur 1,08% und jemand mit 110 Mio. € Vermögen trägt tatsächlich nur 1,77% seines Vermögens bei.*

Damit wären Einnahmen von rund 20 Milliarden Euro möglich. Zusätzlich zur progressiven Vermögensteuer ist auch eine progressive Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen nötig, die nur die Reichen betreffen würde. Schon bei moderat progressiven Modellen belaufen sich die potentiellen Einnahmen auf rund 1 Milliarde Euro pro Jahr.

**„WIR KÖNNEN ES
UNS NICHT LEISTEN,
WEITER AUF EINEN
FAIREN BEITRAG
DER REICHSTEN
UND DER KONZERNE
ZU VERZICHTEN...“**

David Walch

2. Kapital gleich – progressiv – besteuern wie Arbeit

Kapitaleinkommen, also Einkommen aus Zinsen, Dividenden oder Spekulation unterliegen derzeit einem einheitlichen Steuersatz von 25 beziehungsweise 27,5 Prozent – unabhängig von der Einkommenshöhe. Im Gegensatz dazu werden Einkommen aus Arbeit progressiv, also ansteigend besteuert – mit Grenzsteuersätzen bis zu 55 Prozent.

ANNA (PFLEGEKRAFT)

Einkommen: unterbezahlt, 3.000 € brutto im Monat (42.000 € im Jahr)

Steuern und Abgaben: ca. 30 % (Lohnsteuer und Sozialversicherung)

Beitrag zur Gesellschaft: Pflegearbeit, systemrelevant, erhöht das Wohlergehen von Menschen

THOMAS (VERMÖGENDER ANLEGER)

Vermögen: 10 Millionen € in Aktien

Kapitaleinkommen: z.B. 500.000 € pro Jahr (Dividenden und realisierte Kursgewinne)

Steuern: pauschal 27,5 %, nicht sozialversicherungspflichtig

Beitrag zur Gesellschaft: keine Erwerbsarbeit, leistungsloses Einkommen durch Besitz, Spekulation erhöht Instabilität des Wirtschaftssystems

Diese Bevorzugung von Kapitaleinkommen muss beendet werden. Auch Kapitaleinkommen sollten unter die Einkommensteuer fallen und somit progressiv besteuert werden. Die zusätzlichen Einnahmen können für eine spürbare Senkung der Beiträge kleinerer Einkommen verwendet werden – wovon auch viele Frauen im Care-Sektor profitieren würden.

3. Auch bei der Einkommensteuer besteht Handlungsbedarf

Zentral für eine bessere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, wäre – ganz entgegen dem Zeitgeist – die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung von Überstunden. Sie wird vor allem von Männern in Anspruch genommen und ist ein Anreiz, steuerbegünstigt länger zu arbeiten und damit weniger Zeit für Care-Arbeit zu haben. Zahlreiche weitere Regelungen im Einkommensteuersystem begünstigen hohe Einkommen. Dazu zählt auch der Familienbonus. Am meisten profitieren davon Väter mit sehr hohen Einkommen, während Mütter nach wie vor den Großteil der unbezahlten Betreuungsarbeit haben.

Grundsätzlich sollten von jeder Reform der Einkommensteuer Frauen und Männer zumindest gleichermaßen profitieren. Weil viele Frauen weniger verdienen, müssen untere Einkommen in Euro mindestens so stark entlastet werden wie hohe Einkommen. Wenn die Steuern für niedrige Einkommen sinken, sollten gleichzeitig die Steuersätze für sehr hohe Einkommen steigen – denn diese profitieren überproportional viel von niedrigeren Einstiegssteuersätzen.

4. Schluss mit dem Steuerwettlauf nach unten bei den Konzernen

Die Steuersätze auf Unternehmensgewinne (KÖSt) haben sich seit den 80er Jahren weltweit halbiert – auch in Österreich. Zuletzt hat Türkis-Grün die KÖSt von 25 auf 23 Prozent gesenkt. Seither tragen die gewinnstärksten fünf Prozent der Unternehmen jährlich rund 1,2 Milliarden Euro weniger zum Gemeinwohl bei.

Wer mehr beitragen kann, soll auch mehr beitragen: Dieses Prinzip muss auch für Unternehmen gelten. Auch ihre Gewinne sollten progressiv besteuert werden. Die aktuelle Besteuerung wirkt in Wahrheit regressiv. Große multinationale Konzerne haben durch steuerrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten weitaus geringere effektive Steuersätze als Klein- und Mittelbetriebe. Zusätzlich reduzieren sie durch aggressive Gewinnverschiebungen ihren tatsächlichen Steuerbeitrag.

Das Attac-Modell für eine progressive KÖSt sieht drei Steuerstufen je nach Gewinnhöhe eines Unternehmens vor: 22 Prozent für alle Gewinne bis zu 40.000 Euro, 25 Prozent für alle Gewinne bis 500.000 Euro und 34 Prozent für alle Gewinne darüber. Damit wären - konservativ geschätzt - Mehreinnahmen von rund 4 Milliarden Euro möglich.

Fairsorgendes Wirtschaften braucht faire Finanzierung

Die hier skizzierten Vorschläge sind eine Diskussionsgrundlage und zeigen ein Einnahmenpotential von rund 25 bis 30 Milliarden Euro. Ökologische und sozial gerechte gestaltete Steuern auf Energie und Rohstoffe wären eine weitere sinnvolle Einnahmequelle.

Wir können es uns nicht leisten, weiter auf einen fairen Beitrag der Reichsten und der Konzerne zu verzichten – während es an allen Ecken an Pflegekräften, Elementarpädagog*innen, Zeit für gute Sorgearbeit, und das Geld für Zukunftsinvestitionen wie Bildung, Pflege, Betreuung, Gewaltschutz und Klimaschutz fehlt.

AUTOR:
DAVID WALCH

... ist Pressesprecher von Attac Österreich und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit nationaler und internationaler Steuerpolitik.

WEITERFÜHRENDES:

Informationen zum Attac-Modell für eine progressive Vermögensteuer:
www.attac.at/vermoegensteuer

Attac: Mehr von den Großen, weniger von den Kleinen_ Konzept für eine progressive Unternehmensbesteuerung, www.attac.at/progressive-koest

Attac Österreich (2019): Steuergerechtigkeit. Positionspapier,
www.attac.at/ziele/steuergerechtigkeit



FAIRSORGENDES LANDWIRTSCHAFTEN:

**Mit Agrarökologie und Care-Revolution
unsere Lebensgrundlagen erhalten**

Eva Seebacher, Maria Vogt

Wir alle leben von einem Stück Land: Boden, Wasser, Pflanzen, Tiere, Ökosysteme versorgen uns mit Lebensmitteln, Trinkwasser, guter Luft, vielfältigen Landschaften und Lebensraum.

Schneller, billiger, größer

Diese Lebensgrundlagen sind bedroht durch profitgetriebene Wirtschaft und industrielle Landwirtschaft. Agrarkonzerne und Agrarpolitik, die auf Konkurrenz und billige Produktion setzen, zwingen viele Bäuer*innen weltweit zum Aufgeben. Billige Erntehelfer*innen werden ausgebeutet. Der Fortschritt in der Produktionssteigerung von Lebensmitteln gelang im 20. Jahrhundert mittels neuer Agrartechnik, Kunstdünger und Pestiziden und dominierte fortan die weltweite Lebensmittelproduktion, bäuerliche Landwirtschaft wurde verdrängt. Wer am billigsten produziert, hat die besten Chancen am Weltmarkt. Gleichzeitig verändern sich die Agrarstrukturen: Derzeit sind in Österreich nur mehr 3 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, diese bewirtschaften immer größere Flächen. Bäuer*innen sehen sich konfrontiert mit Wachstumsdruck, Billigproduktion, Abhängigkeit von Agrarlobby und Agrarpolitik sowie geringem Einkommen. Die Klimakrise, der Verlust von Artenvielfalt und Boden (Verbauung, Erosion, ...) beeinträchtigen Bäuer*innen in ihrer Arbeit.



Essen ist politisch

Lebensmittelproduktion betrifft uns alle – Produzent*innen genauso wie Esser*innen. Die vermeintlich billigen Nahrungsmittel spiegeln in keiner Weise deren Wert wider. Gleichzeitig geht Landwirtschaft weit über die Produktion hinaus, Beiträge zu Klima- und Umweltschutz, dem Erhalt von Artenvielfalt, Bodenfruchtbarkeit und mehr sind für die Konsumierenden meist unsichtbar. Zugleich muss die gesamte Bevölkerung die Reparaturkosten für Umwelt, Gesundheit und Klima wegen fehlender Kostenwahrheit tragen. Bäuer*innen haben wenig Einfluss auf Preisgestaltung und Partizipation bei Entscheidungen im landwirtschaftlichen Bereich, die Macht konzentriert sich auf wenige – meist männliche – Akteure. „Politik des Einkaufskorbs“, also mittels Kaufentscheidungen Veränderungen im Lebensmittelhandel herbeizuführen, ist wenig wirksam – für Menschen mit höherem Einkommen ist sie leistbar, für jene an der Armutsgrenze ist dies kaum möglich. Gutes Essen für Alle, als Teil einer bedingungslosen Grundversorgung zu ermöglichen, liegt in der Verantwortung der Einzelnen, der Gesellschaft und der Politik. Um hier eine Transformation anzustoßen, brauchen wir Mut, Fantasie und die Kooperation dieser verschiedenen Ebenen. Es gilt, die politische Gestaltung auf allen Ebenen, im Land, auf EU- und auf internationaler Ebene in die Verantwortung zu nehmen.

Eine agrarökologische Agrarwende und Care-Revolution

Wie sieht eine Landwirtschaft aus, die Klima und Umwelt schützt, gesunde Lebensmittel erzeugt und faire Einkommen für jene, die Lebensmittel herstellen, sichert? Was braucht es für fairsorgendes Landwirtschaften?

Wir wollen eine demokratische Lebensmittel- und Ernährungspolitik, eine Landwirtschaft, die sich an den Lebensgrundlagen und an Kreislaufwirtschaft orientiert, die bedarfsorientiert für regionale Märkte produziert und faire Handelsbeziehungen am Weltmarkt ermöglicht. Wir wollen Bäuer*innen sein, die selbstständig und selbstwirksam ihre Höfe und Betriebe bewirtschaften, sozial abgesichert sind und sich nicht um ihre Existenz fürchten müssen.

Wir brauchen eine Landwirtschaft, die qualitätsvolle Lebensmittel produziert und Lebensgrundlagen erhält. Sorgende Tätigkeiten in der Landwirtschaft sichtbar zu machen und Sorgearbeit in den Mittelpunkt von Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen, ermöglicht die Sicherung der Lebensgrundlagen für alle. Der Erhalt der Arten- und Ressourcenvielfalt, artgerechte Tierhaltung sowie gentechnikfreie Produktion und Verarbeitung sind ebenso Ziele einer fairsorgenden Landwirtschaft.

Die Umsetzung der Deklaration der Vereinten Nationen zu Rechten von Kleinbäuer*innen und Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten (UNDROP)

**„UNSERE BEZIEHUNGEN ZU
BODEN, WASSER, PFLANZEN,
TIEREN, MENSCHEN UND ALLEM
LEBENDIGEN ZU PFLEGEN,
DIE VERWOBENHEIT MIT DEN
LEBENSGRUNDLAGEN ZU
ERKENNEN UND DAFÜR ZU
SORGEN, DASS DIES FÜR
KOMMENDE GENERATIONEN EINE
GUTE ZUKUNFT BLEIBT, SEHEN
WIR ALS EXISTENZIELL AN.“**

Eva Seebacher, Maria Vogt

stärkt die kleinbäuerlichen Rechte und die soziale Absicherung von Menschen in der Landwirtschaft und am Land.

Menschen, die nicht aus der Landwirtschaft kommen, sollen Zugang zu Land haben, um in die fairsorgende Landwirtschaften einzusteigen. Gleichzeitig werden Konsumierende in Entscheidungsprozesse eingebunden, emanzipatorische Bildungsarbeit fördert demokratische Prozesse und Teilhabe von Bäuer*innen. Kleinbäuerlicher Feminismus (Popular Peasant Feminism) macht deutlich, dass Feminismus nicht nur für Frauen da ist, sondern für alle Menschen, die Diskriminierungen und Unterdrückungen von Herrschaftsstrukturen erleiden müssen. Ebenso Männer, die sich nicht mit traditionellen Männerrollen identifizieren oder andere „queere“ Menschen.

Mit Via Campesina auf dem bäuerlichen Weg

Viele dieser Ziele werden bereits gelebt, entwickelt und umgesetzt - auf kleinbäuerlichen Höfen, in landwirtschaftlichen Kollektiven, solidarischen Landwirtschaften, Foodcoops, Bäuer*innen-Konsument*innen-Initiativen, Mitmach-Läden, über Foodsharing u.v.m. La Via Campesina kämpft als weltweite Bewegung von Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen, Landlosen, Hirt*innen und Fischer*innen für diese Ziele global und zugleich lokal. Dem herrschenden Agrarsystem wird das Konzept der Ernährungssouveränität entgegengesetzt.

Unsere Beziehungen zu Boden, Wasser, Pflanzen, Tieren, Menschen und allem Lebendigen zu pflegen, die Verwobenheit mit den Lebensgrundlagen zu erkennen und dafür zu sorgen, dass dies für kommende Generationen eine gute Zukunft bleibt, sehen wir als existenziell an. Diese Sorgearbeit ist Basis für eine Wirtschaft und Landwirtschaft für ein gutes Leben für Alle.

Sophie Süss, eine junge Bäuer*in drückt das so aus: „Wir Bäuer*innen sorgen um unsere Landwirtschaften, den Hof, die Kulturlandschaft und die damit verbundenen Ökosysteme, die Natur, das (Grund-)Wasser und natürlich den Boden. Wir Bäuer*innen kümmern uns um das uns anvertraute Stück Land und Vieh und übernehmen dadurch eine wichtige, oft zu wenig gesehene Verantwortung. Dehnt man diesen Blick der Sorge wieder ein Stück aus, geht es in weiterer Folge um die Sorge für unseren Planeten. Gemeinsam müssen wir die Verantwortung tragen und zum Schutz, Erhalt und der Regeneration unserer Erde in ihrer Ganzheit beitragen.“

AUTORINNEN:

EVA SEEBAKER

... ist im Frauenarbeitskreis der ÖBV-Via Campesina Austria aktiv, ist Gemeinschaftsgemüsebäuerin und Regionalentwicklerin in OÖ und ist seit kurzem Mama.

MARIA VOGT

... engagiert bei ÖBV-Via Campesina und Fairsorgen, Biobäuerin im Weinviertel mit Grundeinkommen (Pension), seit 26 Jahren rückt sie mit der Kabarettgruppe „Miststücke“ das Bild über Landwirtschaft und Bäuerinnen zurecht.

WEITERFÜHRENDES:

Ernährungssouveränität, www.viacampesina.at/inhalte/ernaehrungssouveraenitaet/

Agrarökologie: Landwirtschaft und Ernährung der Zukunft, Neue Perspektiven & Wege www.viacampesina.at/wp-content/uploads/2023/10/Agraroekologie_Landwirtschaft-und-Ernaehrung-der-Zukunft_Web.pdf

Maria Vogt (2024): Agrarwende und Care-Revolution, www.viacampesina.at/agrarwende-und-care-revolution/

Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UN-Erklärung über kleinbäuerliche Rechte)
www.un.org/depts/german/gv-73/band1/ar73165.pdf



SORGE UND WOHNEN ZUSAMMENDENKEN

Valentin Fröhlich, Florian Pimminger

Die Krise als Brennglas – die Krise als Chance?

Angesichts demografischer Umbrüche, steigender Bedarfe, der Transnationalisierung von Arbeit und Politik sowie veränderter Wohlfahrtsstaatlichkeit sehen sich europäische Gesellschaften zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, gute Sorge und Wohnverhältnisse für alle zu gewährleisten. Die forcierte neoliberalen Aushöhlung öffentlicher Infrastrukturen und die Auslagerung sozialer Dienstleistungen an profit-getriebene Akteur:innen führen dabei weniger zu einer Verbesserung als vielmehr zu stetig wachsenden Versorgungslücken. Diese zeigen sich nicht zuletzt in Sorge-Krisen sowie Wohnungsnoten mit schwerwiegenden Folgen. Erschwingliche, öffentliche Betreuungsplätze für Kinder, Angehörige oder sich selbst sind schwer zu finden. Sorge(-arbeit) ist oftmals prekär, mit unsicheren Arbeitsbedingungen, zeitlich schwer zu stemmenden Arbeitsbelastungen sowie schlechter Entlohnung verbunden. Fehlende Information und Angebote führen zudem zu Überforderung bei Angehörigen und betreuungsbedürftigen Menschen, und das Angebot psychologischer Unterstützungsleistungen in herausfordernden Lebenslagen ist unzureichend. Die Suche nach bedarfsgerechten Wohnlösungen wiederum wird zur Belastung, Quadratmeterpreise steigen ins Unermessliche, barriere- und konsumfreie Räume sind rar, und Eigentum ist für viele kaum zu finanzieren. Während Grundbedürfnisse sozialen Zusammenlebens somit zur Ware werden und öffentliche Daseinsvorsorge schwindet, zeitigt ein damit einhergehendes, verkürztes Sorge- und Wohnverständnis den Rückgang sozialen Zusammenhalts. Krisenbedingt drängender denn je, stellt sich daher (erneut) die Frage, wie wir als Gesellschaft über Sorge, Wohnen sowie deren Ausgestaltung nachdenken und alternative Wege erproben wollen.



Sich sorgend verorten und das Wohnen als zentraler Ort des Sorgens

Sowohl Sorge als auch Wohnen sind essenzielle Bestandteile menschlicher Existenz, unseres Zusammenlebens sowie individuellen und gesellschaftlichen Wohlbefindens. Sorge, verstanden als lebensleitende, menschliche Grundtätigkeit, reagiert dabei auf Unsicherheiten und Unwägbarkeiten des Lebens. Sorgend begegnen wir sowohl uns selbst als auch der (Mit-)Welt um uns, wobei wir gleichzeitig Selbstsorge, Sorge für andere sowie für die belebte und unbelebte Umwelt verbinden. Wohnen bezieht sich demgegenüber auf Aktivitäten, die einen Ort, eine Behausung schaffen, an dem Menschen ihre Lebensgrundlage organisieren können. Wie Sorge dabei Wohnen umfasst, so umschließt Wohnen gleichsam Sorge. Sorge und Wohnen sind somit in vielfältiger Weise verbunden.

Sorge beschränkt sich nicht nur auf die eigene Person oder Nahestehende, sondern betrifft ebenso die eigenen vier Wände, das gebaute Wohnumfeld und lokale Gemeinschaften. Bauten werden im Vollzug des Wohnens damit nicht nur als Obdach und Rückzugsort, sondern ebenso als Orte, an denen man auf sinnvolle Weise mit Mitmenschen wie Nachbar:innen oder Besucher:innen und der Natur in Verbindung tritt, konstruiert. Sorge und Sorgearbeit werden in einer gebauten Umwelt geleistet und hängen von Konfigurationen des Raums, wie Gebäuden, Plätzen, Infrastrukturen, Grünanlagen, Handels-, Freizeit- und Kultureinrichtungen ab. Wohnen – als Leben und Handeln an einem Ort – verbindet diese materiellen Infrastrukturen mit soziokulturellen Praktiken wie der Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen, Vereins-, Freundschafts- und Gemeinschaftsaktivitäten oder dem schlichten Pendeln zur Arbeit. Während somit Sorge im Wesentlichen alle Aktivitäten umfasst, die mit Wohnen verbunden sind, stellt Wohnen den Ort dar, an dem der Großteil notwendiger Sorge(-arbeit) stattfindet – sei es in Privathäusern, deren Umgebung oder in öffentlichen Einrichtungen. Wie wir sorgen und wohnen, prägt dementsprechend uns selbst, unsere Gesellschaft sowie unsere Umwelt – und umgekehrt.

Gelebte Praxis als Impulsgeberin

In der Praxis wird die Ausgestaltung von Sorge und Wohnen von einem in Bewegung befindlichen Zusammenspiel von Staat, Markt, Zivilgesellschaft, Gemeinschaft, Familie und Individuum begleitet. Seit einiger Zeit vollziehen sich in Europa dabei – wie eingangs ausgeführt – Schübe der Kommodifizierung, Vermarktlichung, Korporatisierung und Finanzialisierung. Diese zeichnen sich durch die Dominanz von Marktlogiken und der steigenden Präsenz gewinnorientierter Unternehmen aus, wobei millionenschwere Profite auf Kosten der Allgemeinheit sowie zum Preis sozial-räumlicher Verwerfungen

„UM LANGFRISTIG TRAG-FÄHIGE SÄULEN GERECHTER SOZIALER DASEINS-VORSORGE ZU ERRICHTEN, GILT ES, NEBEN DEM ABBAU BESTEHENDER UNGLEICHHEITEN, NEUEN FORMEN SOZIALER AUS-GRENZUNG VORZUBEUGEN.“

Valentin Fröhlich und Florian Pimminger

(basierend auf Geschlecht, Ethnizität und Klasse) und guter Sorge wie auch guten Wohnens für alle angehäuft werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich – in der Bestrebung bestehende Versorgung zu verbessern und neue Wege zu bestreiten - vielfältige Gegenbewegungen gebildet. Dahinter steht das Ziel, die Anliegen diverser involvierter Akteur:innen wie von Bewohner:innen (in Gemeinden, Nachbarschaften, Betreuungszentren usw.), Betreuungskräften, Angehörigen, Sorgebedürftigen und Migrant:innen zu stärken und diese Gruppen in gemeinschaftlichen Initiativen zu vernetzen. Einige Initiativen vereinen dabei auf innovative Art und Weise Sorge und Wohnen, erproben neue Organisationsformen und loten das Zusammenspiel der beiden Bereiche neu aus. Beispiele reichen von genossenschaftlichen Wohnprojekten, lokalen Sorgemodellen, kreativen Kooperationen zwischen Kommunen und Wohlfahrtsträgern, gemeinschaftlicher Planung und Gestaltung von Infrastruktur in Nachbarschaften bis hin zu Strategien der Rückgewinnung von Wohnraum und Daseinsvorsorge. In zahlreichen Orten, Städten und Stadtteilen organisieren sich Nachbarschaftsnetzwerke mit einer Vielzahl an Aktivitäten. Gleichzeitig gibt es kollaborative Wohnformen, die generationenübergreifendes Wohnen, geteilte Sorgeverantwortung und Teilhabe ermöglichen. In ländlichen Regionen engagieren sich Wohlfahrtsträger für betreutes Wohnen, das sozialer Isolation vorbeugt. Netzwerke organisieren sich, in denen essenzielle Fragen von Verantwortung verhandelt werden. Eine weitere Strategie ist Re-Kommunalisierung, die nicht nur Wohnraum in die öffentliche Hand zurückführt, sondern auch neue Wohnmodelle fördert, die Sorge und Mitbestimmung betonen. Ziel ist es, die gesellschaftliche Organisation und Kontrolle sozialer Daseinsvorsorge zurückzugewinnen – sie also in nachhaltiger und innovativer Weise zu demokratisieren. All diese gemeinschaftlichen Wohn- und Sorge-Arrangements bieten Räume für Auseinandersetzung, soziales Beziehungsgeschehen und gelebte Achtsamkeit.

Als Lichtblick in der Krise und über diese hinausweisend stehen diese gesellschaftlichen Anstrengungen als alternative Ausgestaltungsformen essenzieller Bereiche des sozialen Zusammenlebens, denen es gelingt, Sorge und Wohnen marktwirtschaftlichen Logiken zu entziehen. Diese verdeutlichen dabei nicht nur die Notwendigkeit Sorge und Wohnen – zusammengedacht – stärker in öffentlichen und politischen Debatten zu verankern, sondern ermahnen an das Erfordernis öffentlicher Impulse, neuer Kooperationsformen, experimenteller Vergemeinschaftung und gemeinwohlorientierter, solidarischer Handlungsalternativen. Um langfristig tragfähige Säulen gerechter sozialer Daseinsvorsorge zu errichten, gilt es, neben dem Abbau bestehender Ungleichheiten, neuen Formen sozialer Ausgrenzung vorzubeugen. Die Möglichkeit, solidarische, inklusive und partizipative Formen des Zusammenlebens zu schaffen muss demnach als Prozess gefasst werden, der eine stetige Selbstprüfung voraussetzt.

AUTOREN:

VALENTIN FRÖHLICH

Senior Lecturer an der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz. Valentin Fröhlich forscht und lehrt im Schnittfeld von vermarktlichter und vergemeinschafteter Sorge(-Arbeit), kritischer Gesellschaftstheorie und Philosophie.

Kontakt: valentin.froehlich@jku.at

FLORIAN PIMMINGER

Doktorand an der Abteilung für Gesellschaftstheorie und Sozialanalysen am Institut für Soziologie, Johannes Kepler Universität Linz. Arbeitsgebiete und Forschungsinteressen beinhalten Care-/Sorgearbeit, Soziologie zivilgesellschaftlichen Handelns und Soziale Arbeit.

Kontakt: fpimmering@gmx.at

Im Rahmen eines von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften geförderten Projekts verfassen die beiden Autoren gemeinsam eine Studie zu hybriden Sorge-Arrangements zwischen Markt und Gemeinschaft in Österreich, den Niederlanden und Ungarn.

WEITERFÜHRENDES:

Katrin Roller, Clarissa Rudolph, Sandra Eck, Kyra Schneider, Nina Vischer 2024: Wohnen, Care, Geschlecht, Theorie und Praxis kollektiven Wohnens aus Geschlechterperspektive. Kostenlos verfügbar unter: <https://www.dampfboot-verlag.de/de/product/wohnen-care-geschlecht>

In kollektiven Wohnformen, wie sie in diesem Sammelband diskutiert werden, wird deutlich, dass gemeinschaftliches Wohnen auch Sorgebeziehungen verändern kann.

Robert Sempach, Christoph Steinebach, Peter Zängl (Hg.) 2023: Care schafft Community – Community braucht Care. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-32554-1>

In dieser Textsammlung werden nicht nur Einblicke in konkrete gemeinschaftliche Care-Initiativen geboten, sondern auch stärker konzeptuelle Perspektiven eingenommen, die Sorgebeziehungen in gemeinschaftlicher Art und Weise zu begreifen versuchen.

Ulrike Knobloch, Hildegard Theobald, Corinna Dengler, Ann-Christin Kleinert, Christopher Gnad, Heidi Lehner (Hg.) 2022: Caring Societies – Sorgende Gesellschaften. Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit? Kostenlos verfügbar unter: <https://www.beltz.de/fachmedien/soziologie/produkte/details/49291-caring-societies-sorgende-gesellschaften.html>

In diesem umfassenden Band wird in verschiedenen Aufsätzen die Frage aufgeworfen, wie sorgende Gesellschaften gedacht und praktiziert werden können – und woran ihre Umsetzung scheitert. Das Buch beinhaltet auch ein Sorge-Glossar.

Barbara Fried, Alex Wischnewski 2022: Sorgende Städte.
<https://www.rosalux.de/news/id/46043/sorgende-staedte>

Ein Artikel mit einer Zusammenfassung von Ansätzen
zu "Sorgenden Städten".



WIE WIR PFLEGEN UND PFLEGEN WOLLEN.

Innovative Ansätze in der Organisation der Pflegearbeit

Karin Schuster

Das Motto „Wie wir pflegen und pflegen wollen“ im Projekt Pflegestützpunkt ist Programm. Zu Beginn stand die Frage, wer spricht über Pflegearbeit? Selten sind es Pflegekräfte die zu Wort kommen, üblicherweise wird über „die Pflege“ gesprochen und Entscheidungen ohne Einbindung der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen getroffen. In den Medien poppen „Pflegeskandale“ auf und verklingen sehr rasch. Den in unserer Gesellschaft vernachlässigten Diskurs zu Pflege, Betreuung und Sorgearbeit aufzugreifen und die notwendige Auseinandersetzung war Grundmotivation für das Projekt. Fokussiert wird einerseits auf die Lebenswelten der immer älter werdenden Gesellschaft, um Bedarfe und mögliche Lösungen in der Versorgung zu thematisieren, sichtbar zu machen und voranzutreiben. Andererseits wird es Pflegekräften im Projekt ermöglicht, sich auszutauschen, zu empowern und über ihre fachliche Expertise und Erfahrungen selbst zu sprechen. Als Maßnahmen verwenden wir das Medium Radio und verbinden es mit vielfältigen Formaten, um diverse Personengruppen anzusprechen.

... über Status Quo

Die gute Nachricht ist, wir werden immer älter. Leider mit zu vielen kranken Lebensjahren gegen Ende hin, so ein Bericht der OECD für Österreich. Dem daraus resultierenden steigenden Bedarf an Pflege und Betreuung steht ein größer werdender Pflege-Fachkräftemangel gegenüber. Dabei werden aktuell rund 80%



(390.000 Personen) der pflegebedürftigen Personen (Pflegegeldbezieher:innen) zu Hause gepflegt. Knapp 950.000 Personen sind in die Pflege und Betreuung einer/eines Angehörigen involviert, vorwiegend weibliche An- u. Zugehörige. Bei politischen Entscheidungsträger:innen ist – verstärkt durch die Corona-Pandemie – angekommen, dass die Jahre des Wegschauens vorbei sind, es muss gehandelt werden.

Zur Weiterentwicklung des Pflege- und Gesundheitswesen bringen zahlreiche Akteur:innen Forderungen ein, dazu zählen: Ausbau der mobilen Pflege und Betreuung, Verbesserung von Qualität und Bedingungen der Personenbetreuung, Wegfall des Regresses in der Pflege daheim, Unterstützung pflegender Angehöriger durch professionelle Dienste, Ausbau von Kurzzeit- und Übergangspflege, Förderung von Caring Communities und Generationenwohnen, wohnortnahe Versorgung (bedeutet wohnortnahe Arbeitsplätze), adäquates Schnitt/Nahtstellenmanagement (Spitalsentlassung), Maßnahmen gegen Ver einsamung. Einige dieser Punkte sind teilweise im Regierungsprogramm 2025 abgebildet, jedoch noch nicht näher ausgestaltet.

...und Zukunft der Pflege

Zentral ist die Attraktivierung der Pflegeberufe. Dies soll den dort tätigen Menschen eine Perspektive geben, um in den Beruf einzusteigen, im Beruf zu bleiben sowie in den Beruf zurückzukehren. Ankommen muss eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen, etwa durch lebensphasenorientierte Dienstplangestaltung, Erhöhung und bundesweit einheitliche Personalschlüssel, idealen Skill- und Grademix (fachliche Qualifikationen und individuelle Fähigkeiten Pflegender) sowie Erhöhung der Gehälter. Neben dem Ausbau der Ausbildungsstätten muss es genügend Pflege-Pädagog:innen und Praxisanleiter:innen geben und Führungskräfte benötigen langfristige Unterstützung von Arbeitgeber:innen.

Im Attraktivitäts-Index „Arbeitsplatz Pflege“ vom Karl Landsteiner Institut wurden über 5.000 Pflegepersonen befragt, um Schlüsselfaktoren für einen attraktiven „Arbeitsplatz Pflege“ und damit Ansatzpunkte für Träger, Organisationen und Politik zu liefern. Von den „6 Grundmotivatoren“, den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen, wollen Menschen in jedem System möglichst viele erfüllt haben, diese sind: Sicherheit, Abwechslung, Zugehörigkeit, Wachstum, Bedeutung (Wertschätzung) sowie einen Beitrag leisten. Vier durchgeführte Zukunftswerkstätten mit Pflegekräften im Projekt Pflegestützpunkt bildeten oben genannte Bedürfnisse aus der Praxis sehr gut ab. Das heißt hier müssen Entscheidungsträger:innen unbedingt hinschauen.



© Radio Helsinki – Freies Radio Graz

**„PFLEGEARBEIT – BEZAHLT UND UNBEZAHLT –
MUSS VERSTÄRKT SICHTBAR UND HÖRBAR
GEMACHT UND ERNSTHAFT WERTGESCHÄTZT
WERDEN!“**

Karin Schuster

Wie wir pflegen wollen

In skandinavischen Ländern wird die Versorgung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen und entsprechend gehandelt. Auf das niederländische Modell Buurtzorg (Nachbarschaftspflege) wird seit vielen Jahren als Vorzeigeprojekt geblickt. Dabei arbeiten Pflegekräfte in kleinen Teams mit flachen Hierarchien und fungieren als Vernetzungsdrehscheibe zwischen zu Pflegenden, Angehörigen und Nachbar:innen, um ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Pflegekräfte können durch geringere bürokratische Aufwendungen gezielter auf die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen eingehen, Pflegestunden können so insgesamt reduziert werden.

In Österreich gilt es vermehrt auf wohnortnahe Versorgung zu setzen. Stärker in den Fokus zu nehmen ist die Gestaltung von gesunden Arbeitsbedingungen. Als Beispiel guter Praxis nenne ich das „Modell einer sozial-aktivierenden Arbeitsgestaltung“, welches Peter Eckerstorfer, Arbeitspsychologe in der AUVA Hauptstelle für Langzeitpflege- und Betreuungseinrichtungen konzipiert hat. Grundvoraussetzung ist Reflexionsbereitschaft in allen Führungsebenen sowie des Teams. In dem Modell werden Arbeitsabläufe mit verschiedenen Methoden analysiert. Auf Rahmenbedingungen wie Unternehmenskultur, Führung, fachliche und sozial-emotionale Kompetenzen von Mitarbeitern:innen und innerbetriebliche soziale Beziehungen wird Bezug genommen. Drei Prinzipien erscheinen in diesem Modell als zentral: Heimbewohner:innen-Orientierung, gute Möglichkeiten einer selbstbestimmten und selbstorganisierten Arbeitsweise und ein geeigneter kommunikativer Rahmen, der die Umsetzung dieser Arbeitsweisen unterstützt. Die Mitarbeiter:innen verorten sich dadurch in einer aktiven Rolle, erleben Spielraum hinsichtlich der Arbeitsgestaltung und -organisation und können sich dadurch mit den Tätigkeiten besser identifizieren, was deren professionelle Verrichtung unterstützt.

Wohin wir kämen, wenn wir gingen

Abschließend ein paar Blitzlichter aus dem Plenum der fair sorgen!-Konferenz in Linz: Personalnot ist lösbar, wenn Bund und Länder das wollen. Dringend notwendig sind Perspektiven für Pflegekräfte, um im Beruf zu bleiben. Es braucht Entlastung der Beschäftigten im Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich sowie Verhandlungen über angemessene Betreuungsschlüssel sowie Arbeitsverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Als besonders relevant gesehen wird Bewusstseinsarbeit und das Schließen eines breiten Bündnisses in „ungewohnten“ Allianzen.

Pflegearbeit – bezahlt und unbezahlt – muss verstärkt sichtbar und hörbar gemacht und ernsthaft wertgeschätzt werden!

AUTORIN:

KARIN SCHUSTER, MA

... arbeitete bis vor kurzem als DGKP im Fachbereich OP-Pflege. Sie ist langjährige Sendungsmacherin bei Radio Helsinki - Freies Radio Graz, wo sie das Projekt Pflegestützpunkt 2019 konzipierte und seitdem leitet. Sie engagiert sich bei Attac und fair sorgen! und liebt Aktivitäten im Äther und auf der Straße.

Kontaktdaten: pflege@helsinki.at

WEITERFÜHRENDES:

Projekt Pflegestützpunkt: https://helsinki.at/projekte/pflegestuetzpunkt_5-0/

OECD (2023): State of Health in the EU, Österreich, Länderprofil Gesundheit 2023 https://www.oecd.org/de/publications/osterreich-landerprofil-gesundheit-2023_89c72ba6-de.html

Pflegegeldbezieher:innen in Österreich: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/bundespflegegeld>

<https://www.ig-pflege.at/hintergrund/datenundfakten.php>

Pflegereformpakete I-III: <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Pflege.html>

Regierungsprogramm 2025: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdocumente.html>

Stellungnahme Regierungsprogramm 2025, Mag. Elisabeth Potzmann, Präsidentin Österreichischer Gesundheits- und Krankenpflegeverband: https://www.bibliomed-pflege.de/news/ein-bekenntnis-zu-professionalisierung-der-pflege?fbclid=IwY2xjawJAwVFleHRuA2FlbQIxMQABHeOh6PIC4S51vx7yo-iT1ICd6MXXpxhRdwdkhtqgfPETv4gwz602wuH9hA_aem_qv6Nfi_whquEEiAt76PbpA

Attraktivitäts-Index „Arbeitsplatz Pflege“: <https://healthcc.at/attraktivitaets-index-arbeitsplatz-pflege/> Radiosendung dazu: <https://cba.media/669254>

Ergebnisse Zukunftswerkstätten, Pflegestützpunkt 4.0: https://helsinki.at/wp-content/uploads/2024-03-05_Ergebnisse_4-Zukunftswerkstaetten_geclustert_PSP4.0.pdf

Buurtzorg: <https://www.buurtzorg.com/>

„Modell einer sozial-aktivierenden Arbeitsgestaltung“ <https://www.sicherearbeit.at/ausgaben/2024/ausgabe-6-2024/zwischenmenschliche-arbeit-selbstorganisiert-gestaltet>

Radiosendung „Wir wollen gut arbeiten – Gute Arbeit gestalten“: <https://cba.media/693202>

AUF DEM WEG IN EINE FAIRSORGENDE DEMOKRATIE:

Für lebendige Demokratie kämpfen

Elisabeth Klatzer

Vor etwas mehr als 100 Jahren haben Frauen mutig und mit viel Kraft und Einsatz trotz immenser Widerstände das Wahlrecht erkämpft. Seitdem setzen sich Frauen auf allen Ebenen für Partizipation in demokratischen Strukturen ein. Trotzdem bringen zu viele Machtungleichgewichte und Abwertungen unsere Demokratie zunehmend in eine gefährliche Schieflage. Jetzt ist es höchst an der Zeit, weiterzugehen und eine lebendige, fairsorgende Demokratie zu entwickeln, um die gegenwärtigen Rückschritte und Bedrohungen des Überlebens zu überwinden.

Für eine lebendige Demokratie zu kämpfen bedeutet nicht nur, formaldemokratische Errungenschaften vor den jetzigen vielfältigen Angriffen – durch Überreiche, durch antidemokratische und rechte Kräfte – zu schützen, sondern demokratisches Gestalten weiterzuentwickeln und Machtverhältnisse grundlegend zu verändern. Bauen wir eine fairsorgende Demokratie, bevor uns die gegenwärtige Verzerrung von „Demokratie“, die zunehmend Profitinteressen von Großunternehmen und Überreichen dient – wie in den USA besonders drastisch deutlich wird –, in den Abgrund treibt. Schaffen wir Gegenpole zu antidemokratischen Tendenzen, die sich auch in digitalen Welten breit machen.

Die Krise der Demokratie und die Sorge-Krise haben die gleichen Wurzeln und ihre Überwindung ist untrennbar miteinander verbunden. Fair sorgen! liefert mit dem Ansatz eines Wirtschaftens fürs Leben wichtige Grundlagen und Perspektiven: Demokratie braucht ein Wirtschaften, das Care und ein gutes Leben für alle ins Zentrum rückt. Und eine fairsorgende Demokratie zeigt Wege auf, wie wir gemeinsam in diese Zukunft gelangen. Demokratie gestalten ist ein wichtiger Teil gesellschaftlich notwendiger Sorgearbeit.



Demokratie braucht Zeit

Schaffen wir Zeit für demokratisches Gestalten: Viele Menschen, besonders Frauen sind – aufgrund der Vielfachbelastung – permanent in Zeitnot. Demokratie weiterentwickeln bedeutet sicherzustellen, dass alle auch Zeit für politisches Mit-Gestalten haben. Aus dieser Perspektive ist eine deutliche Verkürzung der Lohnarbeit für alle eine wichtige demokratiepolitische Forderung. Zusätzlich müssen wir auf eine geschlechtergerechte Verteilung von Sorgearbeit hinwirken. Damit schaffen wir mehr Zeit für politisches Tätigsein und Beteiligung aller an allen gesellschaftlichen Aufgaben und zusätzlich mehr Zeit für die Sorge umeinander, ein gutes Zusammenleben und auch Zeit für sich selbst.

Demokratie braucht wirtschaftliche und soziale Sicherheit für alle

Demokratie braucht solide Grundlagen. Dazu gehören nicht nur funktionierende Regeln repräsentativer Demokratie. Wir müssen auch gute Lebensgrundlagen für alle sichern. Wirtschaftliche und soziale Rechte für alle Menschen sind ein Bestandteil unseres Verständnisses von Demokratie.

Die Idee einer fairsorgenden Demokratie stellt die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen und die Sorge für ein gutes Leben für alle ins Zentrum. Nur wenn alle Menschen gut versorgt sind, können sich auch alle gut beteiligen. Unsicherheit und Zukunftsängste sind demgegenüber ein Nährboden für autoritäre und rechte Kräfte. Eine gute Daseinsvorsorge – wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Pflege und Betreuung, Gewaltschutz, Energie, gesunde Lebensmittel und Mobilität – sollte daher eine Selbstverständlichkeit in einer funktionierenden Demokratie sein.

Demokratie braucht Mut zu fairsorgender Budgetpolitik

Demokratien brauchen einen lebendigen Diskurs über budgetpolitische Prioritäten. Dieses Herzstück demokratischer Gesellschaften wird durch angebliche Budgetzwänge ausgehöhlt und ausgehebelt: Es wird regelmäßig versucht, uns weiszumachen, dass „kein Geld“ da sei und wir kürzen „müssen“, weil das Budgetdefizit „ach so – überraschend – hoch ist“. Diese Geschichte wiederholt sich in regelmäßigen Abständen. Unterstützt von Medien im Besitz von Reichen, Kirche und Raiffeisen. Niemand weist z.B. darauf hin, dass das Budgetdefizit 2025 in etwa so hoch ist wie die Steuersenkungen der letzten Jahre, von denen vor allem Großverdiener und Konzerne profitierten.

Mit dem Argument „Budgetdefizit“ werden wichtige Leistungen für viele Menschen abgebaut. Spätestens seitdem wir sehen, wie das „Budgetdefizit“ eingesetzt wird, um bei Pensionen, sozialer Absicherung, Ökologie, Familien oder Kindern zu kürzen, und gleichzeitig aber hohe klimaschädliche Subventionen für Unternehmen oder teure Steuergeschenke für hochverdienende Väter („Familienbonus“) finanziert werden und beim Militär Budgetsteigerungen um knapp 20% locker möglich sind, wird klar, dass uns ein Bär aufgebunden wird: Wie immer in der Budgetpolitik geht's nicht um „Budgetzwänge“, sondern um die Frage wer wie viel Macht bekommt seine Prioritäten durchzusetzen. Die EU-Kommission spielt bei dieser Entdemokratisierung der Budgetpolitik eine wesentliche Rolle. Sie führt 2025 ein Defizitverfahren gegen Österreich und gibt Empfehlungen ab, die – ohne demokratische Legitimation – weitere Einschnitte bei wichtigen Leistungen für viele Menschen, wie bei Gesundheit und Langzeitpflege (versteckt in bürokratischer Sprache wie „Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ bzw. „Kosteneffizienz“) oder eine deutliche Anhebung des Pensionsalters verlangen, und gleichzeitig auf weitere Steigerungen der ohnehin schon in wenigen Jahren verdoppelten Militärausgaben drängen.

Es gilt, diese Strategien zu entlarven, gemeinsam mutig für die Finanzierung guter öffentlicher Leistungen für alle zu kämpfen und diese gleichzeitig grundlegend zu demokratisieren.

„DIE IDEE EINER FAIRSORGENDEMOKRATIE STELLT DIE BEFRIEDIGUNG DER GRUNDLEGENDEN BEDÜRFNISSE ALLER MENSCHEN UND DIE SORGE FÜR EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE INS ZENTRUM.“

Elisabeth Klatzer

Demokratie braucht eine gerechte Verteilung von Vermögen und Reichtum

Die Reichtümer dieser Erde sichern unser aller Überleben. Menschen schaffen mit ihrer Arbeit eine Fülle von Vermögen, das ein gutes Leben für alle sichern kann. Es gilt die Früchte der Arbeit aller gerecht zu verteilen. Demokratie braucht eine faire Steuerpolitik. Alle, insbesondere auch Konzerne und Überreiche müssen faire Beträge leisten. Damit gewinnen wir Mittel für den zügigen Umbau in Richtung fairsorgendes Wirtschaften. Verteilen wir Vermögen, um zerstörerische HERRschaft zu beenden und unseren sozialen Frieden zu bewahren.

Demokratie braucht gemeinsames Gestalten von Fairsorgen & Care für alle

Demokratie aus der Perspektive von Care zu sehen, bedeutet die Entwicklung hin zu einer Caring Democracy. Das gibt uns die Wissenschaftlerin Joan Tronto mit auf den Weg: Wenn die demokratische Gestaltung von Care und Caring als Ausgangspunkt und zentrale Aufgabe der Organisation von Wirtschaften und Gesellschaft gesehen wird, liefert dies auch eine erweiterte Legitimation für Demokratie: Alle Menschen leben bestmöglich, wenn für alle demokratisch gesorgt wird. Das Ziel einer fairsorgenden Demokratie ist das gute Leben aller Menschen und die demokratische Zuteilung von Sorgeverantwortung. Alle haben – im Laufe des Lebens variierende – Sorgebedürfnisse und niemand kann diese allein befriedigen. Die Umsetzung demokratischer Werte – Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – in Bezug auf ihre Care Dimensionen braucht gesellschaftliche Solidarität und Vertrauen, dass Care Bedürfnisse – auch in Zukunft – erfüllt werden. Daher ist Sorge immer gesellschaftlich und – da es immer auch um die Verteilung von Ressourcen und Macht geht – höchst politisch. Das setzt einen positiven Kreislauf in Gang, in dem die Sorge füreinander mehr Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse lenkt. Aus dieser Perspektive werden Caring und politische Gestaltung alltägliche Praxis und gestalten gleichzeitig geeignete Institutionen und Prozesse für diese demokratische Care Praxis.

Demokratie braucht blühende Räume der Teilhabe und gemeinsamen Entscheidungen

Wir können mit demokratischer Praxis im Hier und Jetzt beginnen: Verändern wir die hierarchischen Strukturen, in denen Einzelne von oben herab vielen das Leben schwer machen. Wagen wir es, hochbezahlte Manager*innen abzulösen. Beteiligen wir alle an der Gestaltung und Entscheidung über Themen, die sie betreffen. Beschäftigte und Empfänger*innen wichtiger Leistungen können

gemeinsam entscheiden, was sie brauchen und wie sie die Arbeit und Leistungen gestalten möchten. Das geht ganz konkret an jedem Ort: In der Pflege, in Krankenhäusern, in Gemeinden, in Schulen, an Universitäten ... Sorgende Städte, Care-Räte, selbstverwaltete Betriebe, Schulen und Bauernhöfe, Gemeinschaftswohnprojekte und vieles mehr zeigen Wege in diese Zukunft auf. Selbstverwaltete Pflege-Genossenschaften könnten ein nächster Schritt sein.

Verwandeln wir die lähmende „Macht über andere“ in eine Dynamik der Macht miteinander: Gemeinsam gewinnen wir an Kraft, eine gute Zukunft zu gestalten, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Gemeinde ... Überall gestalten Menschen mit und dadurch wächst die Freude, da zu arbeiten, zu leben und mitzuwirken.

So entstehen Oasen demokratischer Räume, die Inspiration für andere sind. Fairsorgende Demokratie leben bedeutet solidarisch miteinander gestalten.

AUTORIN:

ELISABETH KLATZER

Mitinitiatorin von fair sorgen! Arbeitet als politische Ökonomin an der Verwirklichung eines geschlechtergerechten, demokratischen und fairsorgenden Wirtschafts. Sie ist zutiefst überzeugt, dass wir gemeinsam eine bessere Welt bauen können in der alle gut leben. Daraus schöpft sie Kraft für zivilgesellschaftliche Arbeit und ist vielfältig initierend und gestaltend tätig.

WEITERFÜHRENDES:

Fair sorgen! (2025): Alternative Budgetrede,
<https://fairsorgen.at/alternative-budgetrede-2025/>

Joan C. Tronto (2016): Kann »Sorgende Demokratie« eine politische Theorie der Transformation sein? In: Das Argument 320/2016. https://argument.de/wp-content/uploads/2017/05/das-argument320_inhalt-u-editorial.pdf

Matthias Neumann, Gabriele Winker (2019): Care Revolution: Sorge braucht Demokratie. https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/05/20_Care_Revolution_Neumann_Winker.pdf

Solidaritätspakt (2019): Damit Österreich lebendig bleibt. Was unsere Demokratie jetzt braucht <https://solidaritaetspakt.org/demokratielebt/>

Tamara Ehs (2025): Verteidigung der Demokratie. Ein Essay über die Versuchungen der Autokratie und die Versprechen der Demokratie, ÖGB Verlag.

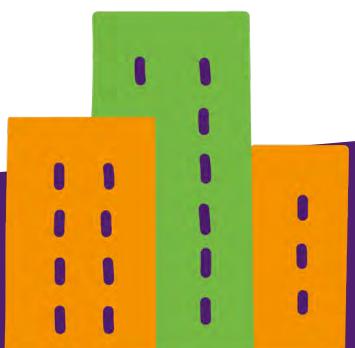
CARING CITIES – SORGENDE STÄDTE

Emma Dowling

Der Begriff der „sorgenden Stadt“ („Caring City“) bezieht sich auf ein Verständnis urbaner Planung, das sich auf die Förderung von sozialer Fürsorge und Inklusion in städtischen Räumen konzentriert. Das Ziel ist, eine nachhaltige und gerechte Stadtentwicklung zu fördern, die die Verbesserung der Lebensqualität aller Bewohner:innen und die Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse ins Zentrum stellt. Impulsgebend für die Idee sorgender Städte sind Initiativen und Bündnisse, die sich in verschiedener Weise für Vergesellschaftung oder Rekommunalisierung einsetzen. Anstelle von Austeritätspolitik und Privatisierung sollen die verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge – Gesundheit, Soziales, Pflege, Wohnen usw. – nicht nur in die öffentliche Hand rückgeführt werden, sondern auch um genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Eigentumsformen und demokratische Beteiligungsformate ergänzt werden. Dadurch sollen ein universeller Zugang, hochwertige Leistungserbringung sowie gute Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse gewährleistet werden.

Sorgeverantwortung neu denken

In der Idee der sorgenden Städte rückt eine feministische Perspektive auf Vergesellschaftung und Rekommunalisierung in den Mittelpunkt. Sie richtet sich gegen die doppelte Privatisierung von Care-Arbeit, um eine gesellschaftliche Verantwortung dafür auf den Weg zu bringen. Einerseits geht es darum, sich vom Kurs der Kürzungs- und Privatisierungspolitik abzuwenden und den Ausbau einer öffentlich garantierten, finanzierten und regulierten Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene voranzubringen. Andererseits sollen feminisierte Sorgeverantwortungen hin zu einer gerechteren Verteilung verschoben werden. Das bedeutet wiederum nicht nur eine andere Aufteilung von Sorgeverantwortung



zwischen den Geschlechtern. Vielmehr müssen die Verhältnisse, in denen Sorgebeziehungen bestehen und Sorgetätigkeiten verrichtet werden, vollständig neu gedacht werden. Bisher werden viele alltägliche Sorgetätigkeiten ganz selbstverständlich innerhalb familiärer Beziehungen und Haushalte verrichtet. Auf diese Weise werden sie individualisiert und als private Angelegenheit begriffen.

In sorgenden Städten könnte die Ausübung von Sorgetätigkeiten dagegen ganz anders aussehen, indem sie jenseits individueller Haushalte neu entdeckt und kollektiver gestaltet werden. Ein Beispiel hierfür sind Community Kitchens (z.B. Community Cooking der Caritas Wien), die in partizipativen Initiativen nicht nur günstiges und gesundes Essen für Menschen in einer Nachbarschaft bereitstellen, sondern auch Räume für Austausch, Sozialität und Unterstützung werden. In Spanien wurde das Programm Barcelona Cuida („Barcelona sorgt sich“) ins Leben gerufen. Unter anderem wurde hier in der Stadt ein Zentrum errichtet, in dem unbezahlte pflegende Angehörige, aber auch bezahlte Arbeitskräfte, die etwa in der 24-Stunden-Personenbetreuung tätig sind, diverse Formen von Unterstützung erhalten können. Auch wenn die meisten Menschen am liebsten in ihrem eigenen Zuhause bleiben möchten, wenn sie pflegebedürftig werden, kann die Unterbringung in einem Pflegeheim für manche Menschen sinnvoll sein. Pflegeheime müssten aber neu gestaltet werden. Kleinere Einrichtungen mit weniger Betten, möglicherweise verbunden mit anderen Infrastrukturen und Einrichtungen (z.B. Kindertagesstätten oder Kulturzentren), könnten eine Möglichkeit bieten, Pflegeheime besser in das soziale Leben ihrer Nachbarschaft zu integrieren.

Solidarisch und demokratisch für alle sorgen

In einer sorgenden Stadt könnten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass neue Sorgebeziehungen jenseits der Familie erprobt werden. Dazu gehören vor allem neue intergenerationale Beziehungen. Nicht nur, weil Begegnung über die Generationen hinweg für alle Beteiligten bereichernd ist, sondern auch, weil sich Familienstrukturen unter Bedingungen größerer Mobilität und demographischen Wandels ändern. Auch eine viel weiter reichende Unterstützung von selbstorganisierten Projekten durch die öffentliche Hand ist im Rahmen von sorgenden Städten denkbar.

Insgesamt verfolgen sorgende Städte das Ziel, Räume zu schaffen, die Solidarität und Fürsorge in den Alltag integrieren und erlauben, neue Care-Infrastrukturen zu etablieren. Demokratische Partizipation spielt in sorgenden Städten eine wichtige Rolle. Allerdings sollten die Beteiligungsstrukturen transformativ sein, damit Care-Infrastrukturen wirklich verändert werden und damit die Bedürfnisse von Care-Gebenden und Care-Nehmenden nicht gegeneinander ausgespielt werden. Care-Räte können ein Beteiligungsformat

sein, das innerhalb einer Gemeinde oder einem Stadtteil durch den gemeinsamen Austausch von sorgenden und sorgebedürftigen Bewohner:innen sowie professionell Care-Tätigen Veränderungen anstreben kann.

Sorgende Städte weisen Wege in eine solidarische, nachhaltige Zukunft

Schließlich bietet eine sorgende Stadt auch eine umweltfreundliche Stadtgestaltung, die eine umweltgerechte und gesunde Lebensweise ermöglicht, den Zugang zu Grünflächen, saubere Luft und Wasser für alle Bewohner:innen gewährleistet und eine aktive Mobilität durch eine funktionierende Nahversorgung fördert. Alles in allem fordert die Umsetzung einer sorgenden Stadt eine ganzheitliche und integrative Herangehensweise, bei der soziale Gerechtigkeit, gerechte Verteilung von Sorgearbeit, Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit in allen Bereichen der Stadtentwicklung berücksichtigt werden.

„INSGESAMT VERFOLGEN SORGENDE STÄDTE DAS ZIEL, RÄUME ZU SCHAFFEN, DIE SOLIDARITÄT UND FÜRSORGE IN DEN ALLTAG INTEGRIEREN UND ERLAUBEN, NEUE CARE-INFRASTRUKTUREN ZU ETABLIEREN.“

Emma Dowling

AUTORIN:

EMMA DOWLING

... ist Assoziierte Professorin für Soziologie sozialen Wandels an der Universität Wien und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Alltagsökonomie. Sie ist Autorin des Buchs *The Care Crisis - What Caused It and How Can We End It?* (London/New York: Verso, 2021).

WEITERFÜHRENDES:

Fried, Barbara; Wischnewski, Alex. Sorgende Städte. Luxemburg 1/2022.
<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/sorgende-staedte/>

Gabauer, Angelika; Knierbein, Sabine; Cohen, Nir; Lebuhn, Henrik; Trogal, Kim; Viderman, Tihomir; Haas, Tigran (Hrsg.): *Care and the City: Encounters with Urban Studies*. Routledge. 2022.

Stricker, Alexandra. Sorgende Städte, klimafreundliche Städte und Menschenrechtsstädte – Studie mit neuen Perspektiven für Wien. Wien: Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie. 2024.

LINKS ZU INITIATIVEN UND PROJEKTEN

Achtsamer Achter: www.achtsamer.at

Barcelonactua: www.barcelonactua.org

Buurtzorg Modell für ambulante Pflege: www.buurtzorg.com

Fearless cities: www.fearlesscities.com

Sorgende Städte: www.sorgende-staedte.org

Sorgezentren: www.sorgezentren.de

Care-Räte: care-r.at



CARE-RÄTE:

Neue Wege der Sorgepolitik

Michaela Moser, Emma Dowling

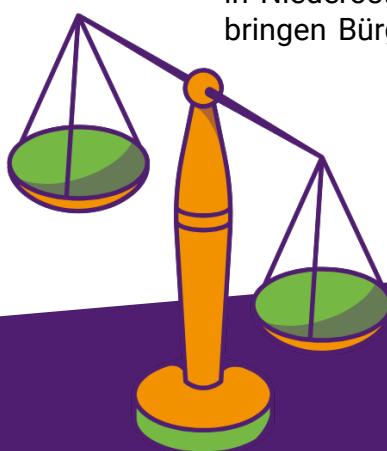
Pflege, Betreuung und Sorgearbeit sind elementare Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens – und zugleich strukturell krisenhaft. In vielen Gemeinden fehlen leistbare Unterstützungsangebote, professionelle Dienste sind unterbesetzt, Angehörige überlastet. Sorgearbeit bleibt weitgehend privatisiert, weiblich konnotiert und ökonomisch entwertet. Mit dem Instrument der Care-Räte werden neue Wege der Mitgestaltung und Demokratisierung von Sorge erprobt.

Feministische Care-Theorien kritisieren seit langem die systematische Abwertung von Sorgearbeit. Ob bei Joan Tronto, Frigga Haug oder Silvia Federici: Deutlich wird, dass Sorge kein privates Problem einzelner Haushalte ist, sondern ein hoch relevantes politisches Thema erster Ordnung. Die gegenwärtige Krise sozialer Infrastrukturen ist Ausdruck eines ökonomischen Systems, das auf Verwertbarkeit statt auf ein gutes Leben für alle setzt. Die Care-Krise ist damit auch eine Krise der demokratischen Teilhabe und der sozialen Gerechtigkeit.

Care-Räte als lokale Antwort

Mit dem Instrument der Care-Räte werden neue Wege erprobt, wie lokale Gemeinschaften, die Verantwortung für die Organisation von Sorge gemeinsam übernehmen können – partizipativ, demokratisch und inklusiv.

Im Rahmen zweier Forschungsprojekte wurden in ausgewählten Gemeinden in Niederösterreich und der Steiermark kommunale Care-Räte initiiert. Diese bringen Bürger*innen, politische Verantwortungsträger*innen und Fachkräfte



aus Gesundheit, Pflege, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft zusammen, um gemeinsam Lösungen für lokale Sorgeherausforderungen zu entwickeln, Bedarfe sichtbar zu machen und soziale Innovationen auf den Weg zu bringen.

Die Care-Räte verstehen sich als Räume demokratischer Aushandlung: Wer sorgt? Für wen? Unter welchen Bedingungen? Und mit welchen Ressourcen? Diese und weitere Fragen sollen auch eine Repolitisierung der Care-Debatte auf kommunaler Ebene anstoßen. Sie ermöglichen neue Allianzen zwischen Zivilgesellschaft, verschiedenen Professionen und Politik. Dabei wird auch die Notwendigkeit struktureller Veränderungen im Blick behalten, damit nicht einmal mehr alle Verantwortung auf ehrenamtlich Engagierte oder pflegende Angehörige abgewälzt wird.

Herausforderungen

- 1. Reproduktion tradierter Rollenbilder:** Trotz partizipativer Ansätze besteht die Gefahr, dass Care-Räte traditionelle geschlechtsspezifische Rollenbilder reproduzieren. Wer engagiert sich in lokalen Gremien? Wer hat Zeit und Ressourcen, sich einzubringen? Ohne gezielte Maßnahmen zur Einbindung von Frauen und marginalisierten Gruppen droht eine Verstärkung bestehender Machtverhältnisse.
- 2. Fehlende Verbindlichkeit:** Care-Räte operieren auf freiwilliger Basis – ohne gesetzliche Verankerung, ohne zugesichertes Budget. Damit bleibt ihre Wirkung von den Erfolgen der eigenen Lobbyarbeit und einer gelingende Einbeziehung und Überzeugung von politischen Entscheidungsträger*innen abhängig.
- 3. Individualisierung statt struktureller Lösung:** Der Fokus auf lokale Lösungen kann bestehende Probleme wie Fachkräftemangel, mangelhafte Versorgungssicherheit oder unzureichende Bezahlung nicht alleine beheben. Nötig sind politische Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene, die soziale Dienste absichern und Care-Arbeit gerecht verteilen.

Transformationspotenzial: Care als Gemeinwesenaufgabe

Trotz dieser Widersprüche bieten Care-Räte Chancen für neue Formen des Gemeinwesens: Sie eröffnen Dialogräume, stärken die kollektive Handlungsmacht lokaler Akteur*innen und regen Reflexionsprozesse über den gesellschaftlichen Stellenwert von Care an. In Verbindung mit Gemeinwesenarbeit, feministischer Bildungsarbeit und kommunalpolitischem Druck können sie ein Baustein für eine sorgende Demokratie sein.

Voraussetzung dafür ist, dass sie sich als Beitrag für eine **gerechte Verteilung von Sorgearbeit**, den Einsatz für **solidarische Infrastrukturen** und für eine **radikale Neubewertung von Care** als zentrale gesellschaftliche Aufgabe positionieren.

Als Ergebnis der bereits umgesetzten Projekte wurde ein Toolkit zur Organisation von Care-Räten erstellt. Für 2025 sind weitere Care-Räte, Multiplikator*innen-Workshops und der Aufbau eines Care-Räte Netzwerks geplant.

AUTORINNEN:

MICHAELA MOSER

Department Soziales, FH St. Pölten, E-Mail: michaela.moser@fhstp.ac.at

EMMA DOWLING

Institut für Soziologie, Universität Wien, E-Mail: emma.dowling@univie.ac.at

WEITERFÜHRENDES:

Informationen und Toolkit für Care-Räte (Methoden, Ablaufpläne, Reflexionsfragen), <https://research.fhstp.ac.at/projekte/careraete>



STRATEGIEN & INITIATIVEN AUF DEM WEG ZUR FAIRSORGENDEN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

III.

“GEMEINSAM POLITISCH WIRKSAM WERDEN”.

**Freude an der Mitbestimmung wecken,
Handlungsmacht erweitern**

**Karin Zimmermann, Dorottya Kickinger,
Annika Böhme**

Die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Carebereich zeigen: Trotz Fortschritten bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten fehlt es immer noch an ausreichend Personal und vor allem an politischen Rahmenbedingungen, um grundlegende Veränderungen zu bewirken. Der dringend benötigte, flächendeckende und bezahlbare Ausbau von Care-Infrastrukturen kommt seit Jahren nur schleppend voran. Stattdessen wird Carearbeit immer noch in private Haushalte verlagert, wo sie unsichtbar und unbezahlt bleibt. Dies führt zu einer Mehrfachbelastung von Frauen, verschärft Altersarmut und begünstigt Resignation, erlebte Ohnmacht sowie eine Einschränkung politischer Teilhabe. Denn viele Jahre lang, muss man leider sagen, hatten wir einen frauenpolitischen Stillstand. Die Anliegen der Frauen wurden nicht gehört, nicht gesehen, und schon gar nicht in der Weise angesprochen, wie sie es verdient hätten. Das Vertrauen der Frauen in die Politik, ihre Probleme zu lösen – dieses Vertrauen wurde erschüttert. Die Zuversicht, dass Politik sie entlasten kann, wurde immer geringer. Viele Frauen haben resigniert – sie interessieren sich nicht für Politik, weil sich Politik nicht für sie interessiere. Das war das Ergebnis vieler Umfragen rund um die Wahlen 2024.



Die neue Regierung ist dringend aufgefordert dem frauenpolitischen Backlash klar entgegenzuwirken. Das neue Regierungsprogramm bietet hier einige gute Ansätze, die nun rasch auch in Umsetzung gelangen müssen. So sind im Regierungsprogramm etwa vielversprechende Ziele in der Elementarbildung angekündigt: Das verpflichtende zweites Kindergartenjahr soll bereits 2026 in Angriff genommen werden, ebenso wie die gezielte Ausbildungsoffensive, um dem akuten Personalmangel wirksam entgegenzutreten. Gleichzeitig soll der stufenweise Ausbau der Kinderbildung und -betreuung vorangetrieben werden – stets unter der Maßgabe, dass Qualität und Ausbau untrennbar miteinander verbunden sind. Diese Forderung liegt uns Gewerkschaftsfrauen seit jeher am Herzen: Nur durch optimale Rahmenbedingungen für Kinder, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte lassen sich nachhaltige Fortschritte erzielen. Diesen Erfolg verdanken wir auch den engagierten Beschäftigten in der Elementarbildung, die ihre Anliegen in den vergangenen Jahren entschieden in die Öffentlichkeit getragen haben.

Der vorliegende Beitrag soll als Einstieg dienen und eine erste Orientierung über zentrale Werte, Strategien und Diskussionsansätze liefern, die notwendig sind, um eine gerechtere Care-Infrastruktur zu entwickeln. Leser:innen erfahren hier, wie sie sich politisch engagieren können und wo sie weiterführende Informationen – etwa in Fachtexten oder auf spezialisierten Websites – finden. Vor diesem Hintergrund stand bei der fair sorgen! Konferenz im Workshop „Gemeinsam politisch wirksam werden“ die Frage im Mittelpunkt, wie die Mobilisierung gelingen kann, die den Wandel zu einer fairsorgenden Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht. Zusammen mit Betriebsräti:innen und Gewerkschafter:innen aus der Elementarpädagogik, der Sozialwirtschaft, der Pflege und dem Bankenbereich sowie Aktivistinnen aus Österreich und Deutschland wurden zentrale Punkte herausgearbeitet, bei denen es dringenden Handlungsbedarf gibt, um die oft unsichtbare und unbezahlte Carearbeit als wesentlichen Pfeiler einer fairen Gesellschaft anzuerkennen. Es wurde deutlich, dass die Transformation nicht allein auf politischer Ebene erfolgen kann, sondern ein Zusammenspiel von betrieblicher Initiative, politischem Engagement und gesellschaftlicher Anerkennung erfordert.

Zentrale Punkte waren:

- Carearbeit, egal ob bezahlt oder unbezahlt, muss sichtbar gemacht und wertgeschätzt werden, um ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu stärken.
- Konkrete Allianzen zwischen Gewerkschaften, Betriebsräten und zivilgesellschaftlichen Initiativen können bestehende Machtverhältnisse hinterfragen und neue Impulse für politische Teilhabe setzen.
- Praktische Beispiele aus dem betrieblichen Alltag zeigten, dass Verbesserungen oft durch kleine, gemeinsam umgesetzte Maßnahmen erreicht werden können – etwa durch gezielte Mitbestimmungsstrukturen, die auch den informellen Sektor der unbezahlten Carearbeit einbeziehen.

**„CAREARBEIT, EGAL
OB BEZAHLT ODER
UNBEZAHLT, MUSS
SICHTBAR GEMACHT
UND WERTGESCHÄTZT
WERDEN, UM IHREN
STELLENWERT IN
DER GESELLSCHAFT
ZU STÄRKEN.“**

Karin Zimmermann, Dorottya Kickinger, Annika Böhme

Auf Basis dieser Erkenntnisse wurden mehrere **strategische Ansätze und mögliche Maßnahmen** diskutiert:

- **Stärkung der Mitbestimmung:** Dreh- und Angelpunkt der betrieblichen Mitbestimmung bilden die gewählten Körperschaften. In Betrieben, aber auch auf überbetrieblicher Ebene werden immer öfter auch kreative Wege der Mitwirkung besritten, etwa durch die Einrichtung von Foren und Gremien, in denen Beschäftigte ihre Erfahrungen teilen und gemeinsam Lösungen entwickeln. Ebenso wichtig ist der Ausbau von Beteiligungsformaten in Unternehmen, die gezielt die Bedürfnisse von Frauen und mehrfach belasteten Personen berücksichtigen. ÖGB, AK und die Gewerkschaften younion, GPA und vida haben etwa in einem gemeinsamen Projekt mit Beschäftigten aus der Elementarpädagogik erarbeitet, wie Mitbestimmung auf betrieblicher, aber auch auf gewerkschaftlicher Ebene gut gelingen kann und warum es wichtig ist, sich auch aktiv einzubringen. Daraus entstand der Leitfaden „Gib deinen Senf dazu“.
- **Aufwertung von Carearbeit:** Entwicklung von Konzepten, die für eine faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sorgen, sowie Förderung von Projekten, in denen sowohl bezahlte als auch unbezahlte Carearbeit als gleichwertige Beiträge zur Gesellschaft anerkannt werden.
- **Förderung von Allianzen und Netzwerken:** Stärkung bestehender Netzwerke zwischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie der Aufbau neuer Kooperationen, um über nationale Grenzen hinweg Best Practices auszutauschen. Ein Beispiel dafür ist das Bündnis „Wir fahren gemeinsam“ aus Klimabewegung, der Gewerkschaft vida und den Busfahrer:innen des öffentlichen Verkehrs.
- **Transparenz und Weiterbildung:** Schaffung von Informationsplattformen, auf denen weiterführende Texte, Fallstudien und erfolgreiche Strategien veröffentlicht werden – so erhalten auch politisch weniger Engagierte Zugang zu zentralen Fragen und Lösungsansätzen.

Fazit und Ausblick

Die Transformation hin zu einer fairsorgenden Wirtschaft und Gesellschaft erfordert einen breit angelegten Dialog, der alle Akteur:innen – von Beschäftigten in Care-Berufen über Gewerkschaften, Zivilgesellschaft bis hin zu politischen Entscheidungsträger:innen – miteinbezieht. Die im Workshop diskutierten Ansätze bieten einen Startpunkt, um neue Wege der politischen Teilhabe und Mitgestaltung zu eröffnen. Mit dem Beitrag laden wir gerne dazu ein, weiter zu recherchieren, sich in bestehenden Netzwerken einzubringen, in Austausch mit den ÖGB-Frauen zu treten und gemeinsam konkrete Schritte in Richtung einer faireren Zukunft zu gehen.

AUTORINNEN:

KARIN ZIMMERMANN, DOROTTYA KICKINGER, ANNIKA BÖHME

ÖGB Bundesfrauenabteilung

Kontakt: frauen@oegb.at

WEITERFÜHRENDES:

Zeitverwendungserhebung 2021/22 (von Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Frauen, Familie, Integration und Medien): <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung>

ÖGB/AK-Leitfaden „Gib deinen Senf dazu“ zur Mitbestimmung in der Elementarbildung (2024): <https://www.oegb.at/Kampagnen/elementarpaedagogik-gib-deinen-senf-dazu>

Bündnis „Wir fahren gemeinsam“: <https://wir-fahren-gemeinsam.at/>

ÖGB-Einschätzung Regierungsprogramm (2025): <https://www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/steuern-und-konjunktur/erste-einschaetzung-des-regierungsprogramms--wichtige-schritte-i>

Gender Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024):

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294>

Mit Organizing zum Erfolg – der Fall des Uniklinikums Hannover von Fabian Hattendorf (2024): <https://www.awblog.at/Arbeit/Mit-Organizing-zum-Erfolg>

Alles unter einem Hut? Herausforderung Vereinbarkeit von Erika Rippatha und Viktoria Reisinger (2024): <https://www.awblog.at/Frauen/Herausforderung-Vereinbarkeit>

Zu den Aktivitäten der ÖGB-Frauen: www.oegb.at/frauen

GIB DEINEN SENF DAZU

Judith Hintermeier

Seit Jahrzehnten weisen wir bereits darauf hin, wie prekär die Situation in den ersten Bildungseinrichtungen – den Kindergärten – ist. Durch die Corona Pandemie hat sich die Situation österreichweit nochmals verschärft. Genau deshalb machen wir Gewerkschaften (younion _ Die Daseinsgewerkschaft, GPA und vida) seit 2020 regelmäßig auf die Situation in den Kleinkindergruppen, Kindergärten und Horten aufmerksam.

Seitdem wurden vielzählige Interviews geführt, Zeitungsartikel verfasst, Podcasts aufgenommen, verschiedene Umfragen unter den Beschäftigten gestartet oder Kolleg:innen in Radio- und Fernsehsendungen (ZIB, Cafe Puls, Puls 24, Wien Heute, Ö1) eingeladen. Es ist uns ein großes Anliegen, gesellschaftspolitisch auf die Wichtigkeit der ersten Bildungseinrichtungen hinzuweisen – schließlich geht es dabei um unsere Kinder und deren Zukunft. Als Gewerkschaft zeigen wir aber auch auf, was unsere Kolleg:innen österreichweit tagtäglich leisten. Dafür bedarf es allerdings eines einheitlichen Bundesrahmengesetzes mit Mindeststandards, um gute Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen.

In den letzten Jahren waren wir – ÖGB und die zuständigen Fachgewerkschaften – mehrmals auf der Straße. Es fanden unterschiedliche Aktionen vor dem Bildungsministerium statt, unter anderem:

- Warum sprecht ihr nicht mit uns?
- Stiller Protest – gefesselt und geknebelt
- Feuer und Flamme für Verbesserungen
- Mehr helfende Hände
- Es reicht – wir brauchen mehr





© younion



© younion



© younion



© younion

Unsere gewerkschaftlichen Highlights sind allerdings immer die großen Demonstrationen im öffentlichen Raum. Bei diesen Aktionen herrscht eine unglaubliche Aufbruchstimmung. Mit unzähligen Kolleg:innen kämpfen wir gemeinsam für Verbesserungen und machen lautstark auf uns aufmerksam. Man spürt, wie die Beschäftigten für die Sache brennen.

Die größte Demonstration fand am 24.10.2023 mit 12.000 Menschen in Wien statt. Dadurch konnten wir nicht nur die Stadt Wien für einige Stunden lahmlegen und ein österreichweites Signal entsenden, wir gewannen auch viele neue Gewerkschaftsmitglieder dazu. Die Beschäftigten fühlen sich durch unsere Aktionen und die Sichtbarkeit gehört. Sie spüren, dass sie nicht alleine sind und dass wir Gewerkschafter:innen gemeinsam mit ihnen kämpfen.

Uns ist bewusst, dass noch viel zu tun ist, doch wir haben in den letzten Jahren Einiges erreicht und darauf können wir stolz sein:

- mediales Aufsehen – alle sprechen über den Kindergarten
- es wird endlich von Elementarpädagog:innen gesprochen
- enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Fachgewerkschaften – gemeinsam mit dem ÖGB und der AK
- Sozialpartnerinnen-Allianz wurde gegründet
- Konzept einer Aus- und Weiterbildungsoffensive
- finanzielle Aufwertung, auch wenn es österreichweit noch immer Unterschiede gibt
- Errungenschaften in den einzelnen Bundesländern
- Zuwachs an Gewerkschaftsmitgliedern

Der gewerkschaftliche Kampf geht weiter...



© younion



© younion

AUTORIN:

JUDITH HINTERMEIER

Bundesfrauenreferentin der younion – Die Daseinsgewerkschaft
judith.hintermeier@younion.at

WEITERFÜHRENDES:

<https://www.oegb.at/elementarbildung-kampagne>

WIR FAHREN GEMEINSAM, WIR STREIKEN GEMEINSAM!

Wir fahren gemeinsam

Am 20. Februar 2025 streikten das erste Mal die privaten Buslenker:innen in ganz Österreich. Bemerkenswert daran ist nicht nur, dass es den Lenker:innen gelungen ist, Streikposten an über 100 Standorten zu organisieren und so der Wirtschaftskammer Österreichs (WKO) die Breitseite zu zeigen. Besonders ist vor allem, wie sie dorthin gekommen sind. Gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft vida, der Arbeiterkammer und Klimaaktivist*innen gründeten sie das Bündnis „Wir fahren gemeinsam“, das sich nicht nur für gute Arbeitsbedingungen im Busbereich, sondern auch eine sozial- und klimagerechte Mobilitätswende einsetzt. Das Bündnis zeigt: Der Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge muss sowohl in den Betrieben als auch auf der Straße geführt werden.



© wirfahrengemeinsam

In Österreich schreiben die Verkehrsverbünde weite Teile des öffentlichen Verkehrs an private Unternehmen aus. Ökologische und vor allem soziale Kriterien werden zu wenig berücksichtigt. In der Praxis erfolgt die Vergabe vor allem nach dem Angebotspreis: Private Unternehmen erhöhen den Druck auf die Beschäftigten, um sich gegenseitig zu unterbieten und neben dem Zuschlag auch noch Gewinne einstreichen zu können. Gespart wird vor allem bei den Lenker:innen und ihren essentiellen Bedürfnissen. Pausenräume und Toiletten, Fahrpläne, die einzuhalten sind? Oft Fehlanzeige. Schichten dauern bis zu 15 (!) Stunden am Tag, mit kurzen Ruhezeiten dazwischen. Lenker:innen berichten, wie die Arbeitsbelastung in den letzten Jahren gestiegen ist: Die Tage werden länger, die Kurse enger getaktet. Die Folge: Ein sich dramatisch zuspitzender Personalmangel, der den so dringend benötigten Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Österreich vereitelt. In den nächsten 5 Jahren werden laut Unternehmen Tausende Buslenker:innen fehlen.

Genau hier witterten Klimaaktivist:innen und Gewerkschafter:innen eine Chance für ein bis dato einmaliges Bündnis in Österreich: Ohne bessere Arbeitsbedingungen, keine neuen Buslenker:innen. Ohne Buslenker:innen keine Mobilitätswende – so die gemeinsame Erzählung. In den letzten zwei Jahren organisierte das Bündnis „Wir fahren gemeinsam“ Demonstrationen, öffentlichkeitswirksame Kloaktionen und unterstützte zuletzt tatkräftig in der KV-Runde 2024/25. Dabei wandten sie neue Beteiligungsansätze – sog. Organizing-Methoden – an, mit denen die Kolleg:innen in den deutschen Krankenhäusern in den letzten Jahren beachtliche Erfolge in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen erzielen konnten.

„EIN SICH DRAMATISCH ZUSPITZENDER PERSONALMANGEL, DER DEN SO DRINGEND BENÖTIGTEN AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS IN ÖSTERREICH VEREITELT. IN DEN NÄCHSTEN 5 JAHREN WERDEN LAUT UNTERNEHMEN TAUSENDE BUSLENKER:INNEN FEHLEN.“

Wir fahren gemeinsam



© wifahrengemeinsam

Über 100 Garagenverantwortliche (GVs), darunter viele engagierte Betriebsräte:innen, wurden aktiv, organisierten ihre Teams und trafen sich von Dezember bis März zu regelmäßigen stattfindenden digitalen Vernetzungstreffen. So waren sie in der Lage, der WKO über mehrere KV-Runden hinweg die Stirn zu bieten – und schließlich am 20. Februar den ersten Warnstreik der Branche zu organisieren. An ihrer Seite: Gewerkschafter:innen und Klimaaktivist:innen, die die Buslenker:innen um 4 Uhr in der Früh begrüßten. Einen kurzen Moment schallte ein „Wir fahren gemeinsam, wir streiken gemeinsam!“ vom Burgenland bis nach Vorarlberg.



© wirfahrengemeinsam

Aufgrund der drohenden Klimakatastrophe und der steigenden Ungleichheit werden wir in den nächsten Jahren mehr zivilgesellschaftliche Bündnisse mit Schlagkraft benötigen. Gemeinsame Bündnisse zwischen Aktivist:innen und Gewerkschaften zeigen Wege für eine sozial gerechte Klimapolitik auf, die dem neoliberalen Modell des grünen Kapitalismus eine solidarische Alternative entgegenstellt – eine fairsorgende Wirtschaft für alle, in der die öffentliche Daseinsvorsorge im Zentrum steht. Packen wir es an!

AUTOR*INNEN:

WIR FAHREN GEMEINSAM

Wir fahren gemeinsam ist ein Bündnis zwischen Klimabewegung, der Arbeiterkammer, den privaten Buslenker:innen und ihrer Gewerkschaft vida. Gemeinsam setzen sie sich für bessere Arbeitsbedingungen und eine sozial- und klimagerechte Mobilitätswende ein. <https://wir-fahren-gemeinsam.at/>

WEITERFÜHRENDES:

Fabian Hattendorf, Anna Daimler, Max Knapp (2025): Mit Beteiligung zu Gegenmacht: Kollektivvertragsverhandlungen der Buslenker:innen und „Wir Fahren Gemeinsam“, <https://www.awblog.at/Arbeit/Wir-Fahren-Gemeinsam>

Lea Strauch (2025): „Keine Viecher“: Buslenker kann nicht mal auf Klo gehen, Heute, 12.2.2025, <https://www.heute.at/s/keine-viecher-buslenker-kann-nicht-mal-auf-klo-gehen-120090177>

Hannah Maier (2025): Branche droht mit Streik. „14-Stunden-Schicht, keine Pause!“ – Busfahrer am Limit, Heute, 15.2.2025, <https://www.heute.at/s/14-stunden-schicht-keine-pause-busfahrer-am-limit-120090650>

Mangelberufe

Der Standard, In den nächsten fünf Jahren fehlen 5.000 Busfahrer in Wien, 31.1.2024, <https://www.derstandard.at/story/3000000205438/in-den-naechsten-fuenf-jahren-fehlen-5000-busfahrer>.

Benedikt Narodoslawsky (2025): Öffentlicher Verkehr. Am Donnerstag streiken die Busfahrer. Was haben die Klimaaktivisten damit zu tun? Der Standard, 19.2.2025, <https://www.derstandard.at/story/3000000257762/am-donnerstag-streiken-die-busfahrer-was-haben-die-klimaaktivisten-damit-zu-tun>



STREIK IM KRANKENHAUS:

Die Krankenhausbeschäftigte des Uniklinikums Hannover auf ihrem Weg zum Tarifvertrag Entlastung

Fabian Hattendorf

Die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover haben im Herbst 2024 gegen massiven Widerstand erfolgreich eine Vereinbarung über mehr Personal durchgesetzt. Der Schlüssel zu ihrem Erfolg: ein systematischer Beteiligungsansatz – Organizing – rund um ein demokratisches Teamdelegierten-System. Ihre Geschichte gibt Hoffnung inmitten düsterer Zeiten – und zeigt, wie Gewerkschaften den Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge gewinnen können.

Die Einführung sog. Fallpauschalen in der Krankenhausfinanzierung Anfang der 2000er hat in Deutschland massive Anreize zum Sparen gesetzt. Die Folge: eine stark steigende Arbeitsbelastung und ein gravierender Personalmangel in so ziemlich allen Berufsgruppen im Krankenhaus. Das wollten die Krankenhausbeschäftigte der Charité – Berlins größtem Krankenhaus – nicht mehr hinnehmen und setzten 2015 erstmals einen sogenannten „Tarifvertrag Entlastung“ (TV-E) durch. Über die Jahre optimierten sie das Werkzeug, bis es nach einem langen und erfolgreichen Streik 2021 scharf wurde.

Streiken für Entlastung

Das Prinzip: In einem ersten Schritt entscheiden die Kolleg:innen selbst darüber, wie sie in Zukunft arbeiten wollen, um ihrem beruflichen Anspruch an eine gute Patientenversorgung wieder gerecht werden zu können. Das



kann für eine pflegerische Station zum Beispiel heißen, dass sechs statt vier Pflegekräfte im Frühdienst arbeiten müssen. Im zweiten Schritt dann greift der Belastungsausgleich, sobald eine Unterbesetzung festgestellt wird: Dann bekommen die betroffenen Kolleg:innen einen Belastungspunkt, und für eine bestimmte Anzahl davon einen freien Tag. Der Belastungsausgleich schafft endlich wieder einen finanziellen Anreiz für die Klinikleitung, Personal neu einzustellen, weil Personalmangel sie nun kostet. Dass dieser Mechanismus funktioniert, zeigt das Beispiel der Charité in Berlin, wo es in den ersten zweieinhalb Jahren seit Inkrafttreten des TV-E einen Nettozuwachs von 330 Pflegekräften gegeben hat.

Inspiriert von den Erfolgen der Kolleg:innen der Charité und inzwischen zwanzig weiteren Unikliniken, gelang es den Beschäftigten von Hannovers Uniklinik im Herbst 2024, den bis dato wohl besten Tarifvertrag Entlastung durchzusetzen. Mit Hilfe persönlicher 1:1 Gespräche schufen sie ein Netzwerk an 300 Teamdelegierten, die in jedem der über 150 Teams demokratisch nominiert wurden. Die überwiegende Mehrheit von ihnen war zum ersten Mal gewerkschaftlich aktiv. So wie Maria, mit 63 Jahren kurz vor der Rente, die als Teamdelegierte Verantwortung für ihr Team der Versorgung übernahm, „*weil so etwas, das ist eine Chance, die gibt's nur einmal im Leben!*“.

Streiken für Entlastung

Nachdem ihr Arbeitgeber, das Land Niedersachsen, ein 100-Tage-Ultimatum tatenlos verstreichen ließ, drohten die Kolleg:innen mit dem Streik – und wurden dafür vom zuständigen Minister verklagt. Das deutsche Arbeitsrecht ist sehr arbeitgebernah – und so akzeptierte das Gericht die Klage, ein Streik und ein Tarifvertrag schienen in weiter Ferne. Doch dank des breit aufgestellten Teamdelegierten-Systems, konnten die Kolleg:innen Luft holen, ihren Forderungskatalog neu übergeben und politischen Druck auf die Entscheider:innen aufbauen. Längst waren ihre Forderungen nach mehr Personal in aller Munde. So gelang es ihnen nur drei Wochen nach der ersten Klage, eine zweite Klage erfolgreich abzuwehren. Damit war der Weg frei zu drei Tagen Streik – keine leichtfertige Entscheidung im Krankenhaus. Aber mit Hilfe einer selbst ausgehandelten Notdienstvereinbarung konnten die Kolleg:innen effektiv das Krankenhaus bestreiken – über 400 Betten wurden gesperrt –, ohne dass lebensnotwendige Behandlungen beeinträchtigt wurden.

Der Weg war damit endlich frei für Verhandlungen. Erstmals waren es die Teamdelegierten selbst, die ihren eigenen Tarifvertrag verhandelten. In Arbeitsgruppen nach Fachbereich von 10 bis 30 Kolleg:innen traten sie als Expert:innen ihrer Arbeitsbedingungen gegenüber ihren Arbeitgebern auf. So konnten sie dank des starken Netzwerks im Rücken einen Tarifvertrag mit deutlich verbesserten Personalschlüsseln verhandeln, der hochgerechnet einen Personalaufbau um 20 Prozent vorsieht.

Aufbau gewerkschaftlicher Macht von unten

Der größte Erfolg bleibt das gewerkschaftliche Netzwerk, das die Kolleg:innen über Monate hinweg aufgebaut haben. Sie haben gezeigt, wie Beteiligung die Grundlage für Konfliktfähigkeit und damit für echte gewerkschaftliche Macht von unten schafft, mit der sich riesige Erfolge erzielen lassen. Dieses Netzwerk wird es auch für die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre brauchen. Wir sollten die Beteiligungsformate aus der deutschen Krankenhausbewegung als Vorbild in Österreich nutzen, um den notwendigen Schwenk hin zum Aufbau gewerkschaftlicher Organisationsmacht zu vollbringen.



© Krankenhausbewegung MHH

„SIE HABEN GEZEIGT, WIE BETEILIGUNG DIE GRUNDLAGE FÜR KONFLIKTFÄHIGKEIT UND DAMIT FÜR ECHTE GEWERKSCHAFTLICHE MACHT VON UNTEN SCHAFT, MIT DER SICH RIESIGE ERFOLGE ERZIELEN LASSEN.“

Wir fahren gemeinsam



© Krankenhausbewegung MHH



© Krankenhausbewegung MHH

AUTOR:

FABIAN HATTENDORF

... ist Klimaaktivist und gewerkschaftlicher Organizer, u. a. im Krankenhaussektor und in der privaten Busbranche.

WEITERFÜHRENDES:

Fabian Hattendorf, Anna Daimler, Max Knapp (2025): Mit Beteiligung zu Gegenmacht: Kollektivvertragsverhandlungen der Buslenker:innen und „Wir Fahren Gemeinsam“, <https://www.awblog.at/Arbeit/Wir-Fahren-Gemeinsam>

Fabian Hattendorf (2024): Mit Organizing zum Erfolg – der Fall des Uniklinikums Hannover, <https://www.awblog.at/Arbeit/Mit-Organizing-zum-Erfolg>

Hannes Heine (2024), Tarif der Berliner Charité wurde zum Vorbild: Wie läuft es denn nun mit den Pflegekräften? Tagesspiegel, 21.3.2024, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/charite-tarif-wurde-zum-vorbild-wie-lauft-es-denn-nun-mit-den-pflegekraeften-11399792.html>



ZEIT – DRUCK – MENSCHLICHKEIT?

Helmut Freudenthaler

Die Lage in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen ist seit geraumer Zeit sehr angespannt und verschärft sich zusehends. In Oberösterreich kämpfen die Gewerkschaften younion, GÖD, vida und gpa gemeinsam mit den Betriebsräten und Personalvertreter:innen mit der Kampagne Zeit – Druck – Menschlichkeit für bessere Arbeitsbedingungen in den Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen. Um die Versorgung in all diesen Bereichen zu gewährleisten, brauchen wir dringend mehr Personal, und das wird nur möglich sein, wenn sich die Bedingungen rasch verbessern.



So nutzten sie den Tag der Betreuung und Pflege, den 12. Mai 2025, für eine Konferenz, um gemeinsam mit Beschäftigten weitere Schritte zu erarbeiten und gemeinsam Kraft für die kommenden Aufgaben zu schöpfen. Die Theatergruppe Theater der Unterdrückten Wien führte bei diesem Anlass das Stück „Act for Care“ auf. Bei dem Stück dreht sich alles um die professionelle Pflege in Krankenhäusern: *Schon wieder spontan einen Dienst übernehmen, mit der Arbeit gar nicht hinterherkommen und dann auch noch Konflikte mit der Oberärztin? Schmerzen im Bein und das Gefühl zu haben als Patientin gar nicht beachtet zu werden? Und wieder ist es die Schwiegertochter, die zu Besuch kommt, während der Sohn seiner Karriere nachgeht?* Das Forumtheaterstück, eine interaktive Form des Theaters, beleuchtet die verschiedenen Herausforderungen rund um den Alltag im Spital und zeigt: Die aktuelle prekäre Situation in den Spitälern betrifft uns alle und gleichzeitig alle unterschiedlich.

Gewerkschaften fordern dringend Verbesserungen für Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitsberufe

Nur durch deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen – mit einem angepassten Personalschlüssel, der eine qualitativ hochwertige Pflege und Betreuung gewährleistet, die Beschäftigten vor Überlastung schützt und eine Senkung der Normalarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich – können die Berufe im Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich wieder attraktiver werden. Dies ist dringend erforderlich, um angesichts der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen mehr qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.



© ÖGB Oberösterreich

Ohne rasche Verbesserungen verschärft sich die Krise im Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitswesen

Die Situation in den Pflege- und Gesundheitsberufen wird sich ohne eine gezielte Attraktivierung der Arbeitsplätze weiter verschärfen. Die Berufe werden nicht attraktiver, wenn Beschäftigte ständig einspringen müssen. Das führt zu Frustration und Unzufriedenheit. Ein funktionierendes Ersatzpersonalmanagement sowie mehr Erholungsphasen für die Mitarbeiter:innen sind unabdingbar.

Hoher Druck belastet die Beschäftigten massiv

Die Bediensteten gehen häufig an ihre physischen und psychischen Grenzen – und noch weiter darüber hinaus. Uns sind die Herausforderungen am Arbeitsmarkt bewusst, doch die Einführung eines neuen Pflegeschlüssels muss jetzt zur Priorität werden. Nur so können wir sowohl die Qualität der Pflege als auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen langfristig sicherstellen.

Überbelastung: Ein Zustand, der nicht länger tragbar ist

Bedienstete, die täglich ihr Bestes geben, benötigen dringend Entlastungsmaßnahmen. Längst überfällig sind hier die Senkung der Normalarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Trotz der angespannten Personal situation darf das Wohl der bestehenden Beschäftigten nicht aus den Augen verloren werden. Die Überlastung muss endlich ein Ende haben.

Verhandlungen müssen endlich starten

Die oberösterreichischen Gewerkschaften younion, GÖD, vida und gpa fordern den zuständigen Landesrat Dr. Dörfel auf, umgehend in Verhandlungen zu treten. Es ist dringend notwendig, dass die Gespräche starten und damit in Folge konkrete Lösungen zu den Arbeitszeiten und der Personalausstattung in den oberösterreichischen Betreuungs-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen geschaffen werden. Sonst wird sich die Lage bald drastisch zuspitzen.

**„BEDIENSTETE,
DIE TÄGLICH IHR
BESTES GEBEN,
BENÖTIGEN
DRINGEND
ENTLASTUNGS-
MASSNAHMEN.“**

Helmut Freudenthaler

AUTOR:

HELmut FREUDENTHALER

... hat vor dreißig Jahren angefangen im Krankenhaus zu arbeiten, seit 2019 ist er Betriebsausschuss Vorsitzender im Kepler Uniklinikum. Er ist auch im Zentralbetriebsrat, bei der Arbeiterkammer und bei der Gewerkschaft aktiv. Besonders wichtig ist ihm der Erhalt und Ausbau guter Lebens- und Arbeitsbedingungen.

WEITERFÜHRENDES:

Informationen zur Kampagne Zeit – Druck – Menschlichkeit?

https://www.oegb.at/der-oegb/bundeslaender/oberoesterreich/Kampagne_Betreuung_Pflege_Gesundheit_OOE



IG24

Über die Stärke der Selbstorganisierung & gemeinsame politische Perspektiven für eine FAIRsorgende Gesellschaft

IG24

Live-in care: migrantisch, weiblich, überausgebeutet

In Österreich sind knapp 58.000 Personenbetreuer:innen tätig – mehr als 90 Prozent davon sind Frauen*, die zwischen ihren osteuropäischen Herkunftsländern und ihrem österreichischen Arbeitsplatz hin- und herpendeln. Auf Basis des 2007 verabschiedeten Hausbetreuungsgesetzes (HBeG) arbeiten die Betreuer:innen fast ausschließlich als Ein-Personen-Unternehmer:innen. Ihre Arbeitsverhältnisse werden von mehrheitlich profitorientierten Vermittlungsagenturen organisiert, von denen es in Österreich mehr als 900 gibt. Aufgrund der großen Abhängigkeit von den Agenturen sind diese Arbeitsverhältnisse als scheinselbstständig zu bezeichnen. Denn die Agenturen agieren als Quasidienstgeber:innen, sie regeln Honorare, Arbeitsinhalte und -zeiten.

Die in Österreich arbeitenden migrantischen Personenbetreuer:innen sind – aufgrund fehlender Arbeits(zeit)rechte und fehlender öffentlicher Kontrolle – weitgehend schutzlos den Arbeits- und Wohnbedingungen in den privaten Haushalten ausgeliefert: 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, jeweils einige Wochen lang. Wie wir in einer Studie erfragten, erfährt fast die Hälfte



der Befragten zudem Gewalt am Arbeitsplatz. In den letzten Jahren waren deshalb der Kampf gegen Scheinselbständigkeit und die Forderung nach arbeitsrechtlicher Absicherung unsere zentralen Ziele: Wir wollen durch die öffentliche Hand geregelte, entsprechend entlohnte Beschäftigungsverhältnisse und alternative kollektive Versorgungskonzepte, abseits der aktuellen 24 Stunden live-in Betreuung in Privathaushalten.

Die Organisierung: Initiative für Gerechtigkeit in der Personenbetreuung

Die IG24 ist ein selbstorganisierter, von Aktivist:innen unterstützter Verein mit dem Ziel, die Interessen der Berufsgruppe umfassend zu vertreten sowie für eine gerechtere Verteilung und Versorgung von Sorge und Care unter menschenwürdigen Bedingungen zu kämpfen.

Die Selbstorganisierung entstand als Akt sozialer Notwehr angesichts katastrophaler Arbeitsbedingungen und einer fehlenden wirksamen Interessenvertretung. Die Betreuer:innen wollten nicht länger zusehen, dass nur über sie gesprochen wird, Gesetze gegen ihre Interessen durchgesetzt werden und Vermittlungsagenturen auf ihrem Rücken Profite machen, ihre Grundrechte aber missachtet werden. Die Organisierung in der IG24 basiert auf gegenseitigem Vertrauen, der Parteilichkeit hinsichtlich der Probleme und Forderungen der Kolleg:innen sowie der Aufforderung zur Eigenaktivität innerhalb der Communities mit dem Ziel, die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

Die gegenseitige Beratung der Kolleg:innen zählt deshalb zu den Kernaktivitäten der IG24. Ziel der Beratungstätigkeit ist es, bei Herausforderungen im Arbeitsalltag zu unterstützen und gegebenenfalls gegen Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen (juristisch) vorzugehen. Selbstorganisierung bedeutet für uns auch, Orte des Zusammenkommens und des Austausches für Betreuer:innen zu schaffen, beispielsweise in regelmäßig stattfindenden Betreuer:innencafés.

Politische Perspektiven und Strategien

In der politischen Praxis der IG24 ist die Lebens- und Arbeitssituation der Personenbetreuer:innen der Ausgangspunkt der Kämpfe für eine FAIRsorgende Gesellschaft – die Bedürfnisse der Betreuer:innen stehen im Mittelpunkt. Als IG24 entwickeln wir umfassende Informationsmaterialien (Videos, Broschüren, Info-Posts). Und ein mehrsprachiges Team, bestehend aus Betreuer:innen und Unterstützer:innen berät die Kolleg:innen digital und analog, unterstützt durch eine digitale Beratungsplattform.

Aufklärungsarbeit braucht es aber vor allem gesamtgesellschaftlich: Mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Forschungsprojekten versuchen wir, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Betreuer:innen sichtbar zu machen. Dazu gehört, die Grauzone von Betreuung und Pflege öffentlich und die Abhängigkeit der österreichischen Gesellschaft von den Betreuer:innen zu thematisieren und zugleich tabuisierte Themen wie (sexuelle) Gewalt am Arbeitsplatz und rassistische Diskriminierung zu kritisieren.

Auch innerhalb politischer Kämpfe um Arbeitsrechte, Feminismus und eine FAIRsorgende Gesellschaft fehlen die Perspektiven migrantischer Personenbetreuer:innen. Für eine FAIRsorgende Gesellschaft verbinden wir uns mit anderen Carearbeiter:innen und migrantischen Live-in Arbeitenden, aber auch mit den Betreuungsfamilien, um der heute wirksamen Spaltung in professionelle und Laienpflege bzw. in Konsument:innen und Produzent:innen von Caredienstleistungen entgegenzuwirken.

Als IG24 wollen wir Care- und Sorgearbeit fair verteilen und eine gute und gesicherte Versorgung für alle Menschen erkämpfen – dies darf aber nicht auf dem Rücken der Carearbeitenden geschehen, auch nicht auf dem Rücken des schwächsten Glieds dieser Kette, den migrantischen Betreuer:innen.

**MENSCHENWÜRDIGE
PFLEGE BRAUCHT
MENSCHENWÜRDIGE
ARBEITSBEDINGUNGEN!**

IG24

AUTORINNEN:

ANNA LEDER UND CARI MAIER

IG24 - Initiative für Gerechtigkeit in der Personenbetreuung in Österreich
kontakt@ig24.at

WEITERFÜHRENDES:

Care4Care: Die Anstellung von Personenbetreuer*innen nach dem Hausbetreuungsgesetz: <https://ig24.at/de/ergebnisse-der-studie-care4care-die-anstellung-von-personenbetreuerinnen-nach-dem-hausbetreuungsgesetz/>

Care4Care: Policy Paper. Von prekären zu sicheren Arbeitsbedingungen in der Personenbetreuung: https://ig24.at/?sdm_process_download=1&download_id=39655

Erhebung zu den Arbeits- und Wohnbedingungen der Betreuer:innen + zu Gewalt, Studie „24h – das Unsichtbare sichtbar machen“: <https://24h-unsichtbar.at/de/>

Zur nationalstaatlichen Regulierung der Betreuung und den Herausforderungen einer gemeinsamen feministischen Organisierung: <https://www.momentum-quarterly.org/momentum/article/view/4083>

Webseite der IG24: <https://ig24.at/de/>



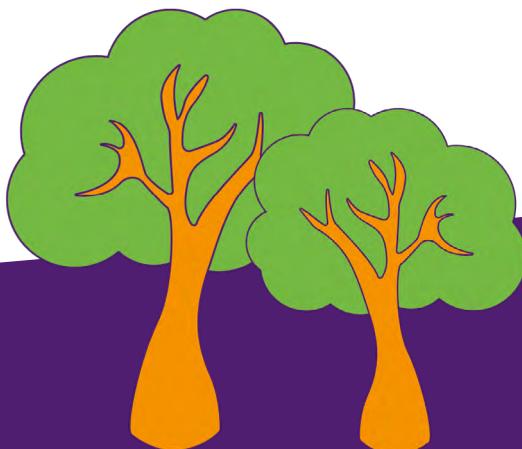
KLIMASOZIALES LINZ

Ein Projekt zur Entwicklung von sozial-ökologisch gerechten Zukünften für eine lebenswerte Stadt

Christina Plank, Hendrik Theine, Lisa Lorenz,
Marianne Lechner, Ernest Aigner

Die immer stärker zutage tretenden sozialen und ökologischen Krisen sind keine einzelnen voneinander losgelösten Phänomene, sondern nur in ihrer Verbindung zu bearbeiten. Die Stadt Linz ist, wie andere Städte auch, stark von den zunehmenden Auswirkungen der Klimakrise betroffen (z.B. durch Hitzewellen). Dies wird durch den Mangel an Grünflächen verstärkt. Das trifft besonders Menschen mit niedrigem Einkommen. Gleichzeitig ergeben sich auf städtischer Ebene jedoch auch Spielräume, in denen es möglich ist, zu handeln. Das Projekt Klimasoziales Linz setzt an dieser Ausgangssituation an und will das Verständnis für die multiplen Krisen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – Alleinerziehende, Schüler*innen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen – stärken. Lokale Wissensbestände werden genutzt, um klimasoziale Handlungsmöglichkeiten für Linz im Kontext einer Industriestadt zu erarbeiten.

Dem Projekt liegen folgende Fragen zugrunde: (1) Welche Grundlagen braucht es für eine künstlerische inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit? (2) Welche Verständnisse und Betroffenheiten bzgl. der multiplen Krise existieren in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen? Welche klimasozialen Handlungsmöglichkeiten ergeben sich für diese Gruppen und wie lassen sich diese Perspektiven stärken? (3) Wie können künstlerische Interventionen helfen, um die Vermittlung und Weiterarbeit zu stärken und transformative Zukünfte erfahrbar machen?



Ziel des Projekts ist es, durch inter- und transdisziplinäre Forschungsprozesse kritische sozialwissenschaftliche Forschung erfahrbar zu machen und klimasoziale Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Mittels interaktiver Workshops und vielfältiger künstlerischer Interventionen werden Wissensbestände erweitert und Handlungsoptionen für die breite Bevölkerung ausgelotet und imaginäre Hürden für transformative Zukünfte für verschiedene soziale Gruppen abgebaut. Im Anschluss an die Workshops gab es einen Open Call für künstlerische Arbeiten, woran sich über 100 Kreative aus verschiedenen Orten beteiligten. Aus den Einreichungen wurden 15 Kunstwerke ausgewählt und in der Linzer Innenstadt ausgestellt.

Der transdisziplinäre Prozess wird mittels Aktionsforschung v.a. bzgl. Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz reflektiert und evaluiert. Hierbei orientieren wir uns an der feministischen partizipativen Aktionsforschung, welche davon ausgeht, dass es eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Wissenschaft und gesellschaftlich marginalisierten Gruppen braucht, um gesellschaftliche Probleme effektiv zu adressieren und auch zu lösen. Entsprechend steht die Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen im Raum Linz im Zentrum, um deren Verständnis von der Klimakrise und der sozialen Krise zu stärken und ihre Perspektiven in den Vordergrund zu rücken. Bereits die Projektentwicklung war geprägt von einer Zusammenarbeit von Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Projektpartner*innen. In regelmäßigen Projekttreffen wurden das Design und die Ausrichtung der Workshops sowie des Open Calls im Dialog unterschiedlicher Perspektiven ausgearbeitet und in interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Sozialwissenschaften, (Zivil-)Gesellschaft und Kunst umgesetzt.

Ergebnisse des Projekts zeigen, dass unterschiedlichste klimasoziale Themen in den kreativen Workshops wie aktive Mobilität bis hin zu Grundeinkommen bearbeitet wurden. Je stärker der Marginalisierungsgrad der Personen desto präsenter waren Fragen der sozialen Krise. Die künstlerischen Workshops förderten die Selbstermächtigung und den Austausch in den verschiedenen Kleingruppen. Gleichzeitig wurde von allen Projektbeteiligten immer wieder thematisiert, ob und inwiefern die entwickelten Zukünfte Niederschlag in der Linzer Stadtpolitik finden. Die Diskussion darüber wurde ebenso durch die Ausstellung klimasoziale Stadt, die Großteils im öffentlichen Raum stattfindet, sichtbar. Für die erfolgreiche Beteiligung aller Projekt-Akteur*innen, waren Faktoren wie Zeit aber auch Hierarchie bzw. Handlungsspielraum der jeweiligen Personen innerhalb der beteiligten Organisationen relevant.

Das Projekt baut maßgeblich auf dem Buch „Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten“ auf. Mittels inter- und transdisziplinärer Forschungsmethoden werden die Inhalte des Buches in Auseinandersetzung mit den Akteur*innen weiterentwickelt und an lokale Gegebenheiten angepasst und durch diese konkretisiert. Buch, digitale Ausstellung und Filme zu den Workshops sind auf klimasozial.at abrufbar.

AUTOR*INNEN:

CHRISTINA PLANK

... arbeitet am Institut für Entwicklungsforschung der Universität für Bodenkultur Wien und ist Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

MARIANNE LECHNER

... ist promovierte Designerin und Künstlerin an der Kunstuniversität Linz. In ihrem Forschungsschwerpunkten erkundet sie spekulative Zukünfte, in denen aktuelle Themen und Fragen der Gegenwart kontextualisiert werden.

LISA LORENZ

... arbeitet am Institut für Entwicklungsforschung der Universität für Bodenkultur Wien und moderiert Veranstaltungen zu den Themen Klima, Nachhaltigkeit und soziale Transformation.

HENDRIK THEINE

... ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-doc) am Linz Institute for Transformative Change und am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft. Er ist außerdem Postdoc-Fellow am Media, Inequality & Change Center (MIC) an der University of Pennsylvania.

ERNEST AIGNER

... arbeitet am Social-Ecological Systems Institute der Leuphana Universität Lüneburg und ist Vorstandsmitglied der International Society of Ecological Economics.

WEITERFÜHRENDES:

Attac, Armutskonferenz, Beigewum (Hg.) 2021. Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Bahoe books, Wien.

Lechner, Marianne; Plank, Christina; Lorenz, Lisa; Allinger, Laura; Moder, Clara (Hg.) 2025. Klimasoziale Stadt. Ausstellungspublikation. Kunstuniversität Linz, Linz.

<https://klimasozial.at/>



AUPAIR REPAIR – Eine Initiative für gerechte Care-Arbeit und fair sorgende Städte

Kollektiv AuPair Repair

AuPair Repair ist eine Initiative, die aus dem Bedürfnis entstanden ist, AuPairs in Österreich zu vernetzen und zu unterstützen. Care-Arbeit ist essentiell für unsere Gesellschaft, wird aber oft unsichtbar gemacht und nicht als echte Arbeit anerkannt. AuPairs sind besonders von isolierenden Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen, da sie meist in privaten Haushalten arbeiten und oft nur eingeschränkten Zugang zu Informationen, Netzwerken oder Rechten haben.

Unser Ziel ist es, diese Strukturen sichtbar zu machen, Care-Arbeiter*innen eine Stimme zu geben und langfristig für bessere Bedingungen in der Care-Arbeit zu kämpfen.

Als Student*innen haben wir uns auch akademisch mit der Situation von AuPairs beschäftigt. Das Buch von Rosie Cox „Au Pairs’ Lives in Global Context: Sisters or Servants?“ beleuchtet die oft prekäre Position von AuPairs im globalen Care-Sektor. Der Sammelband untersucht, wie AuPairs zwischen kulturellem Austausch und Arbeitskraft verortet werden, welche strukturellen Ungleichheiten bestehen und wie unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen ihre Erfahrungen prägen. Durch Fallstudien und theoretische Analysen zeigt das Buch, dass AuPairs häufig als günstige Care-Arbeitskräfte fungieren, während ihre Rolle offiziell nicht als Arbeit anerkannt wird. Eine faire sorgende Stadt müsste diese Widersprüche auflösen und für bessere Schutzmechanismen sorgen.



**„EINE WIRKLICH FAIR SORGENDE
STADT WÜRDE CARE-ARBEIT
ALS ESSENTIELLEN BEITRAG ZUR
GESELLSCHAFT ANERKENNEN
UND DAFÜR SORGEN, DASS
FAIRE BEDINGUNGEN FÜR ALLE
BETEILIGTEN GESCHAFFEN
WERDEN, SOWOHL FÜR JENE,
DIE CARE-ARBEIT LEISTEN, ALS
AUCH FÜR DIEJENIGEN, DIE AUF
SIE ANGEWIESEN SIND.“**

Kollektiv AuPair Repair

Care-Arbeit in der Stadt: Herausforderungen und Perspektiven

Eine wirklich *fair sorgende Stadt* würde Care-Arbeit als essentiellen Beitrag zur Gesellschaft anerkennen und dafür sorgen, dass faire Bedingungen für alle Beteiligten geschaffen werden, sowohl für jene, die Care-Arbeit leisten, als auch für diejenigen, die auf sie angewiesen sind.

Momentan stehen viele Care-Arbeiter*innen vor großen Herausforderungen:

- **Mangel an Schutz und klaren Arbeitsstandards** – Viele AuPairs arbeiten unter prekären Bedingungen, ohne klare Regelungen zu Arbeitszeiten, Bezahlung oder Freizeit.
- **Isolation** – Da sie in privaten Haushalten arbeiten und oft außerhalb der Stadt wohnen, fehlt ihnen der Zugang zu Netzwerken und Unterstützungsangeboten.
- **Unsichtbarkeit in politischen und gesellschaftlichen Debatten** – Obwohl Care-Arbeit eine tragende Säule der Gesellschaft ist, werden die Bedürfnisse der Care-Arbeiter*innen kaum mitgedacht.

Was kann die Stadt tun?

Um Care-Arbeiter*innen besser zu unterstützen, braucht es konkrete Maßnahmen:

- **Mehr Vernetzungsmöglichkeiten**, um Isolation zu verhindern und gegenseitige Unterstützung zu ermöglichen.
- **Zugang zu Weiterbildung, Rechtsberatung und kulturellen Angeboten**, um AuPairs und Care-Arbeiter*innen über ihre Rechte zu informieren und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- **Räume für Austausch und Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen**, um langfristig faire Bedingungen für Care-Arbeit zu schaffen.
- **Bessere Kontrolle und Schutzmaßnahmen**, um sicherzustellen, dass Care-Arbeiter*innen nicht ausbeutet werden.

AUTORINNEN:

AUPAIR REPAIR

AuPair Repair ist eine Initiative, die aus dem Bedürfnis entstanden ist, AuPairs in Österreich zu vernetzen und zu unterstützen. Care-Arbeit ist essentiell für unsere Gesellschaft, wird aber oft unsichtbar gemacht und nicht als echte Arbeit anerkannt. AuPairs sind besonders von isolierenden Arbeits- und Lebensbedingungen betroffen, da sie meist in privaten Haushalten arbeiten und oft nur eingeschränkten Zugang zu Informationen, Netzwerken oder Rechten haben. Unser Ziel ist es, diese Strukturen sichtbar zu machen, Care-Arbeiter*innen eine Stimme zu geben und langfristig für bessere Bedingungen in der Care-Arbeit zu kämpfen.

WEITERFÜHRENDES:

AuPair Repair: aupair-repair.org

IG24: <https://ig24.at/de/>

Cox, Rosie (2015): Au Pairs' Lives in Global Context: Sisters or Servants?
Palgrave Macmillan UK. <https://doi.org/10.1057/9781137377487>



WIRTSCHAFTEN BRAUCHT EINE SCHULE DER FÜRSORGE –

Ein Versuch, anders zu denken: Colearning Wien

Bildungskollektiv Colearning Wien

Es fängt schon in der Schule an. Wie wir lernen, wie wir denken, wie wir uns selbst und andere sehen. Die Grundlagen dessen, was wir als „Wirtschaft“ begreifen, werden dort gelegt. Zahlen, Märkte, Gewinnspannen – all das erscheint uns in der Schule oft wie eine neutrale Tatsache, ein fester Bestandteil der Realität. Doch was, wenn es auch anders geht? Was, wenn Wirtschaft nicht nur ein kaltes Rechenmodell ist, sondern eine Frage der Beziehungen, der Verantwortung und der Fürsorge?

Unser Projekt versucht, genau das zu erproben. Es ist keine perfekte Lösung, kein ausgereiftes System, sondern ein Versuch, Schule und Wirtschaft anders zu denken. Ein Ort, an dem Fürsorge – für sich selbst, für andere, für die Welt – zu einem zentralen Bestandteil von Bildung werden soll.

Ein anderes Lernen

In unserer Gesellschaft wird Lernen oft als Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt betrachtet. Wir lernen, um später zu funktionieren. Um effizient zu sein, produktiv und „brauchbar“. Doch in Colearning Wien wird ein anderer Weg ausprobiert: Lernen soll nicht von oben nach unten vermittelt werden, sondern im Miteinander



entstehen. Kinder und Jugendliche sollen nicht in erster Linie darauf vorbereitet werden, zu funktionieren – sie sollen lernen, sich als Teil einer Gemeinschaft zu begreifen.

Das Konzept wirkt fast radikal in seiner Einfachheit: Lernen durch Tun, durch Verantwortung übernehmen.

Zum Beispiel: Regelmäßig zusammen putzen. Jeder hat dabei feste Aufgaben. Teams kümmern sich um die Küche, das Badezimmer, das Kehren, die Wäsche und den Müll. Die älteren Jugendlichen übernehmen Mitverantwortung für die Jüngeren und leiten sie, gut begleitet, in altersgemischten Gruppen an. So lernen sie nicht nur, wie man Ordnung hält, sondern entwickeln auch Einfühlungsvermögen, Führungsqualitäten, Teamfähigkeit und ein Gefühl für Verantwortung im Alltag, für ihren eigenen wichtigen Beitrag.

Wirtschaft in der Praxis

Derzeit richten die Jugendlichen zum Beispiel mit Erwachsenen zusammen Sommerhäuschen an einem kleinen See zur Ferienvermietung her – nicht nur als Bauprojekt, sondern als umfassendes Geschäfts- und Beteiligungsmodell. Die Jugendlichen übernehmen dabei gemeinsam mit den Erwachsenen alles, von der Geschäftsgründung, der Planung des Baus bis hin zur Betreuung der Unterkünfte. Sobald die Häuser vermietbar sind, können sie mit ihrer Mitarbeit auch Geld verdienen und so lernen, wie man wirtschaftet. Durch dieses praxisnahe Projekt erhalten sie zum Beispiel wertvolle Einblicke in Unternehmertum und Immobilienmanagement. Auch an der Buchhaltung der Schule, der Organisation der Küche und anderen realen Aufgaben sind die Lernenden mitbeteiligt.

Auch vor Ort im Colearning sind Kinder und Jugendliche in eine lebendige, authentische Erwachsenenwelt eingebunden mit Vereinen, Firmen und Coworker*innen, die am Standort tätig sind. Wie in einem Dorf, einem Gemeinschafts-, Arbeits-, Lern- und Wirkensort um die Ecke.

Diese Projekte der Kinder und Jugendlichen sind in ein größeres Lernkonzept eingebettet. Ein sogenanntes Spiralcurriculum sorgt dafür, dass die Schüler*innen regelmäßig in Themen wie Biologie, Physik und Chemie eintauchen, aber auch Geografie und Geschichte erleben. Sie sollen lernen, Zusammenhänge zu verstehen – wie sich ihr Handeln auf Natur, Gesellschaft und künftige Generationen auswirkt.

„DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS BEGINNT VIELLEICHT IN EINER SCHULE WIE DIESER. NICHT ALS FERTIGES KONZEPT, SONDERN ALS OFFENES EXPERIMENT.“

EIN EXPERIMENT, DAS UNS ZEIGT, DASS DIE ZUKUNFT NICHT IN ZAHLEN LIEGT, SONDERN IN MENSCHEN UND IHRER GEMEINSAMEN FÜRSORGE UMEINANDER.“

Bildungskollektiv Colearning Wien

Gemeinschaft als Antwort

Colearning Wien ist ein Ort, an dem Gemeinschaft eine zentrale Rolle spielt. Alle werden in die Lernprozesse eingebunden. Entscheidungen werden gemeinschaftlich getroffen, Konflikte gemeinsam gelöst. Kinder lernen von Anfang an ihre Möglichkeit, beizutragen, ihre Mitverantwortung und Mitgestaltung kennen.

Das ist ein wichtiger Aspekt des Experiments: die Frage, wie sich Verantwortung verteilen lässt. Wie können Entscheidungen so getroffen werden, dass alle gehört werden? Wie gelingt es, die Bedürfnisse der Einzelnen mit denen der Gemeinschaft in Einklang zu bringen?

Erfolg anders denken

Ein zentraler Versuch besteht auch darin, Erfolg neu zu definieren. In einer Welt, in der Erfolg oft in Zahlen gemessen wird – in Noten, Einkommen oder Wachstumsraten –, wird hier nach anderen Maßstäben gesucht. Erfolg bedeutet hier, etwas zu schaffen, das nicht nur einem Einzelnen nützt, sondern der Gemeinschaft.

Natürlich ist das kein einfacher Weg. Es gibt keine Garantien, dass dieser Versuch immer gelingt. Doch genau darum geht es: auszuprobieren, zu scheitern, daraus zu lernen und weiterzumachen.

Wirtschaften, das bei der Bildung beginnt

Warum braucht Wirtschaft einen Ort wie Colearning Wien? Weil die Art, wie wir wirtschaften, entscheidend für unsere Zukunft ist. Klimakrise, Artensterben, soziale Ungleichheit und Machtkonzentration, Ressourcenknappheit – all diese Probleme lassen sich nicht lösen, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir brauchen eine Wirtschaft, die auf Beziehungen und Verantwortung aufbaut. Und wir brauchen Bildung, die uns auf dieses Wirtschaften vorbereitet. Dafür brauchen wir auch physische Orte, an denen die Trennwände in der Gesellschaft herausgenommen werden und diese Bildung erprobt werden kann.

Wir möchten Möglichkeiten erproben und aufzeigen, wie Wirtschaft von Anfang an anders gedacht werden kann – als etwas, das auf Kooperation basiert, statt auf Konkurrenz. Als etwas, das Anteil nimmt, statt trennt.

Die Zukunft ist offen

Es gibt einen Satz, den wir hier oft sagen: „Wir probieren es aus.“ Diese Worte sind nicht nur eine Einladung, sich zu engagieren – sie enthalten auch die Möglichkeit, etwas Neues zu schaffen und in einem gut gehaltenen Rahmen, Fehler machen zu können, also lernen zu können, ohne schlecht gemacht zu werden.

Die Zukunft des Wirtschaftens beginnt vielleicht in einer Schule wie dieser. Nicht als fertiges Konzept, sondern als offenes Experiment. Ein Experiment, das uns zeigt, dass die Zukunft nicht in Zahlen liegt, sondern in Menschen und ihrer gemeinsamen Fürsorge umeinander.

AUTORINNEN:

INA OPPOWA, FLORENCE HOLZNER, ULLA MIMURA, PAULINE GRAF

Der Verein Colearning Wien widmet sich seit über zehn Jahren der Entwicklung von Räumen, in denen sich Erwachsene, Kinder und Jugendliche treffen, lernen, spielen, arbeiten und weiterentwickeln können. Wir setzen nicht auf Konkurrenz und Auslese, sondern auf Zugehörigkeit, Selbstwirksamkeit und soziale Verantwortung.

WEITERFÜHRENDES:

Silke Helfrich, David Bollier, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.). Die Welt der Commons: Muster gemeinsamen Handelns. Bielefeld: Transcript Verlag, 2015. <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3245-3/die-welt-der-commons/>

Kohanov, Linda. Die Intelligenz der Herde: Das geheime Wissen der Pferde über Führung und soziale Intelligenz. München: Kosmos, 2013.

Sarah Mewes, Charlotte von Wulffen, Jonas Bothe, Melanie Fütz, Hannah Königler, Niklas Klemm. CSX Transformationsleitfaden: Eine Anleitung zur Gestaltung gemeinschaftsgetragener Unternehmen. Next Economy Lab, CSX Netzwerk & MYZELIUM, 2024. <https://cloud.communitysupported.net/index.php/s/FstJr4yJsSZd4dx>

Neufeld, Gordon, Gabor Maté. Unsere Kinder brauchen uns: Wie Eltern sich ihre Rolle zurückerobern. München: Kösel-Verlag, 2006.

Winker, Gabriele, Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf. Care Revolution: Equality, Diversity and Inclusion: An International Journal 37, no. 4 (2018): 420–28.

www.colearning.at

KÜCHENGESPRÄCH:

Lasst uns über Sorge-Arbeit reden

Johanna Marcher

Aufgrund der letzten Zeitverwendungserhebung wissen wir, dass die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in Österreich noch immer entlang traditioneller Geschlechterrollen erfolgt. Die Mehrarbeit von Frauen in den Bereichen der unbezahlten Sorge-Arbeit (Haushalt, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Freiwilligenarbeit) und die damit verbundenen Unterbrechungen in der Erwerbsarbeit haben weitreichende Folgen wie z.B.: Doppel- und Dreifachbelastung und eine höhere Gesamtarbeitsleistung, bei gleichzeitig geringerem Einkommen, geringeren Pensionen und häufiger Altersarmut. Für eine Aufwertung der unbezahlten Sorge-Arbeit und gegen die damit verbundenen Ungerechtigkeiten möchten wir mit unserem Küchengespräch sensibilisieren.

Kaum jemand bedenkt: Sorge- oder Care-Arbeit – bezahlt und unbezahlt – ist die Basis unseres Wirtschaftens, ja unseres Lebens. Wir alle sind als Baby auf die Welt gekommen und mussten um- und fairsorgt werden, damit wir wachsen und gedeihen konnten. Und alle, die Erwerbs-Arbeit leisten, müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass für sie gewaschen, gekocht und geputzt wird, dass ihre Kinder und alten Eltern gut versorgt werden. Dies machen häufig die oft unsichtbaren Heinzelmänner, besser gesagt die Heinzelfrauen, denn zwei Drittel der unbezahlten Sorge-Arbeit wird in Österreich von Frauen geleistet.

Geleistet? Seit wann ist Sorge-Arbeit eine Leistung? Sie ist doch selbstverständlich und wird das Liebe gemacht - oder etwa nicht? Und hören wir nicht immer wieder, dass die Menschen mehr leisten müssen, sprich dass die Anzahl der Stunden in der Erwerbsarbeit höher werden muss? Insbesondere die hohe Teilzeitquote von Frauen ist Unternehmen und dem Wirtschaftsminister ein Dorn im Auge.



Doch wer soll sich um die Kinder kümmern, wenn alle noch mehr Stunden in ihrem Job verbringen? Wenn es jetzt schon an allen Ecken und Enden an qualitätsvollen Kinderbetreuungs-Plätzen mangelt? Wer soll sich um betreuungsbedürftige Angehörige kümmern, wo doch der Pflegenotstand bereits evident ist? Wo bleibt die vielgepriesene „Wahlfreiheit“?

In der Coronazeit wurde sichtbar, wie unverzichtbar die Sorge-Arbeit ist – wie wir auf genau diese Tätigkeiten angewiesen sind. Als die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen geschlossen wurden, stieg die Belastung der Mütter schlagartig an: Zusätzlich zu ihrer Arbeit im Homeoffice mussten die Kinder betreut, das Homeschooling organisiert und der Haushalt geführt werden. Auch Väter erlebten oft erstmals, wie herausfordernd der Alltag in der Familie ist. Doch die politischen Rahmenbedingungen für eine gerechte Aufteilung der Sorge-Arbeit fehlen auch 30 Jahre nach Helga Konrads Slogan „Ganze Männer machen halbe-halbe“.

Mit konfrontativen Fragen möchten wir in den Küchengesprächen auf all das aufmerksam machen, zum Nachdenken anregen und wachrütteln.

In unseren Küchengesprächen widmen wir uns Fragen wie:

- Was versteht man unter Sorge-Arbeit?
- Welche Arten von Sorge-Arbeit leistet jede*r von uns?
- Warum wird die Sorge-Arbeit – bezahlt und unbezahlt – in Österreich so wenig wertgeschätzt?
- Warum ist unbezahlte Care-Arbeit so ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt? Und welche Konsequenzen hat diese Aufteilung?
- Soll das so bleiben? Oder hätten wir gerne etwas anderes?
- Ist es in Ordnung, dass die Pensionen von Frauen im Schnitt noch immer 40% niedriger sind als jene von Männern? Und dass diese Differenz seit 1990 im großen Ganzen gleichgeblieben ist?

Wir möchten dort Zeit und Raum schaffen, um uns über individuelle Care-Biografien auszutauschen. Zeit und Raum zum Zuhören, Nachfragen, Voneinander-Lernen, Miteinander-Mutig-Sein und Aktiv-Werden.

Erste Erfahrungen bestärken uns, wie wichtig es ist, über die Sorge-Arbeit – über „Das Organisieren des Lebensnotwendigen“ – zu sprechen, zu informieren und es dadurch sichtbar zu machen. Wir müssen erkennen: Wenn sich niemand um uns kümmert, verkümmern wir. Und: Wenn wir uns nicht umeinander kümmern, verkümmert die Demokratie.

Was ist ein Küchengespräch?

Mit dem Gesprächsformat „Küchengespräch“ sollen ein Raum für Austausch über Themen rund um Care-Arbeit eröffnet, Reflexion und Erfahrungsaustausch initiiert, Zusammenhänge aufgezeigt und neue Perspektiven für Veränderung angestoßen werden. Die Care-Arbeit soll aus dem privaten, individuellen und unsichtbaren Bereich hervorgeholt und sichtbar gemacht werden: Das Private ist schließlich zutiefst politisch!

Wozu soll das gut sein?

Zielsetzung ist es, Menschen für den Wert der (unbezahlten) Care-Arbeit zu sensibilisieren und ein Bewusstsein zu schaffen, dass Care-Arbeit ein wesentlicher Bestandteil unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist. Und dass, eine Überforderung von Care-Arbeitenden kein individuelles Versagen, sondern eine Folge struktureller Versäumnisse ist: Jedes Defizit in der bezahlten Sorge-Arbeit muss schließlich in der unbezahlten kompensiert werden. Viel zu wenig wird auch darüber gesprochen, dass eine faire Aufteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern zu Reduktion von Gewalt in den Familien führt und dadurch eine gute Basis für die Entwicklung einer gewaltfreien Gesellschaft ist.

Für wen sind die Küchengespräche interessant?

Küchengespräche sind für Menschen aller Geschlechter geeignet und interessant – für Frauen*, Männer* oder auch gemischte Gruppen. Grundsätzlich sind sie für das private Umfeld konzipiert, sie können aber auch im Bildungsbereich, in Vereinen und im beruflichen Setting als Methode eingesetzt werden.

Küchengespräche für Männer* sollen diese ermutigen, aktiv an Care-Arbeit teilzunehmen und somit stereotype Geschlechterrollen in der Sorgearbeit zu hinterfragen. Dies trägt dazu bei, dass Männer* sich – im Sinne von „Caring Masculinities“ – als fürsorgliche und engagierte Partner und Väter erkennen und sich aktiv an der Schaffung einer gerechteren Verteilung von Care-Arbeit beteiligen.

Wo finden Küchengespräche statt?

Küchengespräche finden im privaten Umfeld in den Küchen der Gastgeber*innen statt oder an einem anderen Tisch, an dem sich die Teilnehmenden über dieses Thema in Ruhe austauschen können. Sie verbreiten sich in Form eines Schneeballsystems: Teilnehmer*innen sind potenzielle Anbieter*innen weiterer

Küchengespräche, d.h. die eingeladenen Personen (= Teilnehmer*innen) können im Anschluss die nächsten Gastgeber*innen sein.

Von wem wurden sie entwickelt und wer führt sie durch?

Die Methode Küchengespräche wurde von zwei Aktivist*innen von fair sorgen! entwickelt und wird laufend an Multiplikator*innen (Aktivist*innen von fair sorgen! und Interessierte) weitergegeben, die die Workshops abhalten.

Wie soll das funktionieren?

Für die Umsetzung stellt fair sorgen! alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung. Die eingesetzten Materialien sind in einer handlichen Materialienbox zusammengefasst. Zusätzlich steht auf der Website www.fairsorgen.at/kuechengespraech ein umfangreicher Download-Bereich zur Verfügung. Eine fundierte Einschulung und Begleitung der Multiplikator*innen runden das Angebot ab.

Was mache ich, wenn ich ein Küchengespräch organisieren möchte?

Bei Interesse an der Abhaltung eines Küchengesprächs bitten wir um Kontakt- aufnahme über unser Formular auf www.fairsorgen.at/kuechengespraech bzw. um Kontaktaufnahme mit einer unserer Aktivist*innen.

**„DIE CARE-ARBEIT SOLL AUS DEM PRIVATEN,
INDIVIDUELLEN UND UNSICHTBAREN BEREICH
HERVORGEHOLT UND SICHTBAR GEMACHT
WERDEN: DAS PRIVATE IST SCHLIESSLICH
ZUTIEFST POLITISCH!“**

Johanna Marcher



© Anna Majcan



© Anna Majcan



© Anna Majcan



AUTORIN:

JOHANNA MARCHER

Johanna hat Informatik studiert, lange als Führungskraft gearbeitet, ist nun in der Pension Psychosoziale Beraterin und in der Erwachsenenbildung tätig sowie bei fair sorgen! Steiermark und in der österreichweiten Koordinierung aktiv.

WEITERFÜHRENDES:

www.fairsorgen.at

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung>

Die Materialienbox kann unter www.fairsorgen.at/kuechengespraech über ein Formular bestellt werden.

Kontakt: info@fairsorgen.at

MACH MIT!

Care-Arbeit ins Zentrum rücken und an einer fairsorgenden Zukunft bauen

Unser Plan ist es, gemeinsam mit vielen Menschen eine gute fairsorgende Zukunft zu verwirklichen.

GEMEINSAM...

- entwickeln wir unsere Visionen einer guten Zukunft und konkrete Vorschläge.
- machen wir mit lustvollen, öffentlichen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen auf unsere Anliegen aufmerksam.
- äußern wir uns in den Medien.
- tragen wir unsere Forderungen an politisch Verantwortliche heran.



© FairSorgen!



© FairSorgen!



© FairSorgen!



WERDE TEIL UNSERER BEWEGUNG:

- Unterstütze unsere Aktionen!
- Lade uns zu Vorträgen ein!
- Organisiere Kuchengespräche!
- Verbreite unsere Ideen in deinem Umfeld!
- Lade andere ein, auch mitzumachen!
- Schließ dich einer regionalen fair sorgen!-Gruppe an und bring so deine Ideen und Erfahrungen ein!
- Gründe selbst eine fair sorgen!-Gruppe! Wir unterstützen dich dabei.
- Unterstütze die Arbeit von fair sorgen! durch eine Spende.

MACH DICH MIT UNS AUF DEN WEG!

Wir freuen uns über alle, die mit uns in Kontakt treten und mit uns gemeinsam Zukunft gestalten wollen.

MAIL AN: info@fairsorgen.at

WEBSITE: www.fairsorgen.at

INSTAGRAM: www.instagram.com/fair_sorgen

FACEBOOK: www.facebook.com/fair.sorgen.netzwerk

YOUTUBE: www.youtube.com/@fairsorgen

FAIR sorgen!

Wirtschaften fürs Leben



IMPRESSUM

fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben,
c/o Attac Österreich,
Margaretenstraße 166/3/25,
1050 Wien

Konzeption und Redaktion:

Elisabeth Klatzer, Johanna Marcher,

Alexandra Strickner und Maria Vogt

info@fairsorgen.at

Laura Eibeck

Veronika Götz, erklär mir's

www.fairsorgen.at

Kontakt zur Redaktion:

Layout und Titelgestaltung:

Titelgraphik:

Download der Publikation unter:

Dieser Reader wird herausgegeben von:



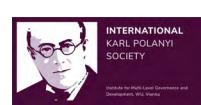
In Kooperation mit:



COLEARNING
WIEN



DMÖ
DACHVERBAND JUGEND-, MÄNNER- UND VÄTERHAFT ÖSTERREICH



Interessengemeinschaft
der 24h-Betreuer:innen



Institut für
Soziologie
Abteilung für Gesellschaftstheorie
und Sozialanalysen



Katholische Arbeitnehmer:innen
Bewegung Österreich



ÖSTERREISCHISCHER
BEREUFERVERBAND
DER SOZIALEN ARBEIT



Österreichische Berg- und
Kleinbauer_innen Vereinigung



ÖSTERREICHISCHER
FRAUENRING



Wandel braucht neue Perspektiven



Entwicklungs politisches Netzwerk
für Frauenrechte und feministische Perspektiven



Die Daseinsgewerkschaft

Unterstützt mit den Mitteln des:

= Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz